

lichen Organe der Staatsmacht in Gesetzen zu fixieren. Dem Nationalrat der Nationalen Front wird empfohlen, der Bevölkerung die Grundsätze dieser Gesetze zur Diskussion vorzulegen. 4,5 Millionen Bürger nehmen an dieser Diskussion teil. Es wird nunmehr zum ständigen Prinzip, daß alle wichtigen Gesetze mit der gesamten Bevölkerung beraten werden.

Das Zentralkomitee wertet die Kritik am Personenkult um Stalin aus und beseitigt im Vorwärtsschreiten seine Folgeerscheinungen in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Folgen dieses Personenkultes wirkten sich in der Deutschen Demokratischen Republik nicht so stark aus, weil in den Organen der sowjetischen Besatzungsmacht Leninisten tätig waren. Unter den komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland, der sich gewissermaßen in engster Tuchfühlung mit dem eben geschlagenen, aber schon wieder nach Revanche trachtenden Gegner vollzog, wurden von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Leninschen Normen des Parteilebens eingehalten und das richtige Verhältnis zwischen kollektiver Führung und Einzelverantwortlichkeit gewahrt.

Die Tagungen des Zentralkomitees und des Politbüros wurden regelmäßig durchgeführt, ebenso die Beratungen der Blockparteien und des Nationalrates der Nationalen Front. Die innerparteiliche Lage der Sozialistischen Einheitspartei unterscheidet sich von der Situation in anderen kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder insofern, als die Vereinigung von KPD und SPD auf paritätischer Grundlage erfolgte. Während die Kommunistische Partei Deutschlands die marxistisch-leninistische Orientierung in die vereinte Arbeiterpartei einbrachte, steuerten die Genossen der Sozialdemokratischen Partei nicht nur große Erfahrungen in der Massenarbeit bei, sondern auch in der demokratischen Kommunalpolitik, das heißt in der Verwaltung und Leitung von Städten und Gemeinden, von Konsumverbänden und anderen Organisationen. Es darf auch nicht unterschätzt werden, daß der Einfluß der Blockparteien, in denen sich die Auffassungen und Wünsche der verschiedensten kleinbürgerlichen Schichten widerspiegelten, der Partei und der Regierung halfen, eine kontinuierliche Politik durchzuführen und diese Kreise allmählich in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen.

Die kalten Krieger in Bonn jedoch bemühen sich weiter, Unsicher-

heit und Verwirrung in die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu tragen. Deshalb verleumdten sie die Partei und verbreiten Lügen über ihre Führung. Nachdem sie seit Jahren immer wieder vergeblich den Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik prophezeit haben, streuen sie nun das Gerücht aus, Walter Ulbricht sei gesundheitlich zusammengebrochen. Als Walter Ulbricht das erfährt, lacht er laut und erklärt: „Ich bin jederzeit bereit, mit Adenauer oder irgendeinem anderen Mitglied der Bonner Regierung einen Abfahrtslauf vom Fichtelberg nach Oberwiesenthal zu starten. Es wird sich dann zeigen, wer in Oberwiesenthal gesund und zuerst ankommt.“

Bei bester Gesundheit empfängt er im April 1956 eine Delegation britischer Labour-Abgeordneter, die in der Aussprache übereinstimmend mit dem Gastgeber feststellen, daß in der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik die größte Gefahr für den Frieden in Europa liegt und die Lösung des Abrüstungsproblems deshalb dringend geboten ist.

Bei Besuchen in der Leipziger Karl-Marx-Universität und in der Berliner Humboldt-Universität diskutiert er mit Professoren, Dozenten und Studenten über die neuen Aufgaben der Wissenschaft.

Lügen und Verleumdungen sind aber nur ein Teil der gegnerischen Attacke. Wieder einmal wird im Westen lauter als zuvor erklärt, daß das Ziel, die Deutsche Demokratische Republik mit Gewalt dem Bonner Staat einzuverleiben, noch längst nicht aufgegeben ist. Ganze Spionageorganisationen sind dafür in der Deutschen Demokratischen Republik aufgebaut worden. Sie werden von den Staatssicherheitsorganen dezimiert und ausgehoben. Auf einen Schlag kommen 73 Agenten amerikanischer Geheimdienste hinter Schloß und Riegel. Andere gehen den gleichen Weg.

Als ein schweres Attentat auf die nationalen Interessen des deutschen Volkes, auf den Frieden und die Verständigung brandmarkt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Bonner Staat und das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die westdeutschen Imperialisten, die im eigenen Lande die besten Patrioten verfolgen, schüren mit allen Mitteln den Putsch der faschistischen Konterrevolutionäre in der Ungarischen Volksrepublik und das Auftreten revisionistischer Kräfte in der Volksrepublik Polen im Herbst 1956. Nun sehen sie den Augenblick

gekommen, mit faschistischen Provokationen auch Überfälle auf die Deutsche Demokratische Republik zu starten.

Doch die Werktätigen stehen auf Wacht. Gemeinsam mit den Kampfgruppen der Arbeiterklasse und der Nationalen Volksarmee beweisen sie die Festigkeit und Kraft der Republik.

Mitten unter den Arbeitern sind in diesen Tagen die Mitglieder der Parteiführung. Walter Ulbricht geht zu den Werktätigen des volkseigenen Werkes für Fernmeldewesen in Berlin-Oberschöne-weide. Er beantwortet ihre Frage, wie es zu den Ereignissen in Ungarn gekommen sei. Aus vielen ihrer Äußerungen spricht Stolz, daß die Deutsche Demokratische Republik diese Bewährungsprobe bestanden hat. In der Abteilung Werkzeugbau sagt einer der Werkzeugmacher: „Die Konterrevolutionäre mucken überall auf, wo sie können. Man hätte ihre Vorstöße gleich im Keime ersticken müssen. Gibt es denn dort in den Betrieben keine Kampfgruppen?“

Die Vorstöße des Gegners im Keim ersticken – diesem Arbeiterwort entspricht genau die Politik von Partei und Regierung. Es wird auch in die Tat umgesetzt, als am 2. und 3. November die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu den jüngsten Ereignissen Stellung nimmt.

Unweit des Volkskammergebäudes ist eine Studentenversammlung einberufen worden. Eine Anzahl Studenten stehen unter dem Einfluß revisionistischer und konterrevolutionärer Gruppen von Intellektuellen, die sich in Berlin und einigen anderen Städten gebildet haben. Westberliner Agentenzentralen wollen diese Versammlung zu einer Provokation ausnutzen. Doch die Studenten erhalten ganz plötzlich „Besuch“ von Kampfgruppen der Berliner Arbeiter. Diese erinnern die jungen Leute ruhig, aber unmißverständlich daran, daß es die Macht der Arbeiterklasse ist, die ihnen ihr Studium ermöglicht. Die Provokation findet nicht statt.

In der Volkskammertagung stellt Ministerpräsident Otto Grotewohl fest: Jede Provokation gegen den sozialistischen Aufbau im deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat ist zum Scheitern verurteilt.

Alle Fraktionen stimmen seiner Erklärung zu und sprechen der Regierung das Vertrauen aus. Für die Partei der Arbeiterklasse ergreift Walter Ulbricht das Wort. „Sichert den Frieden im Innern! Sichert den Frieden nach außen!“ appelliert er an alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.

Fester als zuvor geht die Republik aus der Bewährungsprobe im Herbst 1956 hervor und trägt entscheidend dazu bei, den Frieden Europas zu retten.

Die Kunst der politischen Führung besteht darin, erklärt Walter Ulbricht später, „einen tiefen Umschwung in der Arbeit der Partei, der volkdemokratischen Staatsmacht und Wirtschaft, auf dem Gebiete der Kultur herbeizuführen, ohne daß die feindlichen Kräfte auch nur einen Zentimeter Spielraum bekommen. Unsere Partei stellte deshalb als erste Aufgabe, den Frieden im Innern und nach außen zu sichern. Es galt, den Einfluß der bürgerlichen Ideologie zurückzudrängen und den Revisionismus zu überwinden, aber gleichzeitig aus der Enge einer überholten Arbeitsweise herauszukommen und den Dogmatismus und Formalismus zu überwinden.“

Januar/
Februar 1957
30. Tagung des ZK
der SED

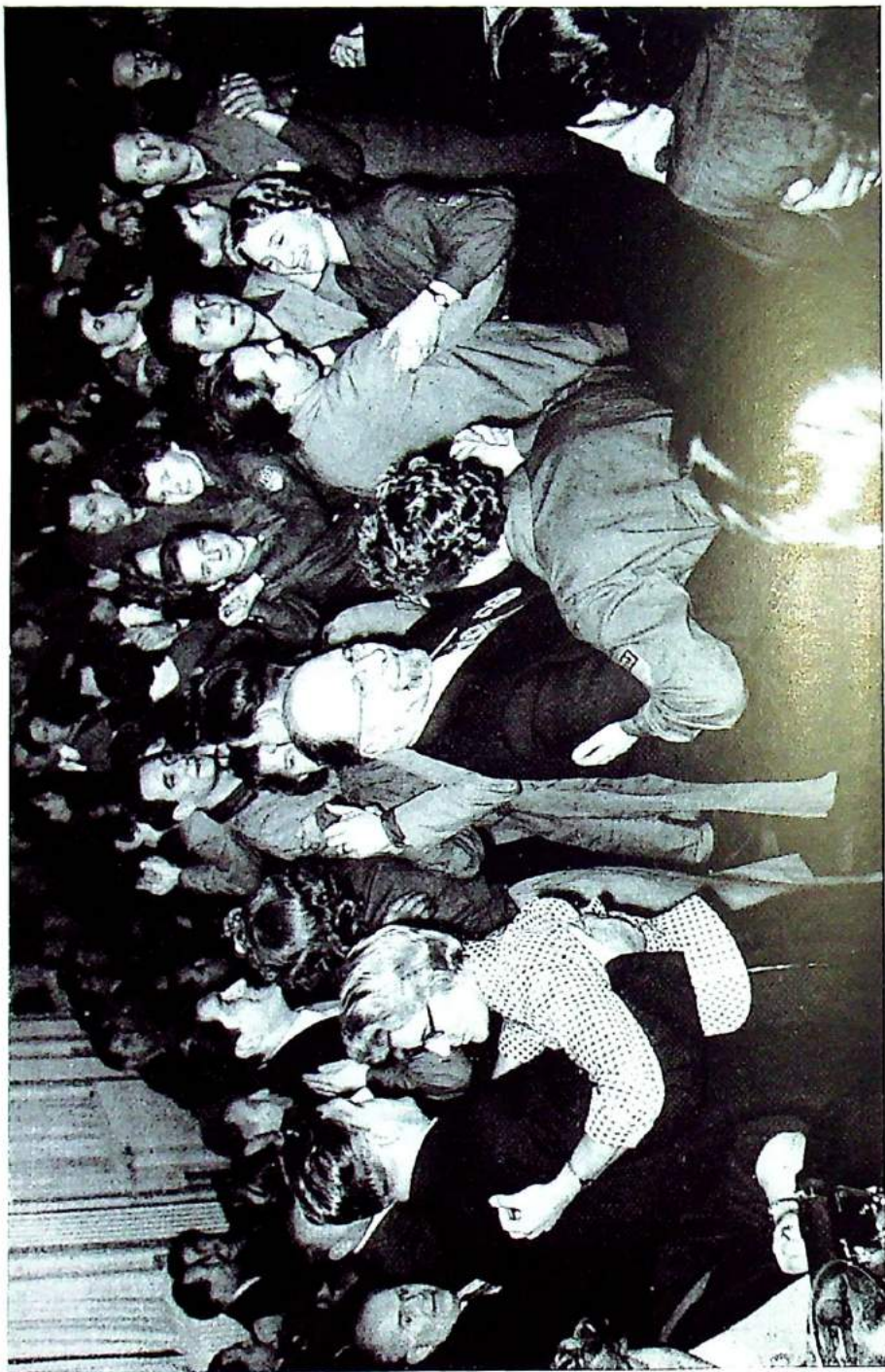
Die historische Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus in ganz Deutschland wird vom Zentralkomitee der Partei auf seiner 30. Tagung im Januar/Februar 1957 begründet. Walter Ulbrichts Referat über die Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands enthält das klare Programm der Partei für die friedliche Lösung der nationalen Frage unter den neuen Kampfbedingungen und beeinflusst entscheidend die Politik der nächsten Jahre.

Das sind die wesentlichsten Gesichtspunkte: Die Bonner NATO-Politik hat die Spaltung Deutschlands vertieft und versteinert. In Deutschland stehen sich zwei Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung für einen längeren Zeitraum gegenüber. Walter Ulbricht unterbreitet den Vorschlag, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu bilden, um durch normale, sachliche Beziehungen der beiden deutschen Staaten der Wiedervereinigung zu einem friedliebenden demokratischen Deutschland schrittweise näherzukommen. Doch die Wiedervereinigung – darüber besteht kein Zweifel – wird erst dann möglich sein, wenn in Westdeutschland die Macht der Monopole gebrochen ist und demokratische Verhältnisse herrschen.

Zugleich zeigt die 30. Tagung des Zentralkomitees den Weg zur weiteren Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, zur



Vor Ort im Mansfelder Kupferbergbau – Februar 1956



Abschlußfeier des III. Landjugendkongresses in Schwerin – Dezember 1957

3. 11

30/11.58.

1. 10. 11. 1958

1. Ausgang des Kapitels I des 1945-48 des pub. Bericht

Stufen - dems d. d. 1. 1. 1945 - 1. 1. 1948
Wirtschaftsbericht
Kurzform

Kurzform

2. Kinnit und Methoden
des 1. 1. 1945 - 1. 1. 1948
Bericht des 1. 1. 1945 - 1. 1. 1948

1. 1. 1945 - 1. 1. 1948
Bericht des 1. 1. 1945 - 1. 1. 1948
Bericht des 1. 1. 1945 - 1. 1. 1948
Bericht des 1. 1. 1945 - 1. 1. 1948
Bericht des 1. 1. 1945 - 1. 1. 1948

5. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958

11. 11. 1958



Gründung des Staatsrates auf der Volkskammersitzung am 12. September 1960
Der Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht empfängt die Glückwünsche der Jungen Pioniere



Gastgeschenk der Genossenschaftsbauern von Eichwege, Kreis Forst: Das erste Treibgemüse – Februar 1961



Bei den Erbauern des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt – Juli 1962



Auch mit 69 Jahren noch ein aktiver Sportler



Glückwünsche der Jüngsten zum 70. Geburtstag

Lösung ihrer großen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben. Das Zentralkomitee erklärt: Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht sind notwendige Voraussetzungen für den Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage.

Die Tagung des Zentralkomitees orientiert auf die ideologisch-politische Festigkeit der Partei und ihrer leitenden Organe.

Wissenschaftlich-technische Revolution

Der Klärung ideologischer Fragen, der Auseinandersetzung mit falschen Auffassungen dienen in der folgenden Zeit viele Aussprachen, die Walter Ulbricht nach seiner bewährten Methode mit allen Schichten der Bevölkerung führt. Der Erziehung der künftigen Erbauer des Sozialismus wendet er dabei besondere Aufmerksamkeit zu.

Erinnerungen an die eigene Jugendzeit werden wach, als im Halleschen Volkspark das 50jährige Bestehen dieser traditionsreichen Kampfstätte der Arbeiter gefeiert wird.

„Weißt du noch“, begrüßt eine Genossin Walter Ulbricht, „wie du mich beim Treffen des Roten Frontkämpferbundes in den Graben geschubst hast, damit mich die Polizei nicht erwischt?“

Walter Ulbricht beantwortet Fragen eines jungen Genossen über seine Tätigkeit in der mitteldeutschen Arbeiterbewegung.

„Solche Unterhaltungen mit alten Genossen müßten wir öfter haben“, wünscht sich ein Junge im Blauhemd der Freien Deutschen Jugend.

„Das liegt doch an euch, an der FDJ, sie muß das organisieren“, sagt Walter Ulbricht, und er tut selbst sein gutes Teil, damit die Jugend aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung lernt. Er nimmt an Jugendstunden teil und besucht auch die 43. Grundschule in der Leipziger Max-Planck-Straße, der früheren Elsässer Straße. Es ist dieselbe, in der er einst acht Jahre lang die Schulbank drückte, und doch ist sie eine ganz andere geworden. Die Jungen Pioniere und Schüler, denen er auf einer Schülerversammlung davon erzählt, können sich die Vergangenheit nur schwer

vorstellen, aber sie verstehen nun doch schon viel besser das Gute der Gegenwart.

In wiederholten Gesprächen mit Lehrern und Studenten geht Walter Ulbricht besonders auf die sozialistische Pädagogik ein. Entschieden tritt er gegen die falsche Ansicht auf, die Schüler würden überfordert. Die sozialistische Zukunft, die immer schneller fortschreitende Wissenschaft und Technik, so hebt er hervor, verlangen heute einen weit besseren und gründlicheren Unterricht, vor allem in den Naturwissenschaften und der Mathematik. Die von der 3. Parteikonferenz gestellte Aufgabe, den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen, kann nur mit fachlich hochqualifizierten Menschen gelöst werden.

Die Perspektive der Wissenschaft steht Anfang Juni 1957 im Mittelpunkt einer Aussprache Walter Ulbrichts mit etwa 120 Angehörigen der Intelligenz in Leipzig. Diese Begegnung leitet eine umfassende öffentliche Diskussion über ideologische Probleme und die Verantwortung der Wissenschaftler beim sozialistischen Aufbau ein. Walter Ulbricht weiß um die Bedeutung der Arbeit der Wissenschaftler und Forscher, der Konstrukteure und Ingenieure für die weitere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie finden in ihm stets einen aufmerksamen Zuhörer, aber auch einen prinzipienfesten Gesprächspartner, der ihnen schnell Achtung abnötigt. Über seine erste Begegnung mit Walter Ulbricht im Frühjahr 1957 sagt Professor Dr. Peter Adolf Thießen: „Hier erlebte ich zum ersten Male sehr eindringlich die besondere Methode Walter Ulbrichts, sich mit Partnern im Streitgespräch auseinanderzusetzen, sei es im kleinsten Kreise oder in einem größeren Verbände. Walter Ulbricht zwingt seine Diskussionspartner, aus umhегten Bereichen herauszutreten und sich den Argumenten der Gesamtheit und neuen Ansprüchen zu stellen. Er zwingt dazu, gewohnte und bequeme Denkmethode aufzugeben und auf unerwartete Fragen unmittelbar lebensnahe Antworten zu finden. Vorbereitete Stellungen sind dabei nutzlos, wenn sie nicht durch sachliche Fundierung allenthalben gesichert sind . . . Ist er überzeugt, dann verleiht er seiner Anerkennung einen Ausdruck, der nicht zum Stillsitzen veranlaßt, sondern zu gesteigerter Leistung.“

August 1957
*Gründung des
Forschungsrates
der DDR*

Die Gründung des Forschungsrates der Deutschen Demokratischen Republik, im Juni 1957 vom Ministerrat beschlossen, am 24. August auf einer Beratung mit 600 hervorragenden Wissenschaftlern, Technikern und Ökonomen in Berlin vollzogen, geht maßgeblich auf Walter Ulbrichts Initiative zurück. Professor Thießen wird Vorsitzender des Forschungsrates.

Mit verstärkter Intensität widmet sich Walter Ulbricht den Fragen der Wissenschaft besonders nach dem Start des ersten Sputniks im Oktober 1957. Er setzt sich mit diesem Ereignis gründlich und auf lange Sicht auseinander. Natürlich bereitet es ihm besondere Freude, nicht nur Kenntnis zu nehmen, sondern sich aktiv daran zu beteiligen, daß die Legende von der Überlegenheit der amerikanischen Wissenschaft und Technik zertrümmert wird. In der Deutschen Demokratischen Republik glaubt ja in jenen Jahren auch noch mancher Werktätige, die Amerikaner hätten die Überlegenheit in der Wissenschaft und Technologie in Erbpacht genommen. Der durch den Sputnik ausgelöste heilsame Schock hilft den meisten von ihnen, sich politisch richtiger zu orientieren.

Die Partei begnügt sich aber keineswegs mit dieser ideologischen Offensive. Sie dringt vor bis zur Kernfrage: Wie müssen Wissenschaft und Technik gefördert werden, um die Deutsche Demokratische Republik zu einem modernen sozialistischen Industriestaat zu gestalten? Wieder kommen Walter Ulbricht seine Hartnäckigkeit und Zielstrebigkeit zugute. Noch intensiver wird seine Fürsorge für den Forschungsrat, wird seine Zusammenarbeit mit den führenden Persönlichkeiten dieses Gremiums. Sie finden bei ihm nicht nur jederzeit ein offenes Ohr; sehr häufig gibt Walter Ulbricht den Anstoß, wenn vorrangige Fragen dieses Bereiches geklärt und entschieden werden müssen. Er nimmt zum Beispiel Einfluß darauf, daß den Wissenschaftlern geholfen wird, den schwierigen Schritt von der individuellen, isolierten wissenschaftlichen Arbeit einzelner zur sorgfältigen, auf lange Sicht geplanten Forschungstätigkeit ganzer Kollektive zu tun.

Seine enge Verbundenheit mit den Werktätigen in den Betrieben läßt ihn erkennen, daß die alte Kluft zwischen den Arbeitern und der Intelligenz zwar im wesentlichen abgebaut, aber immer noch nicht ganz beseitigt ist. So werden mit Walter Ulbrichts Hilfe die Prinzipien der sozialistischen Planung in den Bereich der Forschung und Entwicklung mit einem Minimum an Reibungsverlusten ein-

gefügt und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Wissenschaftler untereinander und mit den Arbeitern, Meistern und Technikern in den Betrieben entwickelt. Das hat wesentliche Wirkung auf die weitere progressive politische Orientierung vieler Wissenschaftler.

Dieser Prozeß geht besonders bei den älteren Wissenschaftlern nicht ohne Konflikte und Kämpfe vonstatten. Die in Westdeutschland herrschenden Kreise geben zudem ihre Versuche, die Heranbildung eines wissenschaftlich-technischen Nachwuchses für die Deutsche Demokratische Republik zu behindern, auch nach den Ereignissen von 1956 nicht auf. Noch 1958 gibt es beispielsweise an der Universität Halle einige Professoren, die den westdeutschen Monopolen direkt in die Hände arbeiten. Ihr Sammelpunkt ist der „Spirituskreis“, eine Vereinigung von Professoren, deren führende Kräfte die bürgerliche Ideologie und sogar manche mittelalterliche Tradition pflegen und verbreiten.

Soviel Verständnis Walter Ulbricht für die Probleme aller ehrlich vorwärtsstrebenden Wissenschaftler aufbringt, so scharf führt er die Auseinandersetzung mit feindlichen Elementen.

„Was hier über den ‚Spirituskreis‘ erzählt wird, ist sehr interessant“, bemerkt er auf einem Diskussionsabend des Deutschen Kulturbundes in Halle. „Es wurde gesagt, dieser Kreis komme seit fünfzig Jahren zusammen. Nicht nur hier, auch in anderen Städten kommen Professoren zusammen, trinken Kaffee oder meinetwegen Kognak. Das ist ganz in Ordnung. Aber im ‚Spirituskreis‘ ist ja nicht nur Kognak getrunken worden, sondern einer der führenden Leute hat Opium mitgebracht. Ich spreche von ideologischem Opium. Ein anderer hat, er versteht etwas von Agrarwissenschaft, Methylalkohol mitgebracht, und Sie haben das nicht gemerkt. Aber ein Wissenschaftler muß das merken. Das ist das Problem, um das es geht. Mich interessiert nicht der ‚Spirituskreis‘, sondern mich interessiert, daß sich in diesem Kreis Personen befinden, die einige der Herren Professoren für fremde Zwecke ausnutzen wollten.“

Im „Spirituskreis“ hat der bewußte Agrarwissenschaftler erklärt, es sei nicht seine Aufgabe, die Studenten für die jetzige Praxis auszubilden, sondern sie mit Kenntnissen zu versehen, die sie noch in zwanzig Jahren brauchen können. So begründet er die Tatsache, daß er an der Universität Vorlesungen nicht über die sozialistische

Agrarökonomie, sondern über die kapitalistische Betriebswirtschaftslehre hält. Walter Ulbricht kontert: „Der Herr Professor ist anscheinend der Meinung, daß in zwanzig Jahren der Kapitalismus wieder in ganz Deutschland herrscht, und daß seine Lehre dann genau paßt.“

Er schildert die Konflikte, in die junge Menschen durch solche Irrlehren gebracht werden; zugleich enthüllt er die Absicht der feindlichen Kräfte und ihrer Auftraggeber, an den Universitäten des Arbeiter-und-Bauern-Staates und mit dessen finanziellen Mitteln Fachkräfte für die westdeutschen Monopole und Großgrundbesitzer auszubilden. Ihre Abwerbung über die offene Grenze wird von Westdeutschland und Westberlin aus systematisch organisiert.

Die Parteiorganisation der Universität Halle, die bis dahin der Auseinandersetzung mit den feindlichen Auffassungen ausgewichen ist, setzt die von Walter Ulbricht begonnene Klärung fort und führt sie mit Hilfe der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Erfolg. Vielen loyalen bürgerlichen Wissenschaftlern wird auf solche Weise geholfen, den richtigen Blick für die Perspektive zu gewinnen.

Zum Ende der fünfziger Jahre wird es notwendig, den Charakter der Entwicklung der Produktivkräfte in sozialistischen wie in kapitalistischen Industriestaaten neu einzuschätzen. Walter Ulbricht setzt sich mit seiner ganzen Autorität dafür ein, diesen Prozeß als wissenschaftlich-technische Revolution zu definieren, um sein Ausmaß und seine Tragweite für den ökonomischen und politischen Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus deutlich zu machen. Diese theoretische Analyse ist von größter praktischer Bedeutung. Denn seither wird unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beharrlich und zielstrebig daran gearbeitet, diesen Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution zu beherrschen. Spezifische Vorzüge der sozialistischen Produktionsverhältnisse, zum Beispiel die Möglichkeit der Konzentration der Kräfte und des planmäßigen Vorgehens, werden immer besser genutzt, um auf den für die Deutsche Demokratische Republik entscheidenden Gebieten den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen.

Geschlossene Front von Millionen

Allen Versuchen, die friedliche Arbeit und die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik anzutasten, das sozialistische Weltsystem und die Einheit des sozialistischen Lagers zu schwächen, wird im Laufe des Jahres 1957 von den fortschrittlichen Kräften des ganzen Erdballs eine entschiedene Abfuhr erteilt. Im Kampf um die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung erwirbt sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in dieser Zeit wesentliche Verdienste.

Das Jahr 1957 ist bestimmt von freundschaftlichen Gesprächen und Beratungen mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und anderen Bruderparteien. In Moskau wird nach Besprechungen zwischen Vertretern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion am 6. und 7. Januar im gemeinsamen Kommuniqué festgestellt, daß das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland den Frieden und die Sicherheit der europäischen Länder auf das ernsteste gefährdet und gemeinsame Anstrengungen aller kommunistischen und Arbeiterparteien erfordert, um die friedliebenden Kräfte im Kampf gegen den Angriff der imperialistischen Reaktion zu vereinen. Weiter heißt es im Kommuniqué, „daß sich die brüderlichen Beziehungen zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die auf den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus und der Gleichberechtigung beruhen, ständig erweitern und verstärken. Dies wirkt sich auch günstig auf die staatlichen Beziehungen zwischen den beiden

Ländern aus und trägt zur Festigung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volke bei.“

Diese freundschaftlichen Beziehungen finden einen weiteren Ausdruck in einer gemeinsamen Erklärung über die vom 7. bis 12. August 1957 in Berlin geführten Verhandlungen mit einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation, die vom 1. Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Nikita Chruschtschow, und von Anastas Mikojan geleitet wird, sowie in dem am 27. September in Berlin unterzeichneten Handelsabkommen, dem Vertrag über Handels- und Seeschifffahrt und anderen Dokumenten.

Im Laufe dieses Jahres findet in Berlin eine große Zahl zweiseitiger Beratungen mit führenden Vertretern verschiedener Bruderparteien statt. Sie stehen im Zeichen fester Verbundenheit und Solidarität. In den nach freundschaftlichem Meinungs austausch unterzeichneten gemeinsamen Erklärungen wird das Gelöbnis zur ständigen Festigung des sozialistischen Lagers und zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne besiegelt. Mit diesen Beratungen wird deutlich, daß die Sozialistische Einheitspartei in den elf Jahren ihres Bestehens zu einer einflußreichen Partei der kommunistischen Weltbewegung geworden ist.

Die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vereinen in Moskau Vertreter der Arbeiterbewegung aus allen Kontinenten. Führende Genossen und Mitglieder der kommunistischen und Arbeiterparteien treten nach den festlichen Tagen zu einer Konferenz zusammen. Vom 14. bis 16. November beraten die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder, vom 16. bis 19. November die Vertreter von 64 kommunistischen und Arbeiterparteien der ganzen Welt. Sie kennzeichnen in einer historischen Erklärung die großen Veränderungen, die sich in der internationalen Arena vollzogen haben: „Hauptinhalt unserer Epoche ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland eingeleitet wurde.“

Es gibt jetzt in 75 Ländern kommunistische und Arbeiterparteien mit über 33 Millionen Mitgliedern. Die Moskauer Beratung festigt ihre Einheit und Geschlossenheit und stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Sie formuliert die Gesetzmäßigkeiten der sozia-

listischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten und Traditionen in den einzelnen Ländern.

Mit neuer Kraft kehrt die von Walter Ulbricht geleitete Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die zum Gelingen der Konferenz aktiv beigetragen hat, aus Moskau zurück. Die Beratung hat bestätigt, daß die von der Partei geführte Politik richtig ist. Der Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus, der Kampf um die Lösung der nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes hat eine neue, feste Grundlage bekommen.

Daran kann auch die Öffentlichkeit in westlichen Ländern nicht mehr vorübergehen. Am 13. Februar 1958 bittet die Münchner „Süddeutsche Zeitung“ Walter Ulbricht um ein Interview. Der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik macht in seiner Antwort auf die Fragen des Chefkorrespondenten Kempfski detaillierte Vorschläge, wie die Bildung einer deutschen Konföderation vor sich gehen könnte.

In einem Gespräch mit britischen Unterhausabgeordneten der Liberalen, Konservativen und der Labour-Partei während der Leipziger Messe antwortet er auf eine entsprechende Frage, daß der Weg der Wiedervereinigung Deutschlands zwar schwierig, aber keineswegs unmöglich sei. Zwei so verschiedene gesellschaftliche Systeme könnten sich als ersten Schritt auf diesem Wege über so wichtige Fragen wie die atomwaffenfreie Zone, die Zone der verminderten Rüstung, den Verzicht Westdeutschlands auf Remilitarisierung und Revanchismus und den Abzug aller ausländischen Truppen verständigen. Der Unterschied der Gesellschaftsordnungen sei kein Hindernis für die Konföderation. Das wird von den britischen Parlamentariern übereinstimmend bestätigt.

Auch Chefredakteur William Randolph Hearst, einer der Zeitungsgewaltigen aus den USA, hält es im April für geboten, Walter Ulbricht zu besuchen, um seine Leser über die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zu unterrichten.

Anläßlich seines 65. Geburtstages gehen Walter Ulbricht von allen Bevölkerungsschichten der Republik und aus dem Ausland zahlreiche Glückwünsche zu, die von der Liebe und Verehrung für den in schweren Kämpfen bewährten Arbeiterführer und Politiker sprechen. Diese herzlichen Gratulationen sind eine würdige Ant-

wort auf die ununterbrochene Verleumdungskampagne der Gegner. Ihre Glückwünsche verbinden die Werktätigen zugleich mit neuen Verpflichtungen zur Steigerung der Produktion. Sie überreichen ihm Modelle und Produktionsmuster von technischen Neuentwicklungen und bekunden auf vielfältige Weise ihr Vertrauen zu Partei und Regierung. Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, zeichnet Walter Ulbricht zum zweiten Mal mit dem Titel „Held der Arbeit“ aus. Die Vaterstadt Leipzig ehrt ihren Sohn zum 65. Geburtstag mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Eine schöne Menschengemeinschaft

Zur überzeugenden Demonstration fester Verbundenheit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und anderen Bruderparteien wird die Anwesenheit der Vertreter von 45 kommunistischen und Arbeiterparteien aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern auf dem V. Parteitag, der am 10. Juli 1958 beginnt.

Juli 1958
V. Parteitag
der SED

Das Referat Walter Ulbrichts, das vom Parteitag als Kampfprogramm der Partei gebilligt wird, heißt: „Der Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat.“

Der NATO-Staat Westdeutschland und seine atomare Aufrüstung sind zum Hauptkriegsherd in Europa geworden. „Es ist also notwendig“, betont Walter Ulbricht, „die Mauer, die durch die Remilitarisierung in Westdeutschland und durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO errichtet wurde, mit Hilfe des Entwurfs eines Friedensvertrages zu beseitigen.“

Der Parteitag beschließt die Grundsätze zu diesem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und entwickelt Vorschläge für die friedliche Lösung des Westberlinproblems.

Der Beschluß, den Sozialismus zum Siege zu führen, unterstreicht die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als Basis des Friedenskampfes in Deutschland. Dem dienen die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft und die sozialistische Umwälzung auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur, das Heranwachsen des neuen, sozialistischen Menschen.

Den Abgeordneten des Bonner Bundestages und der Bevölkerung

Westdeutschlands wird vorgeschlagen, durch Verhandlungen normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herzustellen. So entwickelt der Parteitag die auf dem 30. Plenum des Zentralkomitees gegebene Grundlinie weiter.

Am 16. Juli konstituiert sich das neugewählte Zentralkomitee und wählt Walter Ulbricht wiederum zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees und in das Politbüro.

In Westdeutschland haben die Beschlüsse des Parteitages große Wirkung. Noch während der Beratungen schreibt die „Süddeutsche Zeitung“: „So ist es der SED gelungen, auf ihrem V. Parteitag eine für das deutsche Schicksal bestimmende Realität zu gewinnen. Die Absichten der Kommunisten sind so umwälzend und ihre Verwirklichung ist so wahrscheinlich geworden, daß der Streit über Fragen der Legitimität in den Hintergrund tritt.“

Die ökonomische Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, besonders das Wachstum solcher Industriezweige zu fördern, für die in der Deutschen Demokratischen Republik oder durch Lieferungen von sozialistischen Ländern ausreichend Rohstoffe zur Verfügung stehen, ist für den sozialistischen Aufbau von großem Nutzen. Wenn auch die Feinde mit tatkräftiger Unterstützung der USA, begünstigt durch ihre besseren ökonomischen Ausgangspositionen und durch die offene Grenze, dem deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat große Schäden zufügen und die volle Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zeitweilig hemmen können – ihr Ziel werden sie nie erreichen. Trotz Abwerbung, Diversion und Sabotage gelingt es ihnen nicht, die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung zu sprengen. Das Gegenteil tritt ein.

Gerade die politisch-moralische Einheit aller Bürger ist für den Aufbau des Sozialismus von entscheidender Bedeutung, hebt Walter Ulbricht hervor, als er kurz nach dem Parteitag den Mitgliedern des Demokratischen Blocks die Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erläutert. In der Diskussion stimmen die Vertreter aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen den Direktiven des Parteitages zu. Der stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei, Paul Scholz, berichtet, mit welcher Anteilnahme die Menschen in den Dörfern die Beratungen des Parteitages verfolgt haben. Er fordert, daß vor allem die Ausschüsse der Nationalen Front das Leben auf dem

Lande mit sozialistischem Inhalt erfüllen mögen. Im weiteren Verlauf dieser Sitzung gibt Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Überblick über die Verhandlungen der Regierung mit Vertretern der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik.

„Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ Unter dieser Losung beschließt der III. Kongreß der Nationalen Front im September 1958 den Aufruf zu den bevorstehenden Volkskammer- und Bezirkstagswahlen. Walter Ulbricht kann im Schlußwort zur Diskussion über das Referat von Professor Albert Norden die volle Übereinstimmung aller Schichten der Bevölkerung in den Grundfragen der Politik von Partei und Regierung feststellen.

Den Blick in die Zukunft weit aufgetan, so geht die Deutsche Demokratische Republik in das zehnte Jahr ihrer Geschichte. Seit ihrer Gründung ist sie in die Reihe der ersten zehn Industrieländer der Welt aufgerückt, wie ihr die französische Zeitung „Express“ und andere bestätigen. Daran kann man auch im westdeutschen „Wirtschaftswunderland“ nicht vorübergehen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nennt die Deutsche Demokratische Republik in ihrem Bericht von der Leipziger Messe „in der Tat das eigentliche Wirtschaftswunder“, und „Die Zeit“ schreibt im Sommer 1958: „Die Deutsche Demokratische Republik – vom Westen abwechselnd totgesagt oder als nicht existent bezeichnet – wuchs und gedieh . . . Mit Recht sind die deutschen Ingenieure und Arbeiter von Leuna, Aue, Rostock stolz auf ihr Wirtschaftswunder.“

Doch das eigentliche deutsche Wunder ist nicht allein der gewaltige wirtschaftliche Fortschritt, es ist viel mehr. Und es ist ein Dichterwort, ein Wort von Johannes R. Becher, das diese Zeit und diese Republik am besten charakterisiert: Das Werden einer schönen Menschengemeinschaft.

Der dieses Wort fand, kann das zehnte Jahr der Republik nicht mehr erleben. Im Oktober 1958 geleitet Walter Ulbricht den Dichter, mit dem ihn eine lange und tiefe Freundschaft verbunden hat, zu Grabe. Johannes R. Becher, in den letzten Jahren Minister für Kultur der Deutschen Demokratischen Republik, wird unvergessen bleiben – dieser Gewißheit gibt Walter Ulbricht in seiner Gedenkrede auf dem Staatsakt in Berlin mit bewegten Worten Ausdruck. „Johannes R. Becher ist der größte deutsche Dichter der

neuesten Zeit. Er ist der deutsche Dichter, der als einziger mit dieser Konsequenz und dieser Vielfalt der Mittel von den Positionen des Humanismus aus gegen den deutschen Imperialismus zu Felde gezogen ist und den deutschen Menschen geholfen hat und weiter helfen wird, den Weg zum neuen, zum sozialistischen Deutschland zu finden.“

Er hebt die tiefe Verbundenheit des Dichters mit dem Volke, mit den einfachen Menschen hervor, die ihn zu großen Werken beflügelte. Walter Ulbricht schließt mit den Worten: „So tief uns die Trauer um unseren lieben Freund, den großen Dichter des neuen Deutschlands, ergreift, so sind wir doch stolz auf ihn, dessen Werk in der deutschen Arbeiterklasse und im deutschen Volk fortleben wird. Die nationale Mission, für die du, lieber Hans, deine ganze Lebenskraft, deinen Ideenreichtum gabst, wird das deutsche Volk zum Siege führen.

Zur letzten Ruhestätte mögen dich die schönen Worte deines letzten Gedichtes begleiten:

Die Welt will blühen, blühen
so bunt wie nie zuvor,
und neue Sterne glühen.
Kühn steigt der Mensch empor.

Ihr seid der Zeiten Ende,
wir sind die Zeit, die reift,
Glück der Jahrtausendwende,
das uns im Traume streift.“

November 1958
*Chemieprogramm
und sozialistische
Brigaden*

Im Klubhaus der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ treffen sich am 3. und 4. November 1958 die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, Mitglieder der Regierung, des Nationalrates und zahlreiche hervorragende Wissenschaftler mit über 1200 Werkträgern zu einer vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und von der Staatlichen Plankommission einberufenen Konferenz. Zur Beratung steht das Chemieprogramm, das Walter Ulbricht in seinen Grundzügen erläutert. „Chemie bringt Brot, Wohlstand, Schönheit“ ist das schnell populär werdende Leitmotiv. Schon jetzt steht die Deutsche Demokratische Republik in der chemischen Produktion je Kopf der Bevölkerung an zweiter

Stelle in der Welt, erklärt Walter Ulbricht und führt den Nachweis, daß die vorrangige Entwicklung der Chemieindustrie, auch der Petrolchemie, Voraussetzung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist. Von der Chemie werden sowohl die landwirtschaftliche Produktion wie auch der Lebensstandard der Bevölkerung wesentlich beeinflußt.

Als die Leuna-Werke 1916 aufgebaut wurden, schrieb man auf die ersten Waggons mit Ammoniak das grausige Wort „Franzosen-tod“. Im zweiten Weltkrieg waren die Leuna-Werke entscheidend am Aufbau des Vernichtungslagers Auschwitz beteiligt. Jetzt aber, zum ersten Male in der deutschen Geschichte, steht die Chemie im Dienste des Friedens. Das Chemieprogramm der Deutschen Demokratischen Republik, so sagt Walter Ulbricht im Schlußwort der Konferenz, ist mit einer großen Umwälzung im Denken der Menschen, in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft verbunden. Es gibt neue Impulse für den rascheren Fortschritt der gesamten Volkswirtschaft.

Von jungen Chemiearbeitern kommt wenige Wochen nach der Konferenz der Anstoß zu einer neuen, höheren Stufe des sozialistischen Wettbewerbs. Mit dem Aufruf der Jugendbrigade „Nicolai Mamai“ aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld, die sich das Ziel stellt: „Sozialistisch arbeiten – sozialistisch lernen – sozialistisch leben“, beginnt etwas aufzublühen, was es bisher nie gegeben hat: die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Betrieben. Wenige Tage nach dem Aufruf der Bitterfelder schließen sich Hunderte Brigaden dem Kampf um den Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ an. Die Bewegung bleibt nicht auf die Jugend beschränkt. Dieselben Menschen, über deren Leben vor zehn Jahren noch das Dunkel des vergangenen Krieges lag, deren Zusammenleben das Gift vergangener Zeiten störte und zerfraß, wachsen nun zusammen zu einer großen Familie, zu der schönen Menschengemeinschaft, die der Dichter erträumte.

„Arbeiter, erstürmt die Höhen der Kultur!“ hat der V. Parteitag aufgerufen. Schon entwickelt sich hier und da die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Künstlern und Arbeitern. Schriftsteller bemühen sich, die neuen menschlichen Beziehungen in den Betrie-

April 1959
1. Bitterfelder
Konferenz

ben kennenzulernen. Einige Arbeiter und Arbeiterinnen haben begonnen, selbst zu schreiben, einige Schriftsteller helfen ihnen dabei. Wieder wächst etwas Neues, und wieder ist Walter Ulbricht unter den ersten, die es erkennen und fördern.

Aus Halle, mitten im Herzen des Chemiegebietes, kommt ein Aufruf zum literarischen Wettbewerb über das Chemieprogramm. Auftakt soll eine Autorenkonferenz des Mitteldeutschen Verlages sein, an der auch schreibende Arbeiter teilnehmen. Die Mitarbeiter des Verlages bemühen sich, Walter Ulbricht für diese Konferenz zu interessieren. Das gelingt ihnen in einem Maße, wie sie es selber nicht erwartet haben.

Mit dem ihm eigenen Blick für das Wesentliche erkennt Walter Ulbricht, daß Zeit und Ort für eine solche Konferenz gerade richtig gewählt, ihre Ziele aber nicht weit genug gesteckt sind. Er entwirft sofort eine Konzeption, mit Hilfe dieser Konferenz die schöpferischen Energien des ganzen Volkes zu wecken, und berät die Grundgedanken mit den Genossen des Politbüros. Das einleitende Referat, so wird beschlossen, soll der Schriftsteiler Alfred Kurella, zu dieser Zeit Leiter der Kulturabteilung des Zentralkomitees, übernehmen.

Der Gedanke an Bitterfeld läßt Walter Ulbricht auch nicht los, als die Ärzte ihn Ende März zur Kur nach Karlovy Vary schicken. Da Erholung und geistige Arbeit bei ihm keinen Widerspruch bilden, sind während langer Spaziergänge die Fragen der Kulturpolitik, der Entwicklung einer neuen sozialistischen Nationalkultur immer wieder Gegenstand angeregter Gespräche. Aus Karlovy Vary geht auch ein Brief nach Berlin, in dem Grundgedanken für das Referat und sogar einige Einzelheiten über den Teilnehmerkreis der Tagung vorgeschlagen werden.

Das ist in kurzen Zügen die Vorgeschichte der Bitterfelder Konferenz, die selber Geschichte gemacht hat. Sie wird zum Wegweiser für die sozialistische deutsche Nationalkultur und für die ganze weitere Kulturpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. An der Spitze einer Delegation des Zentralkomitees kommt Walter Ulbricht am 24. April 1959 in das Kulturhaus des Elektrochemischen Kombines Bitterfeld, in dem 150 Schriftsteller und über 300 Arbeiter und Arbeiterinnen versammelt sind. In freier Rede faßt er im Schlußwort die Ergebnisse der Diskussion zusammen und bereichert sie durch viele prinzipielle Gedanken, wie das hu-

manistische Erbe der Nation vom ganzen Volk in Besitz genommen und durch eigene schöpferische Tätigkeit fortgeführt werden kann. Die Schriftsteller mahnt er, daß sie ihren Auftrag nur erfüllen können, wenn sie selbst mitten im neuen Leben stehen, dieses Leben darstellen und so ihren Teil zur sozialistischen Umgestaltung beitragen.

Von der Bitterfelder Konferenz ergeht der Ruf: „Greif zur Feder, Kumpel!“ Die Arbeiter, Herren ihres Lebens geworden, beginnen selbst, dieses Leben zu gestalten und auch auf geistigem Gebiet ihrer führenden Rolle Ausdruck zu geben.

Der „Bitterfelder Weg“ wird noch Jahre nach dieser Konferenz das künstlerische Schaffen in der Deutschen Demokratischen Republik voranführen und die Überlegenheit und wahre Menschlichkeit der sozialistischen Nationalkultur über die Ausweglosigkeit der westdeutschen Kulturpolitik erweisen.

Am Tag nach der Konferenz besucht Walter Ulbricht die Brigade „Nicolai Mamai“, der jetzt schon 5 500 Brigaden nacheifern. In einer fast zweistündigen, herzlichen Aussprache mit den Arbeitern kommen viele Probleme des sozialistischen Arbeitens, Lernens und Lebens zur Sprache und natürlich auch die Kultur.

„Bei uns ist große Nachfrage nach allen kulturellen Dingen“, sagt der Brigadier Martin Nagel, „außerdem besuchen wir viele Veranstaltungen auch gemeinsam.“ Walter Ulbricht verbindet seine Anerkennung gleich mit konkreten Vorschlägen: „Wir müssen die Kultur so organisieren, daß die besten Orchester und Künstler hier in Bitterfeld in den Wohngemeinden der Arbeiter auftreten . . . Der Kapitalismus hat für den Arbeiter die Kneipen organisiert. Ihr organisiert das Leben im Kulturhaus . . . Macht weiter so, strengt euren Kopf selber an, wir können das nicht allein in Berlin machen. Der Sieg des Sozialismus ist nicht das Werk des einzelnen, das kann uns nur im sozialistischen Kollektiv gelingen.“

Das Neue, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, ist Gegenstand vieler Beratungen mit der Jugend und im besonderen Maße auch mit Angehörigen der Intelligenz. Eine dieser Beratungen findet Anfang Juni in Dresden statt. Walter Ulbricht bezeichnet die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Ausdruck einer gesetzmäßigen gesellschaftlichen Umwälzung von größter Tragweite, als Hauptmethode zur Lösung der ökonomischen Aufgaben und zur raschen Entwicklung der Wissenschaft. Sie ist die höchste Form des Zu-

sammenschlusses von Wissenschaftlern und Arbeitern und hilft mit, schrittweise die Unterschiede zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu vermindern.

Die Aussprache in Dresden findet an diesem Tag kein Ende. Sie muß einige Zeit später fortgesetzt werden, so viele Fragen kommen von den Teilnehmern – 2000 Wissenschaftler, Techniker, Mitglieder sozialistischer Brigaden und Neuerer –, so viel haben sie auch zu sagen über die neue Initiative, die sich überall regt.

Je näher der zehnte Jahrestag der Republik rückt, desto größere Leistungen werden in den Betrieben und den Dörfern vollbracht. 2,6 Millionen Werktätige beteiligen sich an dem sozialistischen Wettbewerb, der unter der Losung steht: „Für des Volkes Frieden, Wohlstand, Glück – decken wir den Tisch der Republik.“ Nahezu 30 000 Brigaden kämpfen um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“, über 18 000 sozialistische Arbeitsgemeinschaften haben sich gebildet.

Am 5. August ist Walter Ulbricht wieder einmal bei den Leuna-Werkern. Nach vielen Einzelgesprächen auf den Werkstraßen kommen 18 000 Arbeiter und Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler zu einer Kundgebung zusammen.

Nachdem ihnen Walter Ulbricht die Verständigungsvorschläge der Deutschen Demokratischen Republik an die Genfer Außenministerkonferenz erläutert hat, spricht er über den 10. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik. An diesem Tag soll Bilanz gezogen werden über das, was in der Produktion geleistet wurde.

Aber es gilt auch, diesen 7. Oktober als einen Tag der Freude und der kulturvollen Erholung vorzubereiten. „Einige Funktionäre haben dies ganz vergessen“, mahnt Walter Ulbricht. „Aber Sozialismus heißt nicht nur höhere Leistungen, er heißt auch höhere Kultur. Sozialismus heißt gut arbeiten und schön leben.“

Wie man so etwas machen kann, demonstriert er eine Woche darauf beim III. Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig. Er besucht nach der Eröffnung des Festes in den großen Sportarenen eine Kleinsportanlage im Wohnbezirk 17.

„Es gibt Wohnbezirke, in denen es schrecklich langweilig ist“, sagt er unter dem verständnisinnigen Gelächter der Einwohner, „also beginnen wir mit: Sport frei!“, zieht die Jacke aus und nimmt gemeinsam mit seiner Frau und dem 1. Sekretär der Bezirksleitung, Paul Fröhlich, an den Gymnastikübungen teil.

Ein festlicher Tag ist der 7. Oktober in allen Städten und Dörfern. 103 der besten sozialistischen Kollektive erhalten zum ersten Mal den Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit“. Die Republik feiert ihren 10. Geburtstag in dem glücklichen Bewußtsein der Gemeinsamkeit und der Erfolge. Fest verwurzelt ist ihre Freundschaft mit der Sowjetunion. Das hat erst vor wenigen Monaten der Besuch einer von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl geleiteten Partei- und Regierungsdelegation bestätigt. Sie ist von der Bevölkerung in der sowjetischen Hauptstadt, in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und in der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik begeistert begrüßt und, wie Anastas Mikojan bei einer Großkundgebung im Autowerk von Gorki erklärte, wie ein leibhafter Bruder aufgenommen worden. Die Beratungen in Moskau haben eine neue und höhere Etappe in der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der beiden Partner eingeleitet.

Zum 10. Jahrestag empfängt die Republik liebe Gäste aus der Sowjetunion und über 70 anderen Ländern. Der deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat hat sich Autorität bei den friedliebenden Menschen der Welt erworben.

In „zehn Jahren des Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik“ erbrachten die Arbeiter, Bauern, die Intelligenz, die Handwerker und Gewerbetreibenden in der DDR vor dem ganzen deutschen Volke den Beweis, daß das deutsche Volk ohne Militarismus, ohne Grenzforderungen und andere Revancheziele, ohne Hitlergenerale und Rüstungsmillionäre in Frieden und Freundschaft mit anderen Völkern und in Wohlstand leben kann“, schreibt Walter Ulbricht aus Anlaß des Gründungstages in seinem Artikel „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“.

Die französische Zeitung „Combat“ urteilt über diese zehn Jahre der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik:

„Wenn es ein deutsches Wirtschaftswunder gibt, dann jenseits der Elbe. Innerhalb von zehn Jahren hat die DDR ihren Handel entwickelt und eine Industrie aufgebaut. Nirgendwo gibt es . . . einen so vielversprechenden Lebensstandard wie hier, der zwar noch nicht so hoch ist, da das anfängliche Potential (5 Hochöfen gegenüber 120 in der Bundesrepublik) schwach war und es relativ wenig Arbeitskräfte gab . . . Wenn man sich an die wirtschaftlichen Fakten hält, stellt man also fest, daß die Politik Ulbrichts in einem

7. Oktober

1959

Zehnter Jahrestag
der Republik

verhältnismäßig kurzen Zeitraum Erfolge aufzuweisen hat, die wie eine Demonstration der Plantheorie anmuten werden.“

So ist es schließlich kein Wunder, daß auch die amerikanische Fernsehgesellschaft Westinghouse Broadcasting Company, Boston, Walter Ulbricht um ein Interview bittet, das er am 13. November 1959 gewährt und das dann von weiteren zehn amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstationen ausgestrahlt wird. Viele Millionen Amerikaner sehen ihn und hören die Stimme des wahren, des rechtmäßigen deutschen Staates, erfahren von seiner wirklich nationalen Politik. In Bonn am Rhein aber sitzt einer, der die Ohren verstopft und die Augen fest verschlossen hat – der Kanzler Adenauer.

Am 23. Januar 1960 richtet Walter Ulbricht einen Brief an ihn. „Es geschieht, weil ich nichts, aber auch gar nichts unversucht lassen möchte, Sie und die Mitglieder Ihrer Partei von dem für die nationalen Interessen des deutschen Volkes und für den Frieden Europas höchst gefährlichen Weg abzubringen“, schreibt der Absender. „Werfen Sie Ihre Pläne für einen Eroberungszug nach Osten in den Papierkorb . . . Spielen Sie nicht mit dem Atomkrieg, machen Sie die atomare Bewaffnung der westdeutschen NATO-Armee rückgängig . . . Denken Sie bitte einmal an Deutschland.“

Walter Ulbrichts Brief, der einen neuerlichen Vorschlag zu einem Nichtangriffspakt zwischen beiden deutschen Staaten beinhaltet, bleibt unbeantwortet. Das ist Antwort genug. Die Unbelehrbaren in Bonn haben ihre aggressiven Pläne, besonders für einen bewaffneten Überfall auf die Deutsche Demokratische Republik, nicht aufgegeben.

Februar 1960 *Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR* Zum Schutz der demokratischen Errungenschaften beschließt die Volkskammer, den Nationalen Verteidigungsrat der DDR zu bilden. Zum Vorsitzenden schlägt die oberste Volksvertretung Walter Ulbricht vor.

Als junger Revolutionär hat er im November 1918 die bittere Erfahrung gemacht, daß die entwaffneten Arbeiter und Soldaten im Kampf um die Macht unterlagen, und die Lehren daraus gezogen. Von der Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften, die er als Mitglied des 1923 von der KPD-Zentrale gebildeten Ständigen Militärischen Rates mit organisieren half, führt ein gerader Weg

zur Armee der befreiten Arbeiterklasse, die den militärischen Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht übernommen hat. Seit der Gründung der Nationalen Volksarmee hat Walter Ulbricht ihre Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Armee und ihre Verbundenheit mit den Streitkräften der sozialistischen Bruderländer stets beeinflußt und gefördert.

Am 11. Februar empfängt Präsident Wilhelm Pieck den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, und ernennt ihn zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates.

Es hat sich so manches verändert, seitdem die Arbeiterklasse gemeinsam mit allen demokratischen Kräften ihren sozialistischen Staat aufbaut und zu einem sicheren Hort des Friedens und Wohlstandes macht. Das wird hin und wieder auch an Randerscheinungen deutlich, etwa an einer Begegnung auf der Leipziger Frühjahrsmesse. Beim Rundgang durch die Stände der westdeutschen Stahlkonzerne führt Walter Ulbricht unter anderem Gespräche mit den Direktoren von Mannesmann und Krupp.

Er, der Tischler, der einst die Streikkämpfe gegen die Monopolherren organisieren half, wird nun von den „Schlotbaronen“ höflich zu Tisch geladen. Sie sagen „Exzellenz“ und „Herr Ministerpräsident“ zu ihm, bitten ihn um ein paar Worte für das Gästebuch, und Krupp-Direktor Professor Hundhausen kredenzt einen Umtrunk. Sie trinken mit ihm auf den Frieden. Der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister von Niedersachsen, Kubel, der an dem Gespräch teilnimmt, muß feststellen, daß Walter Ulbricht „recht kräftig“ aussehe.

„Ich komme eben vom Skilaufen“, ist dessen Antwort. „Herr Adenauer konnte jetzt nicht in Urlaub gehen, weil seine Decke zu dünn ist. Bei uns ist die Decke stark und fest, deshalb konnte ich zum Sport fahren.“ Und der Sozialdemokrat schluckt tapfer die Ironie, die sich auf ein Wort Adenauers bezieht, daß die Bonner Politik auf einer sehr dünnen Decke steht. Er läßt sich sogar zu einem Besuch nach Rostock einladen, sagt „ich komme sehr gern“, was ihm von den westdeutschen CDU-Politikern wie auch von den rechten Führern seiner Partei dann schwer angekreidet wird.

Der auf Einladung Otto Grotewohls Anfang Juni in der Deutschen Demokratischen Republik weilende amerikanische Indu-

strielle und Lenin-Friedenspreisträger Cyrus Eaton hat mit Walter Ulbricht eine eineinhalbstündige Unterredung. Eaton und seine Gattin äußern dabei den Wunsch, Walter Ulbricht möglichst bald in den USA begrüßen zu können. Er sei gern bereit, erklärt dieser, jedoch die amerikanischen Behörden in Westberlin, die vielen DDR-Bürgern keine Einreisevisa in die USA erteilen, seien sicher dagegen. Worauf die Gäste der Hoffnung Ausdruck geben, die USA mögen bald eine andere Politik machen.

Sozialistischer Frühling auf dem Lande

Die größte Umwälzung dieser Zeit vollzieht sich auf dem Lande. Der Beginn des Jahres 1960 geht in die Geschichte der Republik als „sozialistischer Frühling“ ein. Er bringt den Zusammenschluß aller Bäuerinnen und Bauern in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften.

Seit den ersten Begegnungen und Beratungen mit den Pionieren des genossenschaftlichen Zusammenschlusses auf der 2. Parteikonferenz und in der Zeit danach gehört Walter Ulbricht zu den Mitgliedern der Parteiführung, die diese Entwicklung konsequent fördern. Er hat großen Anteil daran, daß Partei- und Staatsfunktionäre erzogen werden, die unmittelbar mit den Bauern arbeiten und auch von ihnen lernen, die von den Bedingungen und Bedürfnissen der LPG ausgehen.

Jetzt ist die Zeit reif geworden, die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande zum Sieg zu führen.

Wie stets, geht Walter Ulbricht auch diesmal dorthin, wo die Keime des Neuen sprießen – in den Kreis Eilenburg, der als erster meldet: Alle Bauern sind Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Einen ganzen Tag verbringt er mit den Bauern der Gemeinde Jesewitz und berät mit ihnen über die gute genossenschaftliche Arbeit. Die Eilenburger Volksvertreter und Staatsfunktionäre weist er in einer Beratung auf die neuen Aufgaben hin, die sich in einem vollgenossenschaftlichen Kreis ergeben, und den Arbeitern des Eilenburger Zelluloidwerkes rät er, das Bündnis mit den Genossenschaftsbauern fester denn je zu schmieden.

Auf der 11. Tagung der Volkskammer am 25. April 1960 kann Walter Ulbricht allen Bauern und Bäuerinnen in der ganzen Republik im Namen der Regierung zum vollständigen Übergang zur genossenschaftlichen Arbeit gratulieren. In einer Regierungserklärung kennzeichnet er den Eintritt aller Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als einen Volksentscheid für den Frieden, bei dem sich die Einheit aller in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Kräfte erneut bewährt hat. Die Volkskammer bestätigt die vollgenossenschaftliche Entwicklung auf dem Lande als Vollendung des vielhundertjährigen Kampfes um die Bauernbefreiung.

Walter Ulbricht weiß sehr wohl das Ausmaß und die Tragweite der Revolution in den Köpfen und Herzen der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern einzuschätzen, die durch den vollständigen genossenschaftlichen Zusammenschluß eingeleitet wird. Ihm ist die Alternative ganz klar: Der Gegner wird alles tun, um den Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik einzureden, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wolle deren Eigentum beseitigen. Die Partei dagegen setzt ihre ganze Kraft ein, um die Bauern davon zu überzeugen, daß sie nicht gegen deren Eigentum sei, sondern für den Einzug der modernen Technik in der Landwirtschaft und daß dazu der genossenschaftliche Großbetrieb die notwendige Voraussetzung ist.

Die Auseinandersetzung wird erschwert durch die wetterbedingte Mißernte des Jahres 1961. Die offene Grenze gibt den Feinden zudem die Möglichkeit, die genossenschaftliche Entwicklung zu stören. Doch im Jahre 1963 ist mit dem unverkennbaren Aufschwung der Produktion die Schlacht entschieden. Als die Genossenschaftsbauern mit einem vorher nicht vorstellbaren Tempo in die Stiefel der Organisatoren und Leiter sozialistischer Großbetriebe auf dem Lande hineinwachsen – da weiß Walter Ulbricht das Ausmaß des Triumphes zu würdigen. Hier ist besonders auf dem Gebiet der politisch-moralischen Einheit des Volkes ein großer Sieg errungen worden. Nun haben die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern die Tatsache vollständig erfaßt, daß ihre Interessen mit den Interessen der Arbeiter und des sozialistischen Staates übereinstimmen. Die große Mehrheit der Genossenschaftsbauern gewinnt ein Vertrauensverhältnis zur Politik der Partei und der Regierung, das der Gegner kaum noch ernsthaft erschüttern kann.

Im Herbst 1960 hat die Deutsche Demokratische Republik einen großen Verlust zu beklagen. Am 7. September entschlief nach schwerer Krankheit der erste Arbeiterpräsident der deutschen Geschichte, Genosse Wilhelm Pieck. An seiner blumentumkränzten Bahre im Kongreßsaal des Zentralkomitees halten am 9. September Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Hermann Matern und Friedrich Ebert die erste Ehrenwache. Ihnen folgen die weiteren Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees, die Repräsentanten der Volkskammer, der Regierung und des Nationalrates der Nationalen Front. Sie werden von verdienten Wissenschaftlern und Künstlern, Arbeitern und Bauern abgelöst. Auch Partei- und Regierungsdelegationen aus den befreundeten Ländern erweisen dem Verstorbenen diese letzte Ehre.

Unter den Klängen des Trauermarsches „Unsterbliche Opfer“ schreiten vom Morgen bis in die späten Nachtstunden trauernde Menschen an dem offenen Sarg vorüber und grüßen den Toten mit einem letzten Blick. Sie kommen aus der Hauptstadt und aus der ganzen Republik. Betriebe, Dörfer, Ministerien, Institute haben Delegationen entsandt, alte Genossen und Junge Pioniere, Angehörige der Nationalen Volksarmee, Vertreter des Diplomatischen Korps und viele andere bringen Kränze und Blumen.

Am gleichen Tage tritt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. In seiner Gedenkrede würdigt Walter Ulbricht die großen Verdienste des Verstorbenen.

Otto Grotewohl begründet danach die vom Politbüro vorgeschlagenen Maßnahmen, die sich nach dem Ableben des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, auf staatlichem Gebiet ergeben und denen das Zentralkomitee einmütig zustimmt.

„Die Liebe des ganzen Volkes umkränzt seine Bahre“, sagt Walter Ulbricht auf dem Staatsakt zur Beisetzung des Präsidenten. Er würdigt das Leben Wilhelm Piecks, mit dem ihn 50 Jahre gemeinsamen Kampfes verbunden haben, als ein Leben voll menschlicher Größe für den Frieden und die Freiheit des Volkes. „Es ist ein schönes und großes Kämpferleben, das hier sein Ende gefunden hat, es war vor allem ein erfülltes Leben: Wilhelm Pieck ist es vergönnt gewesen, die Verwirklichung des Zieles zu erleben, dem er vor mehr als einem halben Jahrhundert sein Leben geweiht hat und

September
1960

*Abschied von
Wilhelm Pieck*

dessen Verwirklichung er seitdem alle seine Kräfte widmete . . . Es war ein durch und durch politisches, ganz der einen großen gesellschaftlichen Aufgabe gewidmetes Leben, der Befreiung der Arbeiterklasse und des Volkes von der imperialistischen Herrschaft. Und eben dadurch hat es die menschliche Größe gewonnen, die wir alle, seine Freunde und Kampfgefährten, an ihm kannten und deren Wirkung auf Außenstehende, ja Gegner, wir oft erlebt haben . . . Unser lieber Kampfgefährte und Freund Wilhelm Pieck ist nicht mehr unter uns. Aber die kollektive Führung unserer Partei, unterstützt durch die besten Söhne der Nation, und vor allem die Jugend ist so gewachsen, daß sie die großen Aufgaben erfüllen kann und wird, die noch vor uns stehen, wenn wir das Lebensideal unseres Wilhelm Pieck, das unser aller Ideal ist, vollenden wollen.“

Das Staatsschiff wird sicher gesteuert

Die Diskussion im Politbüro und im Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Nachfolge des verstorbenen Präsidenten Wilhelm Pieck hat zu dem Vorschlag geführt, nicht einen neuen Präsidenten zu wählen, sondern einen Staatsrat mit einem Vorsitzenden an der Spitze zu bilden. Ein solches kollektiv arbeitendes Organ entspricht besser den Bedingungen eines volksdemokratischen Staates.

In ihrem Haus in der Berliner Luisenstraße ist die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zusammengetreten. Es ist ein feierlicher Augenblick, als Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann ans Rednerpult tritt und das vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgeschlagene und vom Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und vom Nationalrat gebilligte Gesetz über die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik begründet.

Der Volkskammerpräsident erklärt: „Als Vorsitzenden des Staatsrates schlagen wir den Würdigsten unter uns vor, das Mitglied des Hohen Hauses, Walter Ulbricht –“

Bei der Nennung des Namens klingt Beifall auf, die Abgeordneten der Volkskammer erheben sich von ihren Plätzen, und erst nach lang anhaltendem Applaus kann Dr. Dieckmann fortfahren:

„den engsten Kampfgefährten Ernst Thälmanns, der seit 50 Jahren gemeinsam mit Wilhelm Pieck den Kampf gegen den deut-

12. September
1960

*Wahl zum
Vorsitzenden
des Staatsrates
der DDR*

schen Imperialismus und Militarismus, für die Sache der Arbeiterklasse und für den Frieden unserer Nation führte. Mit Walter Ulbricht stellen wir einen Mann an die Spitze des Staatsrates unserer Republik, der als Aktivist der ersten Stunde inmitten der Asche und des Schutts des verruchten faschistischen Raubkrieges, inmitten der materiellen und ideellen Trümmer das Leben wieder in Gang brachte, die staatlichen Selbstverwaltungsorgane aufbaute und seitdem die größten Verdienste um die politische und kulturelle Entwicklung unseres sozialistischen Friedensstaates der Arbeiter und Bauern und im Kampf um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer und einheitlicher Staat hat. Als wahrer Patriot seines Volkes ist er unermüdlich für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und für die unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion, für die Freundschaft mit allen Völkern tätig.“

Als Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates wählt die Volkskammer: den Vorsitzenden des Ministerrates, Otto Grotewohl; den Präsidenten der Volkskammer, Dr. Johannes Dieckmann; den Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union, Gerald Götting; den stellvertretenden Vorsitzenden der National-Demokratischen Partei Deutschlands, Heinrich Homann; den Generalsekretär der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Manfred Gerlach; das Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Hans Rietz. Unter den Mitgliedern des Staatsrates sind neben Bruno Leuschner, Friedrich Ebert und Professor Dr. Dr. Erich Correns hervorragende Wissenschaftler und Künstler, Arbeiter und Arbeiterinnen, LPG-Vorsitzende und Genossenschaftsbäuerinnen. Sekretär des Staatsrates wird der Schriftsteller Otto Gotsche.

In ihrer aller Namen gelobt Walter Ulbricht: „Schulter an Schulter mit unserem deutschen Volk wird der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik alles tun, damit der Sozialismus in der DDR zum Siege geführt wird, denn Sozialismus – das ist Friede, wahre Menschlichkeit, Wohlstand für das Volk und Völkerfreundschaft.“

So ist mit der Bildung des Staatsrates ein verfassungsrechtlich bedeutsamer Schritt getan, um die Kollektivität der Leitung weiterzuentwickeln und die Einheit der staatlichen Führung auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus zu festigen.

Am 4. Oktober 1960 tritt die Volkskammer erneut zusammen, um die Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, entgegenzunehmen. Die Anwesenheit des Diplomatischen Korps und zahlreicher Persönlichkeiten aus dem Ausland, das Gedränge auf der Pressetribüne, die für die große Zahl von Journalisten der internationalen Zeitungen und Nachrichtenagenturen kaum ausreicht, unterstreichen die Bedeutung dieses Ereignisses.

Zu Beginn teilt Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann mit, daß Ministerpräsident Otto Grotewohl der Bitte Walter Ulbrichts, ihn von der Funktion des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates zu entbinden, entsprochen hat.

Dann nimmt der Vorsitzende des Staatsrates das Wort zu der Programmatischen Erklärung. Sie ist ein Aktionsprogramm für die neue Etappe der weiter entfalteten sozialistischen Demokratie, die nun beginnt.

„Unsere Politik“, so erklärt Walter Ulbricht, „beruht auf wissenschaftlicher Grundlage. Es gehört zu ihren Prinzipien, stets von einer realen Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und der Entwicklung der Lage in Deutschland auszugehen, rechtzeitig das Neue, Fortschrittliche zu erkennen, die bei der Entwicklung des Sozialismus und der Gesellschaft neu auftauchenden Probleme rechtzeitig zu durchdenken, zu beraten und zu entscheiden. Das Wichtigste sind: Wahrheit und Klarheit. Jeder Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik setzt die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Volkes voraus.“

Minutenlanger Beifall am Schluß der Rede und die darauffolgende Debatte geben die Zustimmung aller Fraktionen der Volkskammer zu der Programmatischen Erklärung kund.

Die ganze Bevölkerung stimmt in den kommenden Wochen und Monaten zu. Im Laufe des folgenden halben Jahres erreichen den Staatsrat mehr als 10 000 Briefe. Arbeiter, sozialistische Brigaden, Ingenieure, Genossenschaftsbauern, Handwerker, Unternehmer mit staatlicher Beteiligung, Wissenschaftler und viele andere bekräftigen ihr Vertrauen zum Kollektiv des Staatsrates, zur Arbeiter- und Bauern-Macht, indem sie sich zu höheren Leistungen verpflichten, um den Volkswirtschaftsplan zu erfüllen und die Wirtschaft vor den gegnerischen Störmaßnahmen zu schützen.

Die Kumpel vom VEB Braunkohlenwerk „Franz Mehring“ in

Brieske-Ost schreiben: „Mit großer Genugtuung stimmen wir dieser Erklärung zu. Mit besonderem Interesse diskutieren wir den Teil der Ausführungen, der sich mit der Schöpferkraft des Volkes, der sozialistischen Demokratie sowie der Rolle der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter befaßt. Jawohl, es stimmt, die Teilnahme der Arbeiter an der Lenkung und Leitung der sozialistischen Produktion ist das wichtigste aller Rechte der Gewerkschaften in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat.“

„Wir Genossenschaftsbauern“, heißt es in einem Brief der Mitglieder der LPG „10. Jahrestag“ in Woosmer, „stehen fest hinter unserer Regierung und werden durch unseren Fleiß beweisen, daß es sich in der Deutschen Demokratischen Republik besser lebt als in einem Staat, wo die Militaristen, Faschisten und Revanchehetzer die Oberhand haben.“

„Sehr geehrter Herr Ulbricht!“, schreibt ein Arzt aus Sangerhausen, „wenn ich rückblickend meine ärztliche Tätigkeit in den letzten 10 Jahren betrachte, so muß ich feststellen, daß das, was Sie in der Programmatischen Erklärung über die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gesagt haben, voll und ganz zutrifft . . . Für diese edlen Ziele lohnt es sich, in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu leben und zu schaffen.“

32 000 Christen, christliche Vereinigungen der Deutschen Demokratischen Republik setzen ihre Unterschrift unter einen Brief, in dem ihre Zustimmung und Bereitschaft zur Mitarbeit zum Ausdruck kommt. Dieses Schreiben wird dem Vorsitzenden des Staatsrates von dem greisen Professor D. Emil Fuchs und anderen kirchlichen Würdenträgern überbracht, mit denen er in seinem Amtssitz in Berlin-Niederschönhausen am 9. Februar 1961 eine offene und freundschaftliche Aussprache führt.

Wer die Arbeitsweise des Staatsrates aufmerksam verfolgt, wird erkennen, daß sie die wesentlichen Züge der Arbeitsmethode trägt, die sich in Walter Ulbrichts jahrzehntelangem Kampf herausgebildet und bewährt hat. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees, die Mitglieder des Politbüros und alle Genossen, die dem Staatsrat angehören, machen in der auf neuer Ebene erfolgenden Zusammenarbeit mit den führenden Vertretern der Blockparteien diese Arbeitsmethode zum Prinzip des Kollektivs. So werden immer mehr Werktätige in die Leitung des Staates einbezogen.

Eine Kostprobe von der Arbeit

Die neue Etappe der Demokratie hat Walter Ulbricht in der Programmatischen Erklärung vor der Volkskammer mit den Worten charakterisiert: „Die werktätigen Menschen sind zum Herrn des Landes geworden und üben diese Herrschaft immer bewußter und immer besser aus, indem sie immer aktiver und tatkräftiger ihre Rechte verwirklichen, das heißt an der Arbeit der Volksvertretungen teilnehmen, die Arbeit der staatlichen Organe kontrollieren und durchführen helfen. Die werktätigen Menschen üben ihre Herrschaft immer bewußter und besser aus, indem sie in den Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vor allem durch Produktionsberatungen, die Neucerebewegung, die sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften aktiven Einfluß auf die Produktion und die Arbeitsbedingungen nehmen. In den Wohngebieten und Schulen nehmen sie durch eine Vielzahl von Ausschüssen und in zahlreichen anderen Formen die Gestaltung aller Bereiche des Lebens in die eigenen Hände.“

Wie der Staatsrat arbeitet, wie er herangeht an seine Aufgaben und damit allen Staatsfunktionären ein Beispiel gibt, erweist sich schon in den ersten Wochen seines Wirkens.

Mitte Oktober 1960 besuchen Mitglieder des Staatsrates, an ihrer Spitze der Vorsitzende Walter Ulbricht, Mitglieder des Politbüros und der Regierung die Altmärkische Wische. In diesem Niederungsgebiet hat die Arbeiterjugend des Bezirkes Magdeburg in den vergangenen zweieinhalb Jahren die zerstörende Kraft des Wassers bezwungen, die Genossenschaftsbauern haben im Herbst ihre erste sozialistische Ernte eingebracht, und die Wissenschaftler des

Forschungsinstitutes der Wische sind darangegangen, durch Erforschung der neuesten und besten Methoden für genossenschaftliche Großbetriebe mitzuhelfen, aus dem ehemals rückständigen Überschwemmungsgebiet einen der fruchtbarsten Landstriche der Republik zu machen.

Hier in der Wische konzentrieren sich die herangereiften neuen Bedingungen, der Kampf des Neuen gegen das Alte, und hier ist gerade der rechte Platz für das Wirken der Staatsratsmitglieder.

Noch nie hat ein deutsches Staatsoberhaupt die Dörfer der Wische besucht, deshalb drängen sich die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern zu besonders herzlichem Gruß immer wieder um Walter Ulbricht. Doch der stellt ihnen lächelnd zunächst die anderen Staatsratsmitglieder vor, und bei der Besichtigung der Ställe und der Felder läßt er den Fachleuten den Vortritt.

„Das ist das Ressort unserer Genossenschaftsbäuerin“, stellt er beim Betreten des Geflügelstalles fest, „wir haben im Staatsrat nämlich auch eine Geflügelzüchterin, Irmgard Neumann.“ Und schon führt diese das Gespräch weiter.

Den Viehzüchtern, die über seine Sachkenntnis erstaunt sind, empfiehlt Walter Ulbricht, den Kandidaten des Politbüros Gerhard Grüneberg und den Minister für Land- und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, um Rat zu fragen. Er steht schmunzelnd daneben und meint: „Eine richtige Produktionsberatung!“

Hans Rietz, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Mitglied des Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, berät mit den LPG-Vorsitzenden Fragen der innergenossenschaftlichen Demokratie, und Horst Schumann, Mitglied des Staatsrates und 1. Sekretär des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend, informiert sich bei der Dorfjugend über ihr Leben und über ihre Probleme.

„Nun haben Sie eine kleine Kostprobe bekommen, wie unser Staatsrat arbeitet“, sagt Walter Ulbricht zum Abschied. Den Einzelgesprächen folgen am Nachmittag und Abend Beratungen mit den Bauern, Wissenschaftlern und den Staatsfunktionären der gesamten Wische.

Schlußfolgerungen für die gesamte Republik zieht Walter Ulbricht dann Ende des Jahres auf dem VI. Deutschen Bauernkongreß. Er beantwortet die Fragen vieler Bauern und erklärt: „Das Jahr 1960 war in unserer Deutschen Demokratischen Republik

das Jahr des großen sozialistischen Fortschritts in der Landwirtschaft . . . 1961 soll das Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit werden.“

So beweist der Staatsrat schon in den ersten Wochen: Volkswirtschaftsplan und Demokratie sind eine Einheit, keine Aufgabe kann ohne enge Verbundenheit mit den Werktätigen gelöst werden.

Nicht anders ist es auf dem Gebiet der Kultur.

Am Vorabend des 11. Jahrestages der Republik trifft der Sänger Paul Robeson auf Einladung des Deutschen Friedensrates in Berlin ein. Er erhält die Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität und viele andere Ehrungen, deren Höhepunkt die Verleihung des Ordens „Stern der Völkerfreundschaft“ in Silber durch den Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, ist.

Zum 15. Jahrestag ihrer Neueröffnung besucht Walter Ulbricht die Friedrich-Schiller-Universität in Jena. In seiner Rede auf dem Festakt erinnert er an den Julitag vor 15 Jahren und an das erste Gespräch mit den Professoren im Gasthaus „Ölmühle“. Seitdem sind an der Universität Jena so grundlegende Veränderungen vollzogen worden, wie es sie in der 400jährigen, an Traditionen reichen Geschichte der Universität noch nicht gegeben hat.

Die Arbeiter-und-Bauern-Macht hat der Wissenschaft den Weg zum Volk, aber auch dem Volk den Weg zur Wissenschaft erschlossen. „In der Deutschen Demokratischen Republik ist die gesamte Gesellschaft, ist der junge Staat der Arbeiter und Bauern zum wahren Hüter der Wissenschaft und der Kultur des deutschen Volkes geworden. In der Deutschen Demokratischen Republik wird alles Große, Schöne und Wahre, wird das humanistische Schaffen der großen Wissenschaftler unserer Geschichte geachtet und geehrt“, sagt Walter Ulbricht auf dem Festakt.

In diesem Zusammenhang würdigt er die großen Verdienste Ernst Haeckels. Vor dem Festakt haben er und seine Frau Lotte, begleitet vom Kandidaten des Politbüros, Professor Kurt Hager, dem Ernst-Haeckel-Museum einen Besuch abgestattet. In dem ehemaligen Wohnhaus Haeckels gingen um die Jahrhundertwende viele berühmte Gelehrte aus und ein, aber auch hierhin hat bisher kein einziges deutsches Staatsoberhaupt vergangener Gesellschaftsordnungen seinen Fuß gesetzt. Dabei hat Ernst Haeckel, trotz mancher irriger Auffassungen, eine ganze Generation von Wissen-

schaftlern auf der Grundlage der Darwinschen Lehre ausgebildet und alles darangesetzt, die Erkenntnisse der Naturwissenschaft ins Volk zu tragen. Darüber hat der Staatsratsvorsitzende ganz persönliche Erfahrungen: „Wenn ich mich meiner eigenen Jugendzeit erinnere, muß ich sagen, daß mir Ernst Haeckels Werk ‚Die Welträtsel‘ das Verständnis von Darwins ‚Die Entstehung der Arten‘ erschlossen hat. Es ist interessant, daß wir damals in der Sozialistischen Arbeiterjugend im Kursus über Volkswirtschaft das Werk von Marx ‚Zur Kritik der politischen Ökonomie‘ lasen und im Kursus über die Naturwissenschaften das Werk von Ernst Haeckel.“

Ob sie selbst schon einmal in diesem Museum gewesen seien, fragt er die Jungen Pioniere, die ihn vor dem Haeckel-Haus begrüßen. Die meisten verneinen ein wenig verlegen. Darum geht Walter Ulbricht später in der Aussprache mit den Mitarbeitern des Museums ausführlich auf den Biologieunterricht in den Zehnklassenschulen ein. Er gibt zu bedenken, ob es richtig ist, die Abstammungslehre erst im letzten Schuljahr zu behandeln. Vieles aus Haeckels Kampf um die wissenschaftliche Wahrheit könne die Jugend von heute sicher schon mit 12 oder 14 Jahren verstehen.

November 1960
*Moskauer
Beratung
der
kommunistischen
und
Arbeiterparteien*

Die aktuellen Probleme des Kampfes um Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus berät im November eine Konferenz in Moskau, an der Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien teilnehmen. Wiederum ergeht von hier aus eine Erklärung, die bedeutsam ist für die Arbeiterklasse aller Länder, für die Entwicklung der sozialistischen Staaten und die Mobilisierung der Völker der Welt im Kampf um den Frieden.

Sie charakterisiert die moderne Epoche als „die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab“ und gibt in ihrer Gesamtheit allen kommunistischen und Arbeiterparteien eine Grundlage für die richtige Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik.

Der Entwurf der Erklärung ist in den Wochen vor der Beratung von einer Redaktionskommission erarbeitet worden, der 26 Parteien angehören. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist darin durch die Genossen Hermann Matern, Hermann Axen und Peter Florin vertreten. Auf der Beratung selbst leistet die vom

Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Walter Ulbricht, geleitete Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen wichtigen Beitrag zur Stärkung und Festigung des sozialistischen Weltsystems und für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Im Bericht an das Zentralkomitee, das auf seiner 11. Tagung vom 15. bis 17. Dezember zur Moskauer Konferenz Stellung nimmt, wertet Walter Ulbricht die Beratung als „die bedeutendste aller bisherigen internationalen Tagungen“ der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Das von der Moskauer Konferenz bekräftigte Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und Lenins Voraussicht, daß die sozialistischen Länder ihren Haupteinfluß auf die internationale revolutionäre Entwicklung durch ihren wirtschaftlichen Aufbau ausüben, ist auch die Grundlage der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Sie hat trotz aller Schwierigkeiten große Erfolge auf ökonomischem Gebiet erreicht. In der Industrieproduktion kann jetzt, am Ende des Jahres 1960, eine Steigerung auf 121,2 Prozent gegenüber 1958 verzeichnet werden. Allein im Jahre 1959 sind die Durchschnittslöhne der Arbeiter erheblich gestiegen, in der chemischen Industrie zum Beispiel um 13 Prozent, in der Lebensmittelindustrie um 11 Prozent. Dies und eine Reihe von Preissenkungen haben sowohl den Warenumsatz wie die Spareinlagen der Bevölkerung erhöht.

Walter Ulbricht hebt vor dem ZK-Plenum hervor, daß die in der Moskauer Deklaration gesetzten nächsten Ziele im Wirtschaftsleben „ein hohes Niveau der Produktion auf der Grundlage der modernsten Technik, der immer stärkeren Mechanisierung, Standardisierung und Automatisierung der Produktion erfordern. Auf diese Ziele müssen auch wir unsere Kräfte konzentrieren.“

Doch dem erfolgreichen Voranschreiten der Deutschen Demokratischen Republik sieht der Gegner nicht tatenlos zu. Er ist zum offenen Wirtschaftskrieg übergegangen. Mit allen Mitteln werden von den westdeutschen Monopolen die Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gestört und sabotiert, Lieferungen von Rohstoffen zurückgehalten, die für die Deutsche Demokratische Republik lebenswichtig sind. Die offene Grenze in Berlin wird stärker denn je zu Währungsmanipulationen und systematischer Abwerbung von Fachkräften, Wissenschaftlern, Ärz-

ten und anderen Bürgern genutzt. Selbst auf Unternehmen aus dritten Ländern wird Druck ausgeübt, damit sie vertragliche Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik verletzen.

Es wird immer deutlicher, daß auf deutschem Boden zwei Konzeptionen aufeinanderstoßen: Einerseits die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik, die durch die politische und ökonomische Stärkung des Landes ihre Anziehungskraft steigern will, die hartnäckig darum kämpft, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf; andererseits die Konzeption der westdeutschen Imperialisten einschließlich ihrer Bonner Regierung, deren Streben die Verfügungsgewalt über Kernwaffen ist, auf die gestützt sie die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigieren wollen; erster Schritt dabei: die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik.

Zu dieser Konzeption der westdeutschen Machthaber gehört es, Provokationen in der Deutschen Demokratischen Republik und an ihrer Grenze zu organisieren und so den Vorwand für einen blitzartigen militärischen Überfall zu schaffen. Diese Politik hat Walter Ulbricht am 19. Juli 1960 auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin enthüllt und dokumentarisch nachgewiesen. Militärisches Kartenmaterial, von den Sicherheitsorganen der Deutschen Demokratischen Republik bei britischen und amerikanischen Offizieren beschlagnahmt, legt er den Journalisten aus aller Welt als Beweis für diese Bürgerkriegs- und Atomkriegspläne vor.

Zugleich tun Partei und Regierung alles, um den Frieden nach innen und außen zu sichern. Der westdeutschen Regierung schlägt Walter Ulbricht vor, zunächst für 10 Jahre eine Vereinbarung über den Frieden zwischen beiden deutschen Staaten abzuschließen.

Gesetze — aus dem Leben geboren

Den sozialistischen Staat zu festigen ist eines der wichtigsten Anliegen des Staatsrates. Die Beziehungen der Werktätigen zu ihrem Staat — Walter Ulbricht studiert sie überall, in der kleinsten Gemeinde wie auf den Großbaustellen Schwedt oder Leuna II.

Eure Gemeinde ist auf keiner Autokarte verzeichnet, aber ich habe sie doch gefunden, erklärt er lachend, als er im Januar 1961 das Elektrogerätewerk Gornsdorf im Kreis Stollberg besucht. „Der Staatsrat . . . kann sich nicht nur mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen der großen Städte und Betriebe befassen. Er käme dabei in Gefahr, wesentliche ökonomische, politische und kulturelle Fragen einseitig zu lösen und große Potenzen an schöpferischer Arbeit unberücksichtigt zu lassen.“

Ausgehend von sowjetischen Erfahrungen, haben junge Gornsdorfer Techniker ein Verfahren ersonnen, um den wertvollen Rohstoff Kupfer zurückzugewinnen, der beim Ätzen gedruckter Schaltungen bisher verlorenging. Auch dies ist eine der hundertfältigen Bemühungen, die Deutsche Demokratische Republik von den Lieferungen der westlichen Monopole unabhängiger zu machen.

Alle Gespräche Walter Ulbrichts im Betrieb stehen unter dem Leitsatz: „Kupfer ist der Rohstoff — Gold sind die Menschen.“ Manche von diesen Menschen hat er bereits kennengelernt, als er zur Vorbereitung auf diese Reise einige von den Gornsdorfer Brigadetagebüchern las.

„. . . ich möchte ehrlich sagen, daß mir bei einigen Eintragungen . . . das Herz aufging. Die Menschen und ihre Erfahrungen sind ein wahrhaft goldener Schatz. Eine Werk- oder eine Parteileitung, die

diesen Schatz nicht hebt, bremst die Entwicklung unseres sozialistischen Aufbaus!“

„Was macht euer Frauenausschuß?“ fragt er dessen Vorsitzende.

„Sitzungen“, ist die Antwort.

„Davon gibt es mehr als genug.“

„Wir kümmern uns auch um die Bäuerinnen im Ort.“

„Einverstanden. Aber ihr müßt euch um die Arbeiterinnen sorgen. Die Frauenausschüsse müssen jetzt vor allem helfen, daß die Arbeiterinnen sich qualifizieren können.“

Der Reise nach Gornsdorf folgt noch im Januar eine Fahrt nach Klingenthal, in die vogtländische Musikstadt. Bei seinem Besuch im volkseigenen Harmonikawerk spornt er die Arbeiter und Arbeiterinnen an, um das Weltniveau in der Produktion zu kämpfen. Der Weltruf der Klingenthaler Musikinstrumente ist ein wertvolles Kapital für die Republik. Zugleich helfen die Instrumente, Freude und Frohsinn in der Heimat zu verbreiten. Anschließend berät er mit der Werkleitung des Betriebes und mit Vertretern anderer volkseigener, halbstaatlicher und privater Betriebe der Musikinstrumentenindustrie.

Den Stadtverordneten im Rathaus stellt er in einem freundschaftlichen Gespräch ganz einfache Fragen, solche, die die Menschen im täglichen Leben bewegen, und demonstriert ihnen daran die Prinzipien der staatlichen Leitung.

Zwischendurch geht es für ein paar Stunden zum Wintersport. Am Aschberg finden an diesem Wochenende die internationalen Skiwettkämpfe in den Nordischen Disziplinen statt. Walter Ulbricht und seine Frau Lotte sind aufmerksame Zuschauer, aber ebenso selbst gute Skisportler. Eine Skiwanderung führt sie über die verschneiten Hänge dieses schönen Gebirgslandes. Unterwegs treffen sie eine Gruppe von Lehrlingen aus einem Leipziger Landmaschinenwerk, und es gibt ein herzliches Gespräch unter „Landsleuten“. Viele Junge Pioniere schließen sich dem Vorsitzenden des Staatsrates an. Bis hinauf zur Jugendherberge auf dem Gipfel des Aschberges führt der Weg.

Noch lange danach erzählt der Herbergsleiter Voigtländer von dieser überraschenden Begegnung: „Er fragte, wie es geht und wie unsere Herberge hier belegt ist. Ich habe gleich geantwortet, daß Geld nötig wäre, um die Herberge weiter auszubauen; denn wir haben ja hier immer einen tollen Betrieb. Da hat er aber gelacht

und gesagt, daß beispielsweise in Karl-Marx-Stadt noch viele Wohnungen nötig sind und daß zunächst mal dort viel Geld nötig ist, Hauptsache, daß die Jugendlichen Sport treiben können. Dann fuhr Walter Ulbricht wieder weg, und zwar über einen Hang, den nur Läufer benutzen, die wirklich das Skilaufen verstehen. Also alle Achtung!“

Gornsdorf und Klingenthal sind jedoch erst Vorbereitung auf Kommendes. Im Kreis Forst haben Mitarbeiter der Staatsorgane gemeinsam mit Vertretern aller Bevölkerungsschichten die Entwürfe zu wichtigen Dokumenten ausgearbeitet. Sie konnten sich dabei sowohl auf ihre eigenen Erfahrungen wie auch auf richtungweisende Gedanken Walter Ulbrichts stützen, die er in Gornsdorf wie in Klingenthal am Leben überprüft und fundiert hat. Nun kommt er Ende Februar, begleitet von dem Mitglied des Politbüros Alfred Neumann, dem Sekretär des Staatsrates Otto Gotsche, dem Mitglied des Staatsrates Professor Karl Polak und anderen Vertretern zentraler Organe, zu den Schöpfern dieser Dokumente, um mit ihnen zu beraten. Denn es geht dabei um die Entwürfe für neue Gesetze zur Verbesserung der Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe.

Die Tage in Forst sind angefüllt mit systematischer Arbeit vom Morgen bis in die Nacht. Zuerst besuchen die Gäste die Gemeinde Eichwege. Die Gespräche mit den Genossenschaftsbauern drehen sich in der Hauptsache um Fragen, die mit guter oder mangelhafter Arbeit der Staatsorgane zusammenhängen.

Danach wird die Produktionsgenossenschaft des Handwerks „Edelglas“ besichtigt, in der in der Hauptsache Jugendliche arbeiten. Hier stehen das kulturelle Leben und der Sport im Mittelpunkt der Debatte. Die jungen Menschen, die hervorragend arbeiten, fragen den Vorsitzenden des Staatsrates, ob nicht auch sie sich dem Wettbewerb um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ anschließen können. In keinem Statut oder Beschluß steht geschrieben, daß solche Brigaden auch in Handwerksbetrieben gebildet werden können.

Walter Ulbricht, sehr erfreut über die Erfolge der Jugendlichen, antwortet sogleich: „Früher, als die Produktionsgenossenschaften des Handwerks noch im Anfangsstadium waren, hat man die Frage des sozialistischen Wettbewerbs noch offengelassen. Ihr könnt durchaus den sozialistischen Wettbewerb aufnehmen.“

Am Nachmittag nehmen die Gäste an einer Sitzung des Rates der Gemeinde, am Abend an einer Gemeindevertretersitzung teil. In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Plan und der Frühjahrsbestellung wird auf diesen Beratungen der Entwurf der Ordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Gemeindevertretung und ihrer Organe behandelt. Die Volksvertreter von Eichwege bestätigen den Entwurf und übergeben ihn dem Vorsitzenden des Staatsrates zusammen mit den zusätzlichen Vorschlägen, die zuvor in den Beratungen der ständigen Kommissionen gemacht worden sind.

In ähnlicher Weise wird am nächsten Tag in der Kreisstadt Forst die Ordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Kreistages und seiner Organe beraten. Das geschieht in herzlichen Begegnungen und Gesprächen mit den Werkträgern des VEB Feintuchwerke Forst am Vormittag, nachmittags im Rat des Kreises und abends im Kreistag, wo Walter Ulbricht wiederum die Entwürfe der Volksvertreter feierlich überreicht werden. Die Menschen, ihr Zusammenwirken, das höhere Bewußtsein und die höheren Formen der sozialistischen Demokratie – all das nimmt Walter Ulbricht zum Anlaß, um die notwendigen Schlußfolgerungen für die Arbeitsweise des gesamten Staatsapparates zu ziehen.

Trotz des angespannten Tagesprogramms findet Walter Ulbricht noch Zeit für ein gründliches Gespräch mit den Genossen der Kreisleitung, denn was auch immer Ziel und Zweck seiner Reisen sein mag, Aussprachen mit den leitenden Parteiorganen gehören stets dazu. Den Genossen in Forst rät er, abzukommen von der falschen Praxis, viele Aufgaben selbst lösen zu wollen, die Sache der Staatsorgane sind. „An die Stelle der allgemeinen Agitation der Partei muß ein System der qualifizierten, sachkundigen und wissenschaftlichen Anleitung treten“, sagt er. „Nehmt den Staatsorganen nicht ihre Arbeit ab, sondern befähigt sie, ihre Aufgaben richtig zu lösen. Erzieht die Menschen und helft ihnen, sich gegenseitig zu erziehen.“

In Leipzig wird einige Wochen darauf beraten, wie die Bezirkstage, die Volksvertretungen der Großstädte und der kleineren Städte ihre Arbeitsweise verbessern können. Nach Gesprächen mit Leipziger Bauarbeitern und mit Einwohnern eines Stadtbezirkes im „Kulturzentrum Süd-West“ entwickelt Walter Ulbricht vor den Volksvertretern des Bezirkes und der Stadt Leipzig die Prinzipien

der staatlichen Arbeit unter den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen.

So werden Beschlüsse und Erlasse des Staatsrates mitten im Leben geboren. So verwirklicht sich das Prinzip der Staatspolitik, immer rechtzeitig das Neue und Notwendige zu erkennen und die bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auftauchenden Probleme rechtzeitig zu durchdenken, zu beraten und zu entscheiden.

Die Entwürfe für die neuen Ordnungen werden anschließend der ganzen Bevölkerung zur öffentlichen Diskussion vorgelegt. Schon diese große Aussprache führt unmittelbar zur besseren Arbeit vieler Staatsorgane, fördert die sozialistische Demokratie.

Was hier an diesem einen Beispiel ausführlich dargestellt wurde, bleibt für alle wichtigen Gesetze der folgenden Jahre die bestimmende Arbeitsmethode. Das Gesetzbuch der Arbeit, der Rechtspflegeerlaß des Staatsrates wie auch sein Erlaß über die Eingaben der Bürger, das Jugendgesetz und viele andere werden erst verabschiedet, wenn sie mit der Bevölkerung auf diese oder ähnliche Weise durchdacht und beraten worden sind.

Viele kleine Episoden am Rande des Geschehens zeigen die unmittelbare persönliche Verbundenheit Walter Ulbrichts mit den werktätigen Menschen. Beim Besuch in Eichwege fährt er nicht zum Essen in die Stadt, sondern folgt der Einladung des Genossenschaftsbauern Röhr zum Mittagstisch in dessen Haus. Die Bäuerin, selbst Kreistagsabgeordnete und Vorstandsmitglied der LPG, erzählt von dem guten Einvernehmen in der Genossenschaft. „Ich habe mir früher nie vorstellen können, daß ich einmal mit so viel Menschen zusammenarbeiten könnte.“

„Wie sich die Dörfer alle verändert haben“, meint nachdenklich Lotte Ulbricht. „Vorbei ist es mit dem früheren stillen Idyll, unter dessen Oberfläche Mißtrauen und Uneinigkeit herrschten.“

Und Walter Ulbricht erzählt von seinem Großvater in Schildau, der die Abhängigkeit der Kleinbauern von den Großbauern täglich zu spüren bekam. Er spricht auch von seinen eigenen Lehrlingsjahren. Ursula Röhr, Tochter des Bauern und selber Lehrling im Nachbarort, meint kopfschüttelnd: „Da reden manche Leute noch immer von der guten alten Zeit.“

An seine Jugend erinnert sich Walter Ulbricht aufs neue, als er das Leipziger „Kulturzentrum Süd-West“ betritt. Diese jetzt so

schönen, modern ausgestalteten Räume waren einmal der Arbeiter-treffpunkt „Mätzschkers Festsäle“, wo er vor mehr als 40 Jahren auf einer Lehrlingsversammlung gegen das Züchtigungsrecht der Lehrherren sprach. Heute ist hier eine Stätte geistigen und geselligen Lebens, eigener schöpferischer Tätigkeit der Menschen auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und des Sports geschaffen worden.

Den Aufenthalt in Leipzig nutzt Walter Ulbricht diesmal zu einem Besuch der Deutschen Bücherei, in der alles deutschsprachige Schrifttum seit fast fünfzig Jahren gesammelt worden ist. Neben seinen grundlegenden Ausführungen über die Entwicklung der Deutschen Bücherei als deutsche Nationalbibliothek und ihren weiteren Ausbau überrascht er die leitenden Mitarbeiter durch seine gute Kenntnis ihrer Probleme. Im Umgehen mit den komplizierten bibliographischen Karteien zeigt er allerlei Übung und erklärt auf die fragenden Blicke: „Als junger Arbeiter war ich Hilfsbibliothekar in der Bücherei des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts.“

Schließlich lüftet er ein Geheimnis, als er sagt: „Sogar in der schwersten Zeit habe ich die Deutsche Bücherei nicht vergessen. Einen Teil der illegalen Literatur aus der Zeit des Faschismus, die Sie hier in Ihren ‚Giftschränken‘ hatten, haben Sie auf meine Anweisung erhalten. Wir haben Ihnen die Literatur vom Reichstagsbrandprozeß geschickt und viele andere Schriften, die illegal in Deutschland, im Saargebiet und in Prag gedruckt worden sind . . . Wir haben schon immer die Perspektive im Auge gehabt und uns gesagt: Alles, was wir hierher schicken, kommt doch einmal wieder in unseren Besitz.“

Der deutsche Friedensstaat zeigt seine Kraft

Den 21. April 1961 begeht die Republik als großen Festtag. Vor 15 Jahren wurde die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegründet. Otto Grotewohl und Walter Ulbricht sprechen auf dem Festakt in Berlin.

Otto Grotewohl hebt die überragende nationale und internationale Bedeutung der Vereinigung hervor und bezeichnet die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als einen historischen Sieg des Marxismus-Leninismus.

„So ist unsere größte geschichtliche Leistung“, sagt Walter Ulbricht, „die Schaffung dieser Bastion des Friedens in Deutschland und damit der Grundlage für das zukünftige friedliebende Deutschland, das sich von Militarismus und Faschismus befreit hat.“

Kurz darauf, am 23. April 1961, vereinen sich 200 000 Bürger der Deutschen Demokratischen Republik mit Gästen aus Westdeutschland, Westberlin und mehr als zwanzig weiteren Ländern zur Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen. Es ist auf den Tag 16 Jahre her, daß die siegreiche sowjetische Armee die antifaschistischen Widerstandskämpfer aus der grauenvollen KZ-Haft erlöste und sie den Weg in die Freiheit beschritten.

Walter Ulbricht spricht Worte des Gedenkens an die Opfer des Faschismus. Ihr Vermächtnis ist in der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt, ruft er aus, doch der Kampf wird erst mit dem Sieg des Friedens, der Freiheit und Demokratie auch in Westdeutschland enden. In einem gemeinsamen Appell geloben die Vertreter von 25 Nationen, nicht zu ruhen, bis der Frieden in Europa und in der Welt gesichert ist.

6. Juli 1961 Den immer intensiver werdenden Aggressionsvorbereitungen des
Volkskammer Gegners setzt die Deutsche Demokratische Republik weiterhin ihre
beschließt konstruktiven Verständigungsvorschläge entgegen. Am 6. Juli 1961
den Deutschen beschließt die Volkskammer den Deutschen Friedensplan, der den
Friedensplan Weg zeigt, wie die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland verbessert werden können.

Aus Westdeutschland wird am gleichen Tage ein anderer Plan bekannt, der kein Hehl daraus macht, daß der Sturz der Arbeiter- und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik von den westdeutschen Imperialisten auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Bis in die Einzelheiten wird in diesem Plan des sogenannten Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung festgelegt, wie nach dem „Tag X“ das Volkseigentum beseitigt, die Macht der Monopole und Großgrundbesitzer wiederhergestellt werden soll.

Die Entwicklung in Westdeutschland, die von der Bonner Regierung, ihrem Kriegsminister und ihren Hitlergeneralen ungeniert betriebene Vorbereitung eines Revanchekrieges – das ist eine wirkliche, eine ernste Bedrohung für den Frieden der Welt. „Hitler hat vor etwa 23 Jahren seinen Revanchekrieg ähnlich vorbereitet“, warnt Walter Ulbricht in einem Interview, das er dem stellvertretenden Chefredakteur der Londoner Zeitung „Evening Standard“, Mark Wilson, gewährt.

Er verweist auf die Erklärung des westdeutschen Kriegsministers Strauß auf einer Pressekonferenz in den USA, für ihn sei der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende, und der westdeutsche Staat sei auf eine „Art Bürgerkrieg“ vorbereitet.

Über die Sabotageakte, die Störversuche und den Menschenhandel, zu denen die westlichen Imperialisten die offenen Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik ausnutzen und die der Republik bereits einen Schaden von mehr als 30 Milliarden Mark zugefügt haben, sagt Walter Ulbricht in diesem Interview: „Die Abwanderung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach Westdeutschland ist seit Jahren . . . ein fester Bestandteil des kalten Krieges, des Menschenhandels, der psychologischen Kriegführung und der Sabotage – gerichtet gegen die Deutsche Demokratische Republik . . . Die Organisationen des Menschenhandels scheuen vor kriminellen Mitteln, vor Erpressung und Nötigung,

ja vor Kinderraub und gewaltsamer Entführung nicht zurück... Wir werden der unerhörten Verschärfung des psychologischen Krieges, dem gelenkten Menschenhandel und der Sabotage nicht tatenlos zusehen. Den westdeutschen Revanchepolitikern wird ihre Politik des Menschenhandels letztlich ins eigene Auge gehen.“

Mark Wilson erklärt darauf: „Ich versichere Ihnen, Herr Ulbricht, daß ich aufrichtig der Meinung bin, daß die Veröffentlichung Ihrer Auffassungen nur dem Guten dienen kann.“

Dem Guten dienen auch die Bemühungen der Werktätigen in den Betrieben und auf dem Lande, mit höheren Leistungen, mit neuen Verpflichtungen dem Wirtschaftskrieg des Gegners und der Gefahr für den Frieden entgegenzuwirken. Am 10. August ist Walter Ulbricht im Kabelwerk Oberspree bei der Brigade „Krahmann-Saefkow“, den Initiatoren dieser Bewegung gegen die Planrückstände und die gegnerischen Störmanöver.

Er will sich in diesem großen Berliner Betrieb selbst davon überzeugen, ob und wieweit die Kampfbereitschaft der Arbeiter vorhanden ist. Seine Erwartungen erfüllen sich.

Dreitausend Werktätige des Betriebes strömen in die große Werkhalle zu einer Kundgebung. Walter Ulbricht beantwortet mit Offenheit all ihre Fragen. Immer wieder wird seine Rede von Beifall unterbrochen. Doch es gibt auch einige Belegschaftsangehörige, die westlich orientiert und entgegengesetzter Meinung sind. Einer von ihnen provoziert durch Zwischenrufe, doch er verkriecht sich schnell wieder in der Menge, als der parteilose Arbeiter Georg Ritter ausruft: „Es lebe der erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat!“ und sich Tausende Arbeiterfäuste zu einem dreimaligen, donnernden Hoch erheben.

Mit allem Nachdruck fordern die Arbeiter, hier im KWO wie auch in vielen anderen Betrieben: Schluß mit dem Menschenhandel, Schluß mit dem Grenzgängerunwesen! *Die Deutsche Demokratische Republik muß zuverlässig geschützt und gesichert werden!*

Walter Ulbricht gibt im Kabelwerk Oberspree allen eine klare und deutliche Antwort, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wird:

„Wir haben uns mit unseren sowjetischen Freunden und den Vertretern aller Staaten des Warschauer Vertrages beraten und sind übereingekommen, daß wir nicht länger unsere Geduld mißbrauchen lassen wollen. Wir sind übereingekommen, daß der Zeit-

punkt gekommen ist, wo man sagen muß: *Bis hierher und nicht weiter!*“

Eine der erwähnten Beratungen fand bereits am 28./29. März 1961 statt. Der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, der in Moskau zusammentrat, erklärte eindeutig, er werde nicht teilnahmslos zusehen, wie die imperialistischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren. Schon auf dieser Zusammenkunft wurden Maßnahmen vereinbart, um den Weltfrieden zu sichern. Vom 3. bis 5. August sind die Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erneut zusammengetroffen. Sie haben die von der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen gebilligt. In einer gemeinsamen Erklärung der Regierungen wird der Deutschen Demokratischen Republik am 12. August 1961 vorgeschlagen, eine wirksame Kontrolle an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik zu Westberlin einzuführen.

Am 13. August nehmen auf Beschluß des Staatsrates und der Regierung die bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik und die Kampfgruppen der Arbeiter in einer ebenso disziplinierten wie den Gegner überraschenden Aktion die Grenzen des deutschen Friedensstaates unter Kontrolle. Die sowjetischen Panzertruppen haben gleichzeitig Kampfstellung bezogen. Über Nacht wird der antifaschistische Schutzwall errichtet. Die Angehörigen der Nationalen Volksarmee, der Volkspolizei und aller bewaffneten Kräfte, besonders die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, beweisen dabei höchste Einsatzbereitschaft und Disziplin.

Dieser Schlag ist ein Meisterstück politischer und militärischer Organisation. Er ist unter äußerster Geheimhaltung vorbereitet worden. Die imperialistischen Geheimdienste – jahrelang gewohnt, die offene Grenze skrupellos für ihre feindseligen Zwecke zu nutzen – werden nach allen Regeln der Kunst genarrt. Übrigens weiß Walter Ulbricht aus der Zeit der Vorbereitung dieser Maßnahme Anekdoten zu berichten, deren vergnügliche Seite nach einigen Jahren natürlich überwiegt. In jenen denkwürdigen Tagen allerdings handelt es sich um eine sehr ernste Angelegenheit, denn ein zum dialektischen Denken befähigter Gegner hätte wohl wirksamer opponieren können.

Der 13. August ist ein schwarzer Sonntag – der schwärzeste seit langem – für die westlichen Imperialisten, deren Politik, wie Walter Ulbricht vorausgesagt hat, nun ins eigene Auge geht. Da kommen die Herren aus Schöneberg und Bonn, recken ihre Hälse über den Schutzwall und erheben großes Geschrei. Da werden amerikanische Panzer aufgefahren und richten ihre Geschützrohre drohend auf den friedlichen Teil Berlins, Rowdys randalieren, provozieren, man scheut selbst vor dem Mord an Grenzsoldaten nicht zurück. Aber alle Provokationen scheitern an der Kraft des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates und an der Stärke des sozialistischen Lagers.

Am 14. August spricht der Vorsitzende des Staatsrates den Offizieren und Soldaten an der Grenze in Berlin persönlich Dank und Anerkennung für die außerordentlich präzise Durchführung aller Befehle aus. Sie haben geholfen, den Frieden zu sichern und dem Gegner die Kraft der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu beweisen. Einige Zeit später erhalten im Amtssitz des Staatsrates 192 Bauarbeiter und Angehörige der bewaffneten Kräfte, die bei der Sicherung der Grenze Hervorragendes geleistet haben, aus der Hand Walter Ulbrichts hohe Auszeichnungen.

Die Initiative der Brigade Krahmann-Saefkow findet im September ihre große Fortsetzung durch die Elektrodendreher des VEB Elektrokohle Berlin, die zum Produktionsaufgebot zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität aufrufen. Ihre Losung „*In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren*“ findet millionenfaches Echo.

Nicht die Arbeiter allein, Angehörige aller Bevölkerungsschichten bekennen sich in diesen Herbsttagen zur Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Das kommt in vielen Zeugnissen zum Ausdruck, so auch in den Worten des thüringischen Landesbischofs D. Dr. Moritz Mitzenheim. Als der Vorsitzende des Staatsrates ihn zu seinem 70. Geburtstag mit dem „Vaterländischen Verdienstorden“ in Gold auszeichnet, erklärt der Bischof in seiner Dankrede: „Wenn ich zu Lebensfragen unseres Volkes in den zurückliegenden Jahren Stellung genommen habe, so habe ich dies vom christlichen Glauben her getan und bin dem Gebote Gottes gemäß dafür eingetreten, daß auch beim politischen Handeln die Menschlichkeit gewahrt bleibe in unserem eigenen Volk und im Verhalten der Völker zueinander.“

Die hohe Auszeichnung nimmt Bischof Mitzenheim entgegen mit den Worten: „In diese Anerkennung eingeschlossen sehe ich auch alle die Christen, die ungenannt und unbekannt aus christlicher Verantwortung ihre täglichen Pflichten erfüllen und dadurch geholfen haben, unser Volk aus dem Abgrund der Katastrophe von 1945 herauszuführen.“

Wenige Tage nach dem 13. August findet in Erfurt das IV. Pioniertreffen statt. 30 000 Thälmann-Pioniere, froh und glücklich über ihre schöne, friedliche Kindheit, und Zehntausende Erfurter Bürger begrüßen den Vorsitzenden des Staatsrates in ihrer Mitte. 325 Mitglieder der Freien Deutschen Jugend bitten hier um Aufnahme in die Partei der Arbeiterklasse. Über 1000 Jugendliche erklären sich zur Verteidigung der Heimat, zum Ehrendienst in den bewaffneten Kräften bereit. Ihre Zahl wächst im Laufe der nächsten Wochen auf 285 000 an.

Unter ihrem Ehrenbanner ziehen die Jungen Pioniere an den Mitgliedern des Politbüros vorbei – eine Parade des Optimismus und des Friedens. Ihr werdet im Jahre 2000 leben, prägt Walter Ulbricht den Kindern ein, wo immer er ihnen auch begegnet.

„Diese Veränderung Deutschlands und der Welt – damit alle Menschen in Frieden und Glück leben – erfordert viele Kenntnisse und große Anstrengungen der Völker. Die großen Umwälzungen in Wissenschaft und Technik, die in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts erfolgen, zeigen euch, welche interessanten und großen Aufgaben vor euch stehen“, hat Walter Ulbricht schon am Internationalen Kindertag seinen kleinen Gästen gesagt, als er sie aufforderte, gut zu lernen und besonders die Mathematik und die Naturwissenschaften zu meistern.

Das „Immer bereit!“ der Jungen Pioniere ist kaum verklungen, da bekunden am 23. August die Berliner Kampfgruppen in einem machtvollen Appell vor der Sporthalle dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees, der zusammen mit Erich Honecker und Paul Verner diesen Appell abnimmt, daß sie stets zum Kampf für Frieden und wahre menschliche Freiheit bereit sind.

Einen Botschafter der unverbrüchlichen Freundschaft entsendet die Sowjetunion Anfang September 1961 nach Berlin: den Kosmonauten German Titow, der als erster die Erde siebzehnmals umkreist hat. Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik empfängt den Repräsentanten der stärksten Friedensmacht der

Welt, der gemeinsam mit Walter Ulbricht im offenen Wagen vom Flugplatz durch die Straßen fährt, mit Jubel und einem nicht abreißenden Blumenregen.

Am Tage darauf nehmen über 100 000 Berliner an der gewaltigen Kundgebung der deutsch-sowjetischen Freundschaft teil, auf der Walter Ulbricht erklärt: „Diese grandiose wissenschaftliche Leistung und kühne Tat kündete allen Völkern der Erde, daß der Sozialismus die stärkste Macht der Welt ist“, und German Titow ausruft: „Es ist eine Freude, im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat zu sein!“

Aus Walter Ulbrichts Rede auf dieser Kundgebung spricht die jahrzehntelange freundschaftliche Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Sowjetvolk. Er erinnert an das Jahr 1917, als durch den Äther Lenins Ruf an alle Völker erklang, sofort Frieden zu schließen. Er erinnert an den Mai 1945, als die Regierung der UdSSR an die Völker appellierte, die Garantien für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Und er weist darauf hin, daß anläßlich des Weltraumfluges die Sowjetregierung zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung und zum Verbot der thermonuklearen Waffen aufgerufen hat.

Im brüderlichen Kampfbündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages, hebt Walter Ulbricht hervor, hat die deutsche Arbeiter-und-Bauern-Macht den westdeutschen Revanchepolitikern und militaristischen Abenteurern am 13. August eine nützliche Lektion erteilt.

So zeigt sich, welche der beiden Konzeptionen auf deutschem Boden die bessere war und ist. Die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik hat sich durchgesetzt, ihr Hauptziel, den Frieden zu bewahren, ist erreicht. Durch die gemeinsame Politik mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages konnte verhindert werden, daß die westdeutschen Imperialisten Zugang zu Atomwaffen erhielten.

Die Konzeption der westdeutschen Machthaber hingegen ist zerplatzt. Wenn sie auch vermochten, der Deutschen Demokratischen Republik schweren ökonomischen Schaden zuzufügen und ihren Vormarsch zeitweilig zu bremsen, so sind sie doch von ihrem Hauptziel, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen und der Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik, weiter entfernt als zuvor. Ihre Politik ist so gründlich gescheitert, daß sie noch

jahrelang in der Sackgasse sitzenbleiben werden, die sie sich selbst gebaut haben.

Am 17. September, wenig mehr als einen Monat nach dem 13. August, werden die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik ein einstimmiges Bekenntnis der ganzen Republik zur Politik von Partei und Staat, zu ihrer konsequenten Haltung als Retter des Friedens.

Als ein Glück für Europa wird die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, der Bastion des Friedens und des Sozialismus auf deutschem Boden, vom XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewürdigt.

Walter Ulbricht überbringt als Leiter der Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Grüße der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik.

„Der XXII. Parteitag leitet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Sowjetunion, in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und zugleich in der Geschichte der Menschheit ein“, ruft er in seiner Ansprache aus. „Und wir alle, die an diesem großen, geschichtlichen Ereignis teilnehmen, werden mit Stolz sagen können: Wir sind dabeigewesen!“

Sie sind dabei, als auf diesem historischen Parteitag das Programm zur Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung beschlossen wird. In den kommenden zwei Jahrzehnten – so sagt dieses Programm begründet voraus – wird in der Sowjetunion die materiell-technische Basis gelegt sein, auf der sich das große und schöne Gebäude des Kommunismus, der Menschheit Sehnsucht seit Generationen, erheben kann.

Sie kehren zurück aus Moskau und wenden die Lehren dieses Programms schöpferisch für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik an.

Das Zentralkomitee legt in einem Beschluß die Aufgaben für den weiteren Aufbau der sozialistischen Gesellschaft fest, deren Hauptgrundsatz in den Worten Walter Ulbrichts charakterisiert ist:

„Die Steigerung der Arbeitsproduktivität hängt aufs engste mit der Rolle der sozialistischen Menschen in der Produktion zusammen . . . Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ist das allerwichtigste.“

Zu den bevorstehenden Parteiwahlen legt er in einem Interview des „Neuen Deutschlands“ allen Genossen und Grundorganisa-

tionen ans Herz, immer von der Lage in ihrem Arbeitsbereich auszugehen, immer darauf zu achten, wie die Menschen denken, welche Vorschläge sie machen, wo es noch Unklarheiten gibt. „Wir sind – wie es in dem alten Kampflied der Arbeiterbewegung heißt – in der Tat die stärkste der Parteien“, prägt er den Genossen ein. „Wir lassen uns von dem großen Gedanken leiten: Vaterland – Frieden – Sozialismus! Wir siegen!“

Erfüllt von dieser Siegesgewißheit ist auch die Frauenkonferenz des Zentralkomitees im Januar 1962. Im Mittelpunkt steht das Kommuniqué des Politbüros „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“. Darin wird die große Rolle der Frau als Mitgestalterin der sozialistischen Gesellschaft hervorgehoben und gezeigt, was getan werden muß, damit die Frau beim Aufbau des Sozialismus noch mehr als bisher zur Geltung kommt und ihre Lebensbedingungen weiter verbessert werden.

Zu der Konferenz sind 500 der besten Arbeiterinnen, Genossenschaftsbäuerinnen und Angehörige der Intelligenz zusammengekommen, um am 10. Jahrestag der Bildung der Frauenausschüsse Bilanz zu ziehen und einen Blick in die glückliche Zukunft der Frauen im Sozialismus zu tun. Walter Ulbricht, der von den Teilnehmerinnen herzlich begrüßt wird, erinnert daran, daß es vor zehn Jahren darum ging, die Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen. Dabei wurden bis heute große Fortschritte gemacht.

Jetzt gilt es, alle Frauen vom Sieg des Sozialismus zu überzeugen und ihre Fähigkeiten und Talente zu fördern. Das bezeichnet Walter Ulbricht als Aufgabe der gesamten Gesellschaft. „Nur dann, wenn die Menschen eine klare Perspektive haben, sind sie in der Lage, alle ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten.“

Selbstbewußt und siegesgewiß, so gehen die Frauen, so geht die ganze Republik der Zukunft entgegen. Sie hat große Bewährungsproben bestanden, ist mit Schwierigkeiten, die manchem unüberwindlich schienen, fertig geworden und wird auch den weiteren Kampf, der nicht leicht, aber lohnend ist, erfolgreich führen.

„Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ heißt das Dokument, dessen Entwurf Walter Ulbricht im März 1962 vor dem Nationalrat der Nationalen Front begründet.

In diesem nationalen Dokument wird geschichtliche Bilanz gezogen. An den Erfahrungen aus zwei Weltkriegen, vor allem an

der Entwicklung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg wird nachgewiesen, daß die Großbourgeoisie jedes Recht auf die Führung Deutschlands verspielt hat und daß nur die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen Kräften die deutsche Nation in eine glückliche und friedliche Zukunft führen kann.

Der Nationalrat unterbreitet den Entwurf der Bevölkerung beider deutscher Staaten zur Diskussion. Nach wochenlanger Volksaus-sprache beschließt der Nationalkongreß der Nationalen Front das Dokument und hebt die geschichtliche Mission der Deutschen Demokratischen Republik hervor, im Bündnis mit den friedlichen Kräften in Westdeutschland den Frieden auf deutschem Boden zu sichern. Walter Ulbricht beantwortet auf dem Nationalkongreß Fragen der Bevölkerung über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.

Er führt auch zahlreiche Gespräche mit westdeutschen Arbeitern, besonders mit Sozialdemokraten und mit Gewerkschaftern.

Auf der 17. Deutschen Arbeiterkonferenz im Frühjahr 1963 richtet er offene Worte an alle sozialdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten und christlichen Arbeiter in Westdeutschland und macht ihnen klar, wer die Störenfriede sind, die normale Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik verhindern wollen.

„Dieselben Kräfte des Militarismus, die heute Krokodilstränen über getrennte Familien vergießen, haben in zwei Weltkriegen in Millionen und aber Millionen Fällen deutsche Familien für immer und für alle Ewigkeit zerrissen. Das ist die Wahrheit! Sie haben den Mann von der Ehefrau, den Vater von den Kindern, den Sohn von den Eltern gerissen und schließlich ganze Familien brutal getrennt, denn die Massengräber der beiden Weltkriege geben ihre Opfer nie wieder her. Das ist die Wahrheit. Und diesmal wollen wir, daß nicht wieder von deutschem Boden aus ein Krieg geführt werden kann . . . Die Frage der Beziehungen der Familien hüben und drüben hängt also davon ab, was die westdeutschen Bürger tun, damit endlich in Westdeutschland friedliche, demokratische Verhältnisse herrschen. Davon hängt alles ab.“ Nach fast jedem Satz, den er spricht, wird er von Beifall unterbrochen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgen die Anwesenden auch den nächsten Worten: „Und ihr westdeutschen Arbeiter habt 17 Jahre lang gearbeitet, nicht nur um euch besser kleiden, um besser woh-

nen zu können, sondern ihr habt für die Sicherung, für die Stärkung der wirtschaftlichen Macht der großen Monopole und für die Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus gearbeitet. So hat man euch betrogen. Das ist die Wahrheit! Und weil jetzt immer mehr Werktätige in Westdeutschland verstehen, daß sie betrogen worden sind, deshalb suchen die Machthaber jetzt, mit Notstandsgesetzen ihre Herrschaft zu sichern.“ Ehe er darlegen kann, wie es nun in Deutschland weitergehen soll, bestätigt der erneute Applaus, daß die westdeutschen Arbeiter diese offene, ehrliche Sprache gut verstehen.

Wahrheit und Klarheit – wie es die Programmatische Erklärung sagt – werden von Walter Ulbricht immer und überall konsequent vertreten. „Man muß deshalb so klar und scharf formulieren, weil die Wahrheit so klar, der Nebel aber gefährlich ist“, lautet seine Devise.

Ist der Nebel beiseite geschoben, dann wird der Blick in die Zukunft geöffnet, dann wird sichtbar, was die größten Humanisten des deutschen Volkes nur zu träumen wagten. So erklärt Walter Ulbricht: „Goethe ließ den alten Faust erst am Ende seiner Tage erkennen, daß allein die schöpferische, gemeinschaftliche Arbeit des befreiten Volkes höchstes Glück bringt.

„Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,
auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!
Zum Augenblicke dürft ich sagen:
Verweile doch, du bist so schön!“

Und weiter Fausts letzte Worte:

„Im Vorgefühl von solchem hohen Glück,
genieß' ich jetzt den höchsten Augenblick.“

Eigentlich fehlt hier noch ein dritter Teil des ‚Faust‘. Goethe hat ihn nicht schreiben können, weil die Zeit dafür noch nicht reif war . . . Erst weit über hundert Jahre, nachdem Goethe die Feder für immer aus der Hand legen mußte, haben die Arbeiter und Bauern, die Angestellten und Handwerker, die Wissenschaftler und Techniker, haben alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik begonnen, diesen dritten Teil des ‚Faust‘ mit ihrer Arbeit, mit ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus zu schreiben.“

Freundschaft mit allen Völkern

„Die Deutsche Demokratische Republik, die in unverbrüchlicher Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbunden und in der großen und mächtigen Familie der sozialistischen Staaten fest verwurzelt ist, führt ihre Außenpolitik, die auf Frieden, Freundschaft und internationale Zusammenarbeit gerichtet ist, konsequent weiter.“

Auch diese Worte, die Walter Ulbricht in der Erklärung vor dem Diplomatischen Korps im Herbst 1960 sprach, werden in den folgenden Jahren durch den Staatsrat und seinen Vorsitzenden anschaulich demonstriert.

Mehrmals beschäftigt sich der Staatsrat in seinen Sitzungen mit außenpolitischen Problemen. So nimmt er im Frühjahr 1961 einen Bericht über die Tätigkeit des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages für Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe entgegen.

Im Zusammenhang mit der Tagung des UN-Abrüstungsausschusses in Genf behandelt Walter Ulbricht auf der 18. Sitzung des Staatsrates im März 1962 Fragen der internationalen Abrüstung, der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, der Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges in Deutschland durch den Abschluß eines Friedensvertrages und die Lösung des Westberlinproblems.

Zu Beginn des Jahres 1962 sendet erneut eine amerikanische Fernsehgesellschaft, Columbia Broadcasting System, ein Interview mit dem Vorsitzenden des Staatsrates.

Wieder sagt Walter Ulbricht die ganze Wahrheit, als man ihn

fragt, ob er an die deutsche Wiedervereinigung als reale Möglichkeit glaubt: „Für uns Deutsche ist es selbstverständlich, daß die Wiedervereinigung Deutschlands kommen wird. Aber leider sind die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und die Bonner Regierung dagegen... Der Weg zur Wiedervereinigung kann nur frei gemacht werden, indem die USA-Truppen Westdeutschland räumen, Westdeutschland aus der NATO austritt und die Herrschaft der Militaristen in Westdeutschland durch das Volk selbst überwunden wird. Dann wird das deutsche Volk schon Mittel und Wege zur Verständigung der beiden deutschen Staaten finden.“

Als ein wirkungsvoller neuer Weg außenpolitischer Tätigkeit erweist sich die Entsendung von Sonderbotschaftern des Vorsitzenden des Staatsrates in viele Länder der Welt. Diese Sonderbotschafter, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, Mitglieder des Ministerrates und andere Bevollmächtigte, überbringen den Staatsoberhäuptern und anderen führenden Persönlichkeiten Indiens, Indonesiens, Ceylons, Kambodschas, der Union von Burma, der Vereinigten Arabischen Republik, Äthiopiens, Malis, Guineas, Kubas, Jugoslawiens und Finnlands persönliche Botschaften Walter Ulbrichts. In ihren Gesprächen mit den ausländischen Politikern wird in den wichtigsten internationalen Problemen Übereinstimmung erzielt, besonders über die Erhaltung und Sicherung des Friedens und die friedliche Koexistenz, über den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus.

Auf einer seiner Afrikareisen überbringt der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates Gerald Götting dem großen Humanisten und Friedensnobelpreisträger Dr. Albert Schweitzer in Lambarene mit der Urkunde über die Ehrendoktorwürde der Berliner Humboldt-Universität zugleich ein persönliches Glückwunschsreiben Walter Ulbrichts. In einem Handschreiben antwortet der berühmte Arzt darauf:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich danke Ihnen herzlich für Ihr so freundliches Schreiben vom 30. Juli 1961. Aus ihm ersehe ich, daß Sie dem, was ich über den Frieden gesagt habe, zustimmen und daß Sie auch der Idee von der Ehrfurcht vor dem Leben sympathisch gegenüberstehen. Mit großer Teilnahme habe ich gelesen, was Sie über den Plan des Friedens und die Verwirklichung desselben ausführen. Möge es allen, die sich um den Frieden in

bestem Bemühen einsetzen, gegeben sein, etwas von seinem Kommen zu erleben, und möge die Erkenntnis, daß ohne die Verwirklichung des Friedens die Existenz der Menschheit gefährdet ist, sich in der Welt durchsetzen.

Mit den besten Grüßen Ihr ergebener
Albert Schweitzer.“

Auf der Frühjahrsmesse in Leipzig 1962 begrüßt die Deutsche Demokratische Republik den Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Anastas Mikojan, und den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Józef Cyrankiewicz. Beim Messerundgang mit Walter Ulbricht kommen die Staatsmänner der befreundeten Länder auch zum Stand der japanischen Stahlindustrie, die zum ersten Male in Leipzig ihre Erzeugnisse ausstellt. Als der Vorsitzende des Staatsrates die Erwartung ausspricht, daß sich nun auch die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Japan weiterentwickelt, bestätigt Generaldirektor Shiota: „Das ist auch unser Wunsch.“ Er spricht von seiner Überraschung über Umfang und Internationalität der Leipziger Messe; es sei die größte, die er je gesehen und erlebt habe. Was Anastas Mikojan zu einem Schmunzeln und zu der Bemerkung veranlaßt: „Also hat Japan in Leipzig endlich die Deutsche Demokratische Republik entdeckt.“

Vor den Vertretern vieler Staaten der Welt erklärt Walter Ulbricht auf dem sowjetischen Messeempfang am Abend: „Alle Staaten sollen normale, ja gute Beziehungen zu beiden deutschen Staaten pflegen. Es geht gar nicht darum, ob uns diese oder jene Regierung gefällt oder nicht. Wir fragen auch nicht danach, ob ihnen unser System gefällt... Es ist notwendig, normale und friedliche Beziehungen zu allen Staaten herzustellen.“

Zu einem Beweis herzlicher und brüderlicher Freundschaft zweier Nachbarvölker wird im Mai 1962 die Reise einer von Walter Ulbricht und Bruno Leuschner geführten Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in die Tschechoslowakische Sozialistische Republik. Ob in Prag, Bratislava oder Brno, ob in kleinen Dörfern oder großen Betrieben, ob es regnet oder ob die Sonne scheint, überall jubeln die tschechoslowakischen Werktätigen den Repräsentanten des deutschen Ar-

beiter-und-Bauern-Staates begeistert zu und verzögern mit ihrer Herzlichkeit und Freude so manche Abfahrt, so manchen Flugzeugstart von einer Station der Reise zur anderen.

Zum Abschluß der Reise spricht Walter Ulbricht vor der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Er ist das erste ausländische Staatsoberhaupt, dem die Oberste Volksvertretung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik das Wort erteilt. Das ist ein Ausdruck dafür, welche große Bedeutung das tschechoslowakische Volk der friedlichen Lösung der Deutschlandfrage und dem Kampf der Deutschen Demokratischen Republik um den Frieden in Europa beimißt.

Im Herbst 1962 bekräftigt der Besuch einer Partei- und Regierungsdelegation unter Führung Walter Ulbrichts in der Rumänischen Volksrepublik die Freundschaft zwischen beiden Völkern. Wiederum werden die Gäste aus der Deutschen Demokratischen Republik von Hunderttausenden rumänischen Werktätigen herzlich begrüßt. In einem gemeinsamen Kommuniqué der Verhandlungspartner wird die völlige Übereinstimmung der Ansichten über die internationale Lage, insbesondere über die Notwendigkeit der Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges sowie der allgemeinen und vollständigen Abrüstung bestätigt.

Zum 80. Geburtstag Georgi Dimitroffs veröffentlicht die bulgarische Presseagentur BTA ein Interview mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, in dem unter anderem die Frage gestellt wird, welche Schlußfolgerungen die westdeutsche Arbeiterklasse aus dem heroischen Beispiel Georgi Dimitroffs ziehen kann. Darauf antwortet Walter Ulbricht, getreu den in der Deutschen Demokratischen Republik zur Tat gewordenen Lehren seines bulgarischen Kampfgefährten: „Die wichtigste Aufgabe besteht darin, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen und eine breite Kampffront aller friedliebenden, demokratischen Kräfte gegen den Militarismus und Imperialismus zu schaffen . . . Die Arbeiter Westdeutschlands müssen stets die ernste Mahnung des Genossen Georgi Dimitroff beherzigen: Die Arbeiterklasse darf nicht Amboß, sondern sie muß Hammer sein!“

In der Deutschen Demokratischen Republik wird einige Wochen später die deutsch-polnische Freundschaft durch den Besuch einer Partei- und Regierungsdelegation aus der Volksrepublik Polen unter Leitung des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Ar-

beiterpartei, Władysław Gomułka, und des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Józef Cyrankiewicz, noch fester geknüpft.

Die Werktätigen in den festlich geschmückten Städten und Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik, in Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereiten den polnischen Gästen einen herzlichen, begeisterten Empfang. In vielen freundschaftlichen Gesprächen und großen Kundgebungen kommt die volle Übereinstimmung der Interessen des deutschen und des polnischen Volkes überzeugend zum Ausdruck.

Indessen bringen die kalten Krieger des USA-Imperialismus mit ihren Provokationen im Karibischen Meer und den Vorbereitungen eines bewaffneten Überfalls auf das sozialistische Kuba die Welt an den Rand eines atomaren Krieges. Er wird verhindert durch die kluge, weitsichtige und elastische Politik der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, durch den tapferen Widerstand des kubanischen Volkes, durch die Stärke des sozialistischen Lagers und durch die Solidarität der friedliebenden Menschen in der ganzen Welt.

Auch der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik erklärt in diesen ersten Krisentagen seine Solidarität mit dem freien Kuba. Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, lädt den Chef der Mission der Republik Kuba in der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Gespräch mit dem Staatsrat ein. Es ist das erste Mal, daß ein bevollmächtigter Vertreter eines befreundeten Landes vor diesem Gremium auftritt.

Der Diplomat informiert den Staatsrat über die seit langem andauernden Provokationen des amerikanischen Monopolkapitals und die besonders in diesen Tagen wider alles Völkerrecht begonnene Blockade gegen Kuba und legt ausführlich den Standpunkt seiner Regierung dar. Vor der Öffentlichkeit betont der Staatsrat darauf seine volle Übereinstimmung mit der Stellungnahme der kubanischen Regierung sowie mit den Erklärungen und Maßnahmen der Sowjetregierung.

Der Kapitän und das Kollektiv

„Wir können nicht bloß immer vom Staat fordern. Wir haben nicht bloß Rechte, wir haben doch auch Pflichten dem Staat gegenüber.“ Dieses Wort spricht im Sommer 1962 der Rostocker Kapitän Nachbar, der seit fast 50 Jahren auf den Meeren der Welt zu Hause ist. Er sagt es in einem Gespräch, das Walter Ulbricht mit Angehörigen der Hochsee- und Küstenfischerei führt. Die Fischer haben Mängel in der Leitung der Fischwirtschaft offen kritisiert und sind dabei auch manchmal ein wenig über das Ziel hinausgeschossen. In den Worten des alten Kapitäns klingt an, was sich seit dem 13. August 1961 viele Bürger der Deutschen Demokratischen Republik überlegen. Mancher, der angesichts der offenen Grenze in seiner politisch-ideologischen und moralischen Verhaltensweise noch unschlüssig blieb, trifft jetzt eine dauerhafte Entscheidung für den Sozialismus und verbindet seine persönliche Perspektive und die seiner Familie immer enger mit der seines Staates, der Deutschen Demokratischen Republik.

Doch der alte Kapitän denkt noch weiter. Er sagt es seemännisch: „Wie die Mannschaft ist, das liegt viel am Kapitän. Der Kapitän ist das A und O auf dem Schiff genauso wie der Vorsitzende des Staatsrates in der Staatsführung. Ich meine, der eine wie der andere kann nicht das Geld aus dem Fenster werfen, er muß dafür sorgen, daß die Bevölkerung gut leben kann. Und das ist einem Kapitän – genauso wie dem Staatsratsvorsitzenden – nur möglich, wenn er ein gutes Kollektiv hat.“

Man solle den alten Kapitän dort zum Professor machen, wo der wissenschaftliche Nachwuchs für die Fischwirtschaft ausgebil-

det wird, antwortet Walter Ulbricht heiter und kommentiert: „Er hat dargelegt, welche Bedeutung das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen und das Kollektiv haben. Es geht darum, dieses Verantwortungsbewußtsein zu erhöhen, mit den Menschen zu sprechen, sie zu überzeugen, daß es notwendig ist, auf wissenschaftliche Weise zu leiten und bestimmte alte Gewohnheiten allmählich zu überwinden.“

Die kleine Episode in Rostock wie die ganze Reise, die Walter Ulbricht in diesen Julitagen durch die Nordbezirke der Deutschen Demokratischen Republik unternimmt, sind von besonderer Bedeutung. Im kommenden Jahr wird der VI. Parteitag stattfinden. Er hebt sich von seinen Vorgängern insbesondere auch dadurch ab, daß er auf sehr lange Frist vorbereitet wird.

Walter Ulbricht denkt sehr gründlich über die Konsequenzen des 13. August 1961 nach. Er ist sich darüber im klaren, daß eine solche Abwehrmaßnahme wie die Sicherung der Staatsgrenze in Berlin keinen eigentlichen Wendepunkt in der Entwicklung markieren kann. Aber die Dialektik von Wesen und Erscheinung ist doch manchmal recht kompliziert. Walter Ulbricht, der seine Erfahrungen in nun fast vierzigjähriger ununterbrochener Zugehörigkeit zum Kollektiv der Parteiführung gesammelt hat, erkennt sehr früh, daß die gesicherte Staatsgrenze in Berlin für die Stabilisierung und die künftige innere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik weitaus größere Möglichkeiten eröffnet, als zuerst angenommen wurde.

Er setzt sich dafür ein, daß die Parteiorganisationen der Betriebe die Losung der Berliner Elektrodendreher aufgreifen: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren.“ Denn es geht darum, wenigstens teilweise die Verluste aufzufangen, die der Gegner der Wirtschaft in der Zeit der offenen Grenze zugefügt hat. Es kommt darauf an, die in dieser Zeit häufig zugelassenen Verletzungen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus schrittweise zu überwinden.

Schon bald aber werden die auf weite Sicht zu lösenden politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben in Angriff genommen. Im Kollektiv der Parteiführung schlägt Walter Ulbricht vor, die entstandene Lage genau zu analysieren. So beginnt im Frühsommer 1962 eine zielstrebige wissenschaftliche Arbeit. Ihr nächstes Ziel ist, Bilanz zu ziehen: Wo steht die Deutsche Demokrati-

sche Republik? Was ist erreicht worden? Was ist noch zu tun? Insbesondere geht es darum, den gegenwärtigen Stand der Produktionsverhältnisse genau zu untersuchen.

Die entscheidende qualitative Veränderung in dieser Hinsicht ist der zwei Jahre vorher zustande gekommene vollständige Zusammenschluß der Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Deshalb wendet Walter Ulbricht auch während seiner Fahrt durch die Nordbezirke ein Großteil seiner Aufmerksamkeit der Landwirtschaft zu.

Bei den Wissenschaftlern des Instituts für Pflanzenzüchtung in Groß-Lüsewitz studieren er und die ihn begleitenden Genossen den neuesten Stand der Forschungen und beraten mit den Institutsmitgliedern die Prognose der Landwirtschaft, der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und des Handels.

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Krien, Kruzenfelde und Albinshof, die dann den Staatsratsvorsitzenden herzlich begrüßen, gehören zu den besten der Republik; das nächste Reiseziel ist die LPG Lemmersdorf, eine noch wirtschaftlich schwache Genossenschaft. Die Spanne zwischen dem Höchststand von Wissenschaft und Praxis und den Zurückbleibenden einzuschätzen, zu prüfen, wie die schwächeren Genossenschaften schrittweise an die Leistungen der besten herangeführt werden können, dient der Analyse zur Vorbereitung des Parteitages. Doch Walter Ulbricht, Gerhard Grüneberg und die anderen Gäste kommen nicht nur, um zu studieren und zu kontrollieren. Die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern spüren in erster Linie, daß gute Berater bei ihnen sind. Nach Lemmersdorf hat Walter Ulbricht kurzerhand auch noch den Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Albinshof mitgenommen, damit dieser dort gleich an Ort und Stelle die guten Erfahrungen und Methoden seiner Genossenschaft vermitteln kann.

Fragen des Gemüsebaus und der dazu notwendigen technischen Ausrüstungen, des Handels und der besseren Versorgung der Bevölkerung stehen in der Oderbruch-Genossenschaft Golzow zur Debatte. Die dabei ermittelten Lehren und Hinweise bleiben aber nicht auf die Orte beschränkt, die am Reiseweg liegen. Wenige Tage später werden sie auf der Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg von Walter Ulbricht an die Genossenschaftsbauern, Volksvertreter und Staatsfunktionäre der ganzen Republik weiter-

gegeben. Denn jetzt beginnt die Zeit, in der auch in der gesamten Landwirtschaft die ökonomischen Gesetze des Sozialismus konsequent angewandt werden können.

Der Weg durch die Nordbezirke der Republik führt zugleich in das mecklenburgische Erdölerkundungsgebiet Grimmen und zur Großbaustelle des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt. Es ist ein echtes persönliches Interesse, das Walter Ulbricht mit dem Gedeihen gerade der Petrolchemie und der Erdöl-Erdgas-Geologie in der Deutschen Demokratischen Republik verbindet. In engem, schöpferischem Kontakt mit führenden Chemikern der Republik hat er sich überzeugt, daß die Petrolchemie wesentlich produktiver ist als die traditionelle Kohle-Karbid-Chemie und deshalb die Akkumulationskraft der Volkswirtschaft bedeutend steigern wird.

So ergibt sich aus dieser Reise und aus anderen Untersuchungen die Analyse: In der gesamten Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik existieren – bis auf kleine, politisch und ökonomisch nicht ins Gewicht fallende Ausnahmen – sozialistische Produktionsverhältnisse. Die vorhandenen selbständigen Handwerksbetriebe und kleinen kapitalistischen Unternehmen sind fest mit der sozialistischen Industrie verbunden. Von ihnen können nach der Sicherung der Staatsgrenze keine wesentlichen Störimpulse ausgehen, gar nicht davon zu reden, daß sie imstande seien, kapitalistische Produktionsverhältnisse zu erweitern oder zu restaurieren.

Die Analyse des Zustandes der Produktivkräfte stößt auf wesentlich kompliziertere Faktoren. Obwohl die Produktivkräfte – trotz der bedeutenden Verluste im Wirtschaftskrieg – rasch gewachsen sind, bleiben sie doch hinter den objektiv bedingten Erfordernissen zurück. So ist zum Beispiel der Nachholbedarf der Deutschen Demokratischen Republik an Investitionen für die gesamte Volkswirtschaft noch enorm groß. Aus den bekannten Gründen ist das Investitionsvolumen absolut und auch im Vergleich zu Westdeutschland, besonders in den ersten 10 Jahren nach 1945, zu niedrig gewesen. Folglich ist auch das Niveau der Produktivkräfte der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich zum wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Welt noch zu niedrig. Wichtige große Vorhaben der Rekonstruktion und der Rationalisierung können noch nicht in Angriff genommen werden. Der rasche technische Fortschritt stellt neue harte Anforderungen. Außerdem

sind die Bedürfnisse und Ansprüche der Werktätigen erheblich gestiegen.

Aus diesen Tatsachen schlußfolgert die Parteiführung, daß es richtig sei, den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu konstatieren. Sie stellt zugleich fest, daß es noch nicht gerechtfertigt wäre, vom Sieg des Sozialismus zu sprechen, weil dieser ein höheres, der modernen technischen Entwicklung in der Welt weitgehend entsprechendes Niveau der Produktivkräfte voraussetzt.

Aus dieser Lage ergeben sich die Hauptaufgaben der Partei und des Staates für die nächsten Jahre. Walter Ulbricht schlägt vor, die zwischen dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und dem Sieg des Sozialismus liegende Periode als umfassenden Aufbau des Sozialismus zu charakterisieren. In dieser Periode besteht die große komplizierte Aufgabe darin, die Produktivkräfte weiter rasch zu entwickeln und die Produktionsverhältnisse so zu festigen, daß der vollständige Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik errungen werden kann.

Deshalb nimmt in diesem Komplex die Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik bis 1970 einen zentralen Platz ein. Ihr Kernproblem besteht darin, die führenden Zweige der Volkswirtschaft kühn voranzubringen und die objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus konsequent durchzusetzen, damit die Deutsche Demokratische Republik den Erfordernissen der technischen Revolution gerecht werden und in der politischen und ökonomischen Auseinandersetzung mit dem Weltimperialismus einen ehrenvollen Beitrag leisten kann.

Schöpferische Arbeit am Programm des Sozialismus

I ndem die von der Partei geführte Arbeiterklasse den sozialistischen Produktionsverhältnissen zum Siege verhalf, ist sie ihrer historischen Mission als Schöpfer der sozialistischen Gesellschaftsordnung gerecht geworden. Davon geht Walter Ulbricht aus, als er der Parteiführung vorschlägt, einen Wegweiser für den umfassenden Aufbau des Sozialismus, den Entwurf eines neuen Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszuarbeiten, ihn der Parteimitgliedschaft zur Diskussion vorzulegen und dem VI. Parteitag zu empfehlen, ein solches neues Parteiprogramm zu beschließen.

Eine Kommission des Zentralkomitees wird gebildet, die den Entwurf ausarbeiten soll. Ihr gehören Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und andere Genossen an. Ihr Leiter ist Walter Ulbricht. Die Arbeitsgruppen gehen daran, die Unterlagen für die einzelnen Abschnitte zu formulieren. Es ist eine anstrengende und zugleich anspornende schöpferische Arbeit.

Bei der Lösung einer so umfangreichen, vielfach verzweigten und verflochtenen Aufgabe kommt die Arbeitsweise Walter Ulbrichts voll zum Tragen. Nach der vom Politbüro bestätigten Grundidee lenkt er die Tätigkeit der einzelnen Arbeitsgruppen, sorgt für ihre innere Kooperation und ihr planmäßiges Vorankommen zum gemeinsamen Ziel.

Dann steht die abschließende Sitzung der Kommission bevor, in der alle grundlegenden Thesen des Entwurfs noch einmal in ihrem Zusammenhang durchdacht und diskutiert werden sollen. Um dafür die notwendige Konzentration zu sichern und die Anspannung

etwas abzufangen, lädt Walter Ulbricht die Genossen in das Landhaus des Staatsrates nach Dölln ein. Einmal mehr muß ein Sonntag für solch wichtige Arbeit frei gemacht werden. Nach einigen Stunden angespannter Tätigkeit legt der Vorsitzende eine große Mittagspause ein. Nach dem Essen fordert er alle Genossen auf, wenigstens die kurze Zeitspanne des sommerlichen Tages zur Erholung zu nutzen, im See zu schwimmen, zu rudern oder Tischtennis zu spielen. Seiner alten Übung getreu, geht er mit gutem Beispiel voran, und er läßt nicht eher locker, bis alle körperlich gesunden Genossen aktiv Sport treiben.

Nach der Pause wird die Arbeit bis in den Abend hinein fortgesetzt. Walter Ulbricht kann vorschlagen, eine kleine Gruppe mit der endgültigen Redaktion zu betrauen.

So entsteht in kollektiver wissenschaftlicher Arbeit der Entwurf für das Programm des Sozialismus, der bald darauf vom Zentralkomitee Hunderttausenden Parteimitgliedern zur Diskussion unterbreitet wird. Ein beredtes Zeichen für die immer mehr anwachsende Autorität der Partei und ihrer Führung ist die Tatsache, daß dieses Dokument auch außerhalb der Parteimitgliedschaft auf großes Interesse stößt und sich Vertreter aller Schichten der Bevölkerung an der großen Aussprache über den Entwurf beteiligen.

Ein feierlicher Auftakt für die Volksaussprache ist der 45. Jahrestag der Oktoberrevolution. „Mit der Partei Lenins sind alle welt-historischen Siege der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution verbunden. Mit der marxistisch-leninistischen Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse, mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ist die neue, die Periode der Siege in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verbunden“, erklärt Hermann Axen in seinem Referat auf der Festveranstaltung in Berlin. „Das Unterpfand unserer Siege . . . ist der feste Zusammenschluß der Parteimitglieder und des werktätigen Volkes um die erprobte kollektive Führung unserer Partei, um das Zentralkomitee, dessen Erster Sekretär, Genosse Walter Ulbricht, die Kampferfahrungen zweier Epochen der Arbeiterbewegung und die Einheit des hervorragenden marxistisch-leninistischen Theoretikers, Politikers und Organisators verkörpert.“

Dezember 1962
*Fünfzigjähriges
Parteiubiläum*

Im Dezember 1962 begeht Walter Ulbricht sein fünfzigjähriges Parteiubiläum. Das ist für ihn ein wahrhaft glücklicher Tag. Ein halbes Jahrhundert lang in der Partei der Arbeiterklasse und seit 1923 in ihrer vordersten Reihe – es war ein schwerer Weg, der viele harte Kämpfe brachte. Doch sie haben sich gelohnt. Sie führten zu der großen Wende im Leben des deutschen Volkes, um die seine besten Söhne seit über einem Jahrhundert gerungen haben. Das Ziel von Marx und Engels wird nun auch auf deutschem Boden beglückende Wirklichkeit. Mit der Deutschen Demokratischen Republik liegt der Weg in die friedliche Zukunft des ganzen deutschen Volkes klar vor Augen. Auch dieser Weg wird nicht leicht sein, wird neue Kämpfe bringen und zugleich neue Freuden und neues Glück.

Manche junge Werktätige, die diesen langen Weg des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse nicht miterlebt haben, stellen die Frage: Wie war es möglich, daß Walter Ulbricht eine solche große Arbeit leisten konnte?

Walter Ulbricht ist den gleichen Entwicklungsweg gegangen wie Wilhelm Pieck. Auch dieser hatte zwei Epochen der deutschen Arbeiterbewegung durchlebt, die Zeit des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, dann die Zeit der sozialistischen Umwälzung auf deutschem Boden.

Als junger Arbeiter wurde Walter Ulbricht von der Vorhut der Arbeiterklasse im Kampf für die Arbeiterinteressen, die demokratischen Rechte des Volkes und gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus erzogen. Nachdem die ehemals revolutionäre Sozialdemokratie seit der Jahrhundertwende immer mehr vom Opportunismus und Revisionismus beherrscht wurde und sich dadurch die Notwendigkeit der Schaffung einer Partei neuen Typus ergab, nahm Walter Ulbricht als Anhänger der Liebknecht-Opposition in der Sozialdemokratie und später als Mitglied der Spartakusgruppe aktiv am Kampf um die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse neuen Typus in Deutschland teil. Auch so manche theoretische Schwächen der Linken in der Sozialdemokratie hat er miterlebt und dann unter Führung Lenins, vor allem aus dem Sieg der Leninschen Partei in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die richtigen Lehren gezogen.

Auf seinem Entwicklungsweg vom Vertrauensmann der Holzarbeiter in einem Möbelbetrieb zum Funktionär in der Sozialdemo-

kratie, später im Spartakusbund und in der jungen Kommunistischen Partei Deutschlands hat Walter Ulbricht an dem großen Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung um die Wiederherstellung der Reinheit der marxistischen Lehre und ihre richtige Anwendung im Massenkampf teilgenommen.

Das ist eine gesetzmäßige Entwicklung, denn nur auf diesem Wege kann die Arbeiterklasse ihre revolutionäre Führung und ihre revolutionären Führer herausbilden. Die Verbindung von Theorie und Praxis, die Beherrschung der marxistischen Lehre und die Erfüllung der Aufgaben im Massenkampf – das ist die beste Schule. Walter Ulbricht ist also – ähnlich wie Wilhelm Pieck – nicht ein besonderer Mensch. Seine ganze Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, daß er stets eng mit der Arbeiterklasse verbunden war, mit ihr lebte, in ihren Reihen kämpfte und sich ihre großen Erfahrungen aneignete. Dabei hat auf seinen Charakter die Erziehung durch die Eltern und ihr Klassenbewußtsein eine starke Wirkung gehabt. Sein Vater war einer der unzähligen unermüdlich tätigen klassenbewußten Funktionäre der deutschen Sozialdemokratie, die an den großen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Marxismus und Revisionismus teilnahmen, aufmerksam die Diskussion über das Wesen des Imperialismus verfolgten und, ausgerüstet mit einem guten Wissen, Arbeitskollegen und andere Werktätige aufklärten und für den gemeinsamen Kampf gewannen.

Die Anfang 1923 erfolgte Wahl Walter Ulbrichts in die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (heute würden wir sagen: Politbüro) und seine Tätigkeit als Sekretär gaben ihm die Möglichkeit, sich Kenntnisse und Erfahrungen in der zentralen Leitung der Arbeiterbewegung anzueignen. Als Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und später als Kandidat des EKKI erweiterte er seine Kenntnisse über alle Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und vor allem der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik wesentlich.

Gestützt auf diese großen Kampferfahrungen und das Vertrauen, das er sich in der internationalen kommunistischen Bewegung erworben hatte, war Walter Ulbricht nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus in der Lage, führend beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands tätig zu sein. Als Mitglied des

Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde er beauftragt, die Wiederaufnahme der Arbeit der Parteiführung in Berlin vorzubereiten und den Aufbau neuer demokratischer Verwaltungen zu leiten. Gemeinsam mit vielen Aktivisten der ersten Stunde begann er, die Kräfte der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu organisieren.

In dieser großen und mühevollen Arbeit auf staatlichem und wirtschaftlichem Gebiet hat er sich auf die reichen Kenntnisse der sowjetischen Offiziere und Fachleute gestützt und aus eigener Initiative viel gelernt. So ist Walter Ulbricht im Kampf, durch ständiges Studium der Theorie und durch die Tätigkeit im Kollektiv des Zentralkomitees und des Politbüros der Partei gewachsen. Sein unablässiges Bemühen, das Neueste und Fortschrittlichste auf wissenschaftlichem und ökonomischem Gebiet in der Sowjetunion und in der Welt kennenzulernen, war und ist für seine Entwicklung von großer Bedeutung.

Im Laufe der Jahrzehnte bildeten sich der für Walter Ulbricht typische Charakterzug und seine Fähigkeit heraus, heranreifende Fragen rechtzeitig zu erkennen, logisch zu Ende zu denken, sie im richtigen Augenblick vor dem Kollektiv zur Entscheidung zu stellen und die Mehrheit für diese Entscheidung zu gewinnen.

Mut zur richtigen Entscheidung zeichnet Walter Ulbricht schon seit seiner Jugend aus. Vor dem ersten Weltkrieg auf die Seite der Linken in der Sozialdemokratie, der späteren Spartakusgruppe, zu treten und sich damit als junger Genosse gegen die Mehrheit auch der Leipziger sozialdemokratischen Führung zu stellen war zu dieser Zeit nicht nur eine Frage der Überzeugung, sondern auch eines mutigen Charakters. Die Geschichte hat bestätigt, daß diese Entscheidung die einzig richtige war, ebenso wie später auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und auf der Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 die Entscheidung für die Volksfrontpolitik, für die Vorschläge Georgi Dimitroffs. In der damaligen Parteiführung waren Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht mit dieser Entscheidung in der Minderheit. Aber durch ihren unbeirrbaren und konsequenten Kampf wurde die Einheit der Führung auf der Grundlage der Beschlüsse des VII. Weltkongresses hergestellt und auch über die Zeit des Faschismus hinaus gewahrt. Die Einheit der Parteiführung in den schweren Nachkriegsjahren und auch bei den kompliziertesten Problemen des

sozialistischen Aufbaus zu hüten, sich dabei fest auf das Kollektiv des Politbüros und des Zentralkomitees zu stützen war, ist und bleibt mit dem Charakter und der Persönlichkeit Walter Ulbrichts untrennbar verbunden. Es ist ein historisches Verdienst Walter Ulbrichts, entscheidend daran mitgewirkt zu haben, daß die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse über all die Jahrzehnte hinweg und über alle Stationen des Weges im Kampf um die Macht, in zwei siegreichen Revolutionen und beim Aufbau des Sozialismus die Kontinuität der marxistisch-leninistischen Politik und die Einheit der Führung gewahrt hat.

Es muß ein besonderes Gefühl sein, das Walter Ulbricht erfaßt, als er am 15. Januar 1963 von der Rednertribüne des VI. Parteitages das Hauptreferat hält. Er empfindet wohl am deutlichsten, daß mit dem neuen Programm der Partei und mit dem Beschluß über die in seiner Rede zu begründenden Aufgaben die Weichen auf lange Frist, über Jahre hinweg gestellt werden. Konnte der Gegner die Partei in der Zeit der offenen Grenzen in erheblichem Maße in politisch-taktische Nahkämpfe verwickeln, so erlangt sie jetzt immer stärker die Fähigkeit, unabhängig von den Attacken des Gegners die auf lange Sicht ausgearbeitete Strategie schrittweise und ohne wesentliche Störungen zu realisieren. Aus jedem Abschnitt der Rede wird deutlich, daß die Parteiführung entschlossen ist, diesen Prozeß der vorrangigen Orientierung auf die Lösung der perspektivischen Aufgaben voranzutreiben.

Das Referat ist von der zentralen Idee durchdrungen, die Aufgaben in ihrem Zusammenhang darzustellen, die durch den umfassenden Aufbau des Sozialismus aufgeworfen werden, und zugleich den Weg zu zeigen, wie diese schwierigen Aufgaben zu lösen sind. Deshalb ist von Ressortgeist keine Spur zu finden. Jede Darlegung zu den Teilgebieten, sei es der Wirtschaft, der Bildung oder der Kultur, hat ihren Ausgangspunkt in dieser zentralen Idee und führt zu ihr zurück. Die Aufgaben der einzelnen Teilgebiete sind aufs engste miteinander verflochten, weil sie alle der Lösung des großen gemeinsamen Vorhabens dienen. In diesem Geist geht Walter Ulbricht von der wichtigen Erkenntnis aus, daß die Erziehung der Menschen und die Lösung der ökonomischen Aufgaben eine Einheit bilden. Denn wissende und überzeugte Menschen,

Januar 1963
*Auf
der Tribüne
des
VI. Parteitages*

Mitglieder und Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, aber auch der anderen Parteien und Parteilose, sind notwendig, um die großen, im Interesse des Volkes liegenden Aufgaben zu bewältigen.

Vom prinzipiellen Standpunkt aus behandelt Walter Ulbricht das im Perspektivplan vorzusehende Entwicklungstempo führender Zweige der Volkswirtschaft. Hier werden erste Grundsätze dessen verankert, was wenige Jahre später als volkswirtschaftliche Strukturpolitik bezeichnet wird.

Walter Ulbrichts Konsequenz und Hartnäckigkeit findet ihren Ausdruck auch in dem Teil der Rede, der sich mit Wissenschaft und Technik befaßt. Obwohl in diesen Monaten noch mancher Witz gerissen wird, der auf Kosten des scheinbaren Widerspruchs zwischen den noch beschränkten Möglichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik und ihren hochgesteckten wissenschaftlich-technischen Zielen geht, läßt er sich nicht beirren. Er fordert, die verfügbaren wissenschaftlichen Kapazitäten gerade für diejenigen Aufgaben einzusetzen, die den Höchststand der Technik in führenden Zweigen der Volkswirtschaft sichern, auch unter Zurückstellung anderer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben; und er weist den Weg, wie dieses Problem zu meistern ist.

Aus dieser wichtigen Rede sind seine Ausführungen über „Neue Fragen des ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Wirtschaft“ ganz besonders hervorzuheben. Walter Ulbricht begründet den prinzipiellen Standpunkt: Heute gilt der Grundsatz des höchsten ökonomischen Nutzeffektes. Jede unserer ökonomischen Entscheidungen muß der Festigung und Entwicklung der Republik dienen. Er stellt fest, daß die Übereinstimmung der materiellen Interessen der Werktätigen und ihrer Arbeitskollektive mit den Erfordernissen der Gesellschaft immer mehr zur wichtigsten Triebkraft der ökonomischen Entwicklung wird. Dieses Erkenntnis gilt es in der Praxis voll nutzbar zu machen. Was der Gesellschaft nutzt, soll auch dem sozialistischen Betrieb und den Werktätigen des Betriebes nutzen. Walter Ulbricht weist nach, daß eine ganze Anzahl Maßnahmen und Direktiven nicht oder nicht mehr geeignet sind, den Betrieben und ihren Werktätigen Nutzen zu bringen, die sich bemühen, gerade das zu tun, was für die Gesellschaft notwendig und gut ist. Solche Mängel und Widersprüche analysiert Walter Ulbricht und schafft zugleich wichtige theoretische

sche Ansatzpunkte, die er einige Monate später ausbaut, indem er die Prinzipien des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung begründet.

Ausführlich geht er auf die weitere Entwicklung der Landwirtschaft ein. Nach der schweren Mißernte von 1961 und dem Jahr der Stabilisierung steht nun ein wichtiger Abschnitt bevor: Die Bauern müssen lernen, sich in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenzufinden und die gemeinsame Arbeit gut zu organisieren. Aus echtem Verständnis für die Genossenschaftsbauern entwickelt er die nächsten Schritte in der Landwirtschaft. Er weist den folgerichtigen Weg des Übergangs von der Subventionswirtschaft zur Anwendung der Produktionsprämien, die die Genossenschaftsmitglieder und ihre Brigade kräftig anreizen, ihre Leistungen zu erhöhen. So werden auch in der Landwirtschaft die ersten Grundsätze des neuen ökonomischen Systems angewandt.

Walter Ulbricht zeigt das Neue in der Tätigkeit des Staatsapparates. In viel stärkerem Maße, als es zuvor möglich war, treten nun die wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktionen des Staates in den Mittelpunkt. Und in viel stärkerem Maße als bisher nehmen breite Kreise der Werktätigen auf demokratische Weise an der staatlichen Arbeit teil. Walter Ulbricht legt gründlich dar, wie die neue Arbeitsweise des Staatsapparates sein muß, und zeigt, daß es zu Fehlern führen würde, die neuen Aufgaben mit den alten Methoden zu lösen.

Im gleichen Geiste geht er auf die Probleme des sozialistischen Bildungswesens und der Kulturpolitik ein.

Da die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands der Motor des umfassenden Aufbaus des Sozialismus sein wird, konzentriert er sich darauf, die neuen Anforderungen darzulegen, die an das Leistungsvermögen und die Schlagkraft der Partei und ihrer Mitglieder gerichtet werden. Jeder Funktionär sollte die notwendige Wissenschaftlichkeit in der Arbeitsweise mit der Überzeugungskraft des politischen Revolutionärs verbinden.

Der Parteitag wird von den weittragenden Ideen und Vorschlägen erfaßt, die Walter Ulbricht im Auftrage des Zentralkomitees darlegt. Viele Delegierte greifen in der Diskussion diese Ideen auf und leisten eigene schöpferische Beiträge, um die Grundlinie der Partei zu entwickeln. Der Parteitag strahlt eine Atmosphäre des

Kraftbewußtseins und der Siegeszuversicht aus, die mit der nüchternen Erkenntnis gepaart ist, daß viel gelernt und gearbeitet werden muß, um die gestellten Aufgaben erfolgreich zu erfüllen. Das prinzipielle Herangehen an lebenswichtige Fragen der Politik, der Wissenschaft und Technik, der Bildung und Kultur findet bei Freund und Feind große Aufmerksamkeit. In der einstimmigen Wiederwahl zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees erhält Walter Ulbricht den Dank und die Würdigung seiner schöpferischen Arbeit durch die Delegierten der gesamten Parteimitgliedschaft.

Mai/Juni 1963
*Wettbewerb -
allen zum Nutzen*

In diesem Jahr will der Winter lange nicht weichen. Bis in den April hinein hält der Frost das Land umklammert. Die Werktätigen auf den Baustellen, in den Kraftwerken, im Braunkohletagebau, in vielen anderen Betrieben strengen alle Kräfte an, um die Schwierigkeiten zu meistern. Aber die Frühlingssonne bringt es an den Tag: Der Plan für das erste Quartal konnte nicht erfüllt werden; kein guter Start nach dem VI. Parteitag!

Doch es ist nicht die Art der Werktätigen, sich damit abzufinden. Anfang Mai ergeht von einer Versammlung der Gewerkschaftsvertrauensleute in der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn ein Wettbewerbsaufruf an alle Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik, bis zum Ende des zweiten Quartals die Planschulden zu tilgen. Der hier gestellte Termin ist der 30. Juni, gerade der Tag, an dem Walter Ulbricht 70 Jahre wird. Die Glückwünsche dazu, so beschließen die Marzahner, sollen sich mit der Bilanz eines erfüllten Halbjahrplanes verbinden: „Uns allen zum Nutzen – Walter Ulbricht zu Ehren – am 30. Juni planschuldenfrei!“

Zu den ersten, die den Wettbewerbsaufruf beantworten, gehören die Erbauer von Leuna II. Walter Ulbricht hat sie im April besucht, um sich über das Vorankommen dieses großen Investitionsvorhabens für die Petrolchemie zu informieren. „Seine Hinweise“, schreiben jetzt die Arbeiter von Leuna II, „waren für uns eine wertvolle Hilfe. Sprach doch zu uns ein Revolutionär und Staatsmann, der sein ganzes Leben an hervorragender Stelle in der Partei und im Staat am Bau eines neuen, eines besseren, eines sozialistischen Deutschlands wirkt. Wir Bauleute verstanden uns! Seinen Rat werden alle Bauarbeiter und Ingenieure der Großbau-

stelle Leuna II befolgen, damit sich durch wissenschaftliche Leitung, enge Zusammenarbeit aller am Bau Beteiligten und allseitige Anwendung der besten Erfahrungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts das Bautempo erhöht. Am 30. Juni wollen wir über die Ergebnisse unserer Arbeit abrechnen!“

Auch die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik gelobt auf dem VII. Parlament der Freien Deutschen Jugend Ende Mai, das Programm des Sozialismus mit Herz und Verstand zu verwirklichen. „Wir sind geboren, den Sozialismus zu vollenden“ ist der Leitspruch der jungen Erbauer der Zukunft. In der Diskussion tritt der Jugendsekretär Erich Postler aus Schwerin mit den Worten ans Rednerpult: „Ich bin der Einzelbauer vom VI. Parlament!“ und erntet stürmische Heiterkeit. Dann schildert er, wie er vor vier Jahren von der gleichen Tribüne über seine Probleme auf dem Einzelbauernhof gesprochen und damit „einen herrlichen Tumult“ hervorgerufen habe. Walter Ulbricht sei dann sehr verständnisvoll auf seinen Diskussionsbeitrag eingegangen, habe ihm in einer Pause auch noch persönlich Mut zugesprochen und gesagt: „Die Umgestaltung der Landwirtschaft ist natürlich eine komplizierte Sache, aber wir werden es schaffen.“

Inzwischen ist es geschafft, und viel hat sich gewandelt. Seinen Dank für die damalige Hilfe kleidet Erich Postler nun in die Worte: „Als er mit mir sprach, wußte ich, daß ich verstanden werde und keines meiner Probleme, auch nicht das kleinste, für ihn zu klein war, daß er mir – ich habe es gespürt – als einem damals noch parteilosen und für ihn eigentlich unbekanntem und ganz jungen Menschen eine hohe Achtung und ein unerschütterliches Vertrauen entgegenbrachte.“

Vom Verständnis Walter Ulbrichts auch für die neuen Probleme der Genossenschaftsbauern zeugt wiederum, was er auf dem VI. Parteitag sagte: „Wir verstehen sehr gut: Die Bauern haben sich nach dem Zusammenschluß in Produktionsgenossenschaften erst einmal richtig zusammenfinden und die gemeinsame Arbeit organisieren müssen. Der Übergang zur LPG war für manchen Bauern nicht leicht... Aber viele komplizierte neue Aufgaben ergaben sich für die Bauern erst mit der Organisation der genossenschaftlichen Arbeit nach den Erfordernissen der modernen Wissenschaft und Technik unter den Bedingungen eines landwirtschaftlichen Großbetriebes.“

Deshalb wendet Walter Ulbricht jetzt auch der 11. Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg große Aufmerksamkeit zu. Nach dem Rundgang bezeichnet er sie als eine Hochschule der Leitung und Organisation der sozialistischen Landwirtschaft. Einige Genossenschaftsbauern möchten von ihm wissen, wie das neue ökonomische System auch in der Landwirtschaft eingeführt werden könne. Er erläutert ihnen den Grundsatz, daß diejenigen Genossenschaften für sich und ihre Mitglieder den größten Nutzen erzielen, die die beste Leistung für die Gesellschaft bringen. Den Produktionsleitungen empfiehlt Walter Ulbricht unter anderem, die Investitionsplanung streng nach dem ökonomischen Nutzen zu organisieren.

Die gute genossenschaftliche Arbeit, verbunden mit dem Wettbewerb und der materiellen Interessiertheit, kennzeichnet er als die wichtigste Grundlage für die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion.

Juni 1963
Wirtschafts-
konferenz -
Startschuß für das
neue ökonomische
System

Eine gemeinsame Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik am 24. und 25. Juni leitet die Maßnahmen ein, die den Beschlüssen des VI. Parteitag entsprechen und zugleich eine umwälzende Änderung in der Leitung der gesamten Volkswirtschaft der Republik bedeuten. Walter Ulbricht ist sich über ihre Tragweite durchaus im klaren und weiß, daß die ganze Autorität der Partei und ihrer Führung notwendig ist, um ein solch schwieriges Vorhaben erfolgreich durchzusetzen. Er übernimmt das Hauptreferat der Konferenz, in dem er die „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ begründet. Er charakterisiert dieses System als die organische Verbindung der wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeit in der Wirtschaft und der wissenschaftlich begründeten, auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems der ökonomischen Hebel. Diese Definition, die sich etwas umständlich ausnimmt, komprimiert alle Elemente des neuen ökonomischen Systems so, wie sie sich am Beginn dieser über Jahre dauernden Arbeit darstellen.

Zunächst behandelt Walter Ulbricht die Verantwortlichkeit des Ministerrates und seiner Organe für das neue ökonomische System. Diese zentralen Organe müssen sich qualifizieren und die wissenschaftliche Führungstätigkeit beherrschen lernen, um die neue Aufgabe zu meistern. Deshalb regt er den Ministerrat an, sich auf die Hauptaufgaben zu konzentrieren und die gesamte Volkswirtschaft nach einer wissenschaftlich begründeten Perspektive zu führen.

Das neue wissenschaftliche Niveau, das es in der Planung zu erreichen gilt, umreißt Walter Ulbricht in wenigen Sätzen. Damit der höchste volkswirtschaftliche Effekt erreicht werden kann, muß der objektive Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftsplan und den ökonomischen Hebeln hergestellt werden – ein Zusammenhang, der in der Vergangenheit nicht immer geschaffen beziehungsweise gewahrt werden konnte. Nachdrücklich betont er, daß dabei der wissenschaftlich ausgearbeitete Perspektivplan das grundlegende Instrument der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ist und bleibt. Da es immer mehr darauf ankommt, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der materiellen Produktion durchzusetzen, wird eine enge, kameradschaftliche Zusammenarbeit der Staatlichen Plankommission mit dem Forschungsrat und seinen Organen vorgeschlagen.

Ausführlich geht Walter Ulbricht auf die Wirkungsweise des Systems der ökonomischen Hebel ein. Er schickt voraus, daß es bis jetzt noch nicht gelungen ist, das Prinzip der materiellen Interessiertheit zur vollen Wirksamkeit zu bringen. Das Problem besteht darin, die zum großen Teil vorhandenen ökonomischen Hebel der wirtschaftlichen Rechnungsführung wie Kosten, Preis, Umsatz und Gewinn und die Formen der persönlichen materiellen Interessiertheit wie Lohn und Prämie, die gegenwärtig isoliert voneinander und deshalb nur unvollkommen funktionieren, zu einem höchst wirkungsvollen Mechanismus zusammenzufügen. Dieser Mechanismus soll in jeder Phase der wirtschaftlichen Tätigkeit konkret und exakt darauf hinwirken, daß die materiellen Interessen der Werktätigen, der Brigaden und Betriebskollektive mit den gesellschaftlichen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Von dieser Position aus analysiert er, wie diese Hebel künftig wirken sollen.

Dann begründet Walter Ulbricht, wie sich die Stellung der Vereinigungen volkseigener Betriebe im neuen ökonomischen System verändern wird. Aus vorwiegend administrativ tätigen Verwal-

tungen sollen sie in ökonomische und wissenschaftlich-technische Führungsorgane ihres Industriezweiges umgewandelt werden. Das ist eine Maßnahme von beträchtlicher Tragweite, die an das Denken und Handeln der leitenden Kader, an ihre Verhaltensweise hohe Anforderungen stellt. So ist es notwendig, eine gezielte ideologische Arbeit zu leisten, um den Generaldirektoren der VVB und den Werkdirektoren der Betriebe diesen Übergang zu erleichtern und gleichzeitig zu verhindern, daß sie die Praktiken kapitalistischer Manager übernehmen. Es geht für sie darum, ihre größeren Rechte und Vollmachten wahrzunehmen, um die Kraft der sozialistischen Volkswirtschaft zu erhöhen.

Walter Ulbricht, als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrates wahrhaftig genügend mit prinzipiellen Aufgaben beschäftigt, hat sich intensiv in die theoretischen und praktischen Fragen des neuen ökonomischen Systems hineingekniet. Er beobachtet aufmerksam die ökonomischen Experimente, die bereits seit 1962 in einigen Vereinigungen volkseigener Betriebe durchgeführt werden. Zahlreiche Diskussionen, Beratungen und kameradschaftliche Streitgespräche haben ihm Sicherheit und Gewißheit gegeben. So führt der Startschuß zum neuen ökonomischen System zu einem großen Erfolg der Partei.

30. Juni 1963 „Planschuldenfrei – unser Wettbewerbsziel ist erreicht“, haben
Gratulanten zum schon in den Tagen zuvor viele Betriebe und landwirtschaftliche
70. Geburtstag Genossenschaften gemeldet; eine Reihe von ihnen hat den Plan sogar überboten. Nun kommen ihre Abgesandten am 30. Juni, einem sonnigen Sommersonntag, um Walter Ulbricht persönlich mit ihren Glückwünschen zum 70. Geburtstag Bericht über erfüllte Verpflichtungen zu erstatten. Der ganze festliche Tag wird zu einer Demonstration des Zusammengehörens und der Freundschaft. Hohe Ehrung wird Walter Ulbricht durch die führenden Repräsentanten der sozialistischen Bruderländer zuteil. Das ist zugleich eine internationale Anerkennung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei, deren Kampf und Sieg mit dem Leben Walter Ulbrichts eng verknüpft ist. Auch viele Bruderparteien aus den kapitalistischen Ländern bringen persönlich oder in herzlichen Telegrammen ihre Glückwünsche dar.

Den neun Stunden währenden Zug der Gratulanten eröffnen die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. Friedrich Ebert überbringt die Grußadresse, mit der das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die hohen Verdienste Walter Ulbrichts als deutscher und internationaler Arbeiterführer würdigt, und in der es unter anderem heißt: „Die Partei weiß es zu schätzen, daß sich unter Deiner Leitung ein so kollektives und geschlossenes Zentralkomitee herausgebildet hat, das mit Erfolg den Kampf für den umfassenden und vollständigen Aufbau des Sozialismus und die Sicherung des Friedens führt.“

Bewegt spricht Otto Grotewohl dem bewährten Kampfgenossen seine Glückwünsche aus und verleiht ihm auf Beschluß des Ministerrates zum dritten Mal den Titel „Held der Arbeit“. Schon am Vorabend seines Geburtstages hat Walter Ulbricht den Ehrenbürgerbrief der Hauptstadt Berlin empfangen.

Die höchste sowjetische Auszeichnung, den Titel „Held der Sowjetunion“, verbunden mit dem Leninorden und der Medaille „Goldener Stern“, erhält Walter Ulbricht auf Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Den Georgi-Dimitroff-Orden, die höchste bulgarische Auszeichnung, verleiht ihm das Präsidium der Volksversammlung Bulgariens.

Einige Tage nach dem 30. Juni gibt es noch eine verspätete Geburtstagsrunde in Walter Ulbrichts Heim. Er hat seine ältesten Kampfgefährten dazu eingeladen – Parteiveteranen, der jüngste 63, der älteste 73 Jahre. „Ich hätte euch gern an meinem Geburtstag ein paar Stunden um mich gehabt. Ein Tisch dafür war gedeckt“, sagt der Gastgeber. Nun wird nachgeholt, was der Ansturm der Gratulanten aufschob: der Austausch von Erinnerungen an ein langes, schweres und reiches Leben. „Ich hab' ja beim Empfang gedacht: ‚Junge, hat der Walter eine Kondition! Soviel Stunden stehen!‘“ bewundert Fritz Globig seinen alten Freund. „Ihr habt doch auch wie eine Eins gestanden“, ist die Antwort. „Und was die Kondition betrifft, die wird hoffentlich noch bleiben. Die Sportler haben mir zum Geburtstag ein Ruderboot geschenkt, einen ‚Skuller‘. Lotte macht den Steuermann.“

Das Boot ist eines der wenigen Geburtstagsgeschenke, die Walter Ulbricht in persönlichen Gebrauch nimmt, und er hat daran viel Freude. Die Ärzte meinen freilich, er betreibe mit Ski- und Eislauf,

mit Tennis und Schwimmen, Volleyball und Tischtennis doch wahrlich genug Sportarten, und das Rudern sei nicht so recht etwas für ihn. Doch er schlägt ihnen auch in späteren Jahren noch manches Schnippchen, wenn er mit dem geliebten „Skuller“ ein paar Runden macht.

Seine Kondition wird nicht allein von Altersgenossen bewundert. Davon spricht eine kleine Geschichte, die sich in Leipzig zugetragen hat. Bei einem Besuch der Landwirtschaftsausstellung dauert der Rundgang von den Morgenstunden bis zum frühen Nachmittag. Während seine jüngeren Begleiter etwas erschöpft am Mittagstisch Platz nehmen, unterhält sich Walter Ulbricht beim Essen schon mit den Veranstaltern einer Bauernberatung, auf der er anschließend fast zwei Stunden lang ohne Manuskript zu den Bäuerinnen und Bauern spricht. Nach der Veranstaltung wird eine kleine Erholungspause eingelegt, bald trifft man sich zum Abendessen. Dabei versucht sein Arzt vergeblich, ihm die Teilnahme an dem anschließenden Empfang auszureden. „Warum? Ich fühle mich doch ganz frisch“, wehrt Walter Ulbricht ab. Als der Arzt ihn dann beim Empfang noch um 21.30 Uhr in angeregter Unterhaltung mit den Gästen findet, beschließt er, energisch zu werden. „Ich möchte darauf bestehen, Genosse Ulbricht, daß wir jetzt zur Ruhe gehen!“ Walter Ulbricht sieht sich erstaunt um und sagt: „Aber natürlich, können Sie! Ich nehme Sie heute bestimmt nicht mehr in Anspruch.“

Im allgemeinen ist er jedoch, wenn es notwendig erscheint, ein sehr disziplinierter Patient. Das bestätigen die Ärzte seit Jahren. Doch sind sie selber nicht immer zu akzeptieren geneigt, daß er zu seinem Wohlbefinden stets auch die Arbeit braucht.

Wie macht er das eigentlich? Wie hält er dieses Arbeitspensum aus? Nimmt er denn auf sein zunehmendes Alter und auf seine Gesundheit genügend Rücksicht? So fragen viele.

Fleiß, Spannkraft und Arbeitsenergie Walter Ulbrichts sind bekannt. Er selbst hat mehrfach hervorgehoben, daß sportliche Tätigkeit viel zu seiner Gesundheit und Elastizität im hohen Alter beitragen. Dies alles erklärt aber sein Leistungsvermögen bei weitem noch nicht.

Die hervorstechendste Eigenschaft in der Arbeitsweise Walter Ulbrichts ist nach wie vor seine Fähigkeit, sich auf die Hauptfragen zu konzentrieren. Diese besonders wichtige Fähigkeit des Leiters

prägt seiner Persönlichkeit den Stempel auf. Sich konzentrieren heißt für ihn, zweitrangige Probleme beiseite schieben, wobei er sich durchaus darüber im klaren ist, daß sich die Rangfolge der Probleme im Laufe der Zeit rasch ändern kann. Entscheidend ist, daß Walter Ulbricht über die Fähigkeit, sich zu konzentrieren, nicht nur spricht, sondern sie praktisch ausübt.

Mit dem Wichtigsten wird begonnen

Wie jedes Jahr, so nützen Walter Ulbricht und andere Mitglieder des Politbüros auch im Sommer 1963 ihre Anwesenheit bei der Ostseewoche, um mit den Arbeitern der Rostocker Betriebe die nächsten Aufgaben zu beraten. Diesmal ist es ihr besonderes Anliegen, sich davon zu überzeugen, wie die Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz aufgenommen werden. In Rostock berät Walter Ulbricht mit Kapitänen, Fangleitern und anderen Besatzungsmitgliedern der Fischereiflotte. Auch den Arbeiterinnen und Arbeitern des Fischkombinates Saßnitz stattet er einen Besuch ab. Immer wieder kommt er auf die Kernfrage zurück, die ihn beschäftigt: Wie wird das neue ökonomische System in der Hochseefischerei und in den an ihrer Entwicklung beteiligten Industriezweigen angewandt? Größten Nachdruck legt er auf enges Zusammenwirken mit den Zulieferbetrieben, besonders aus der Elektrotechnik. Ein Höhepunkt ist sein Besuch in der Volkswerft Stralsund. Am Abend seiner Ankunft begrüßen ihn die Bürger der Stadt, allen voran die Jugend und die Sportler, mit einem Fackelzug. Am nächsten Tag berichten Vertreter der Belegschaft, wie die Planrückstände des Winters aufgeholt worden sind. Das Wichtigste aber ist die Initiative der Stralsunder Werftarbeiter, die Kosten für das Fangschiff „Tropik“, das in großer Serie für die Sowjetunion gebaut wird, erheblich zu senken. Ihr Ziel heißt: Weltstand in Konstruktion und Technologie. Sie verpflichten sich, die Schiffsführung weiter zu mechanisieren und zu automatisieren, um die Besatzung des Schiffes von 76 auf 50 Mann zu verringern. Walter Ulbricht erkennt, daß die Arbeiterklasse und die Intelli-

genz die Grundsätze des neuen ökonomischen Systems richtig verstehen und daß sie mit dem Wichtigsten beginnen wollen, mit der Senkung der Kosten der Produktion. Das ist die wertvollste Erkenntnis, die er nach Berlin mitnehmen kann.

Wenige Monate, nachdem die Richtlinien zum neuen ökonomischen System veröffentlicht worden sind, findet in Berlin der 6. FDGB-Kongreß statt. Ein Beschluß beauftragt Walter Ulbricht, zu den Delegierten zu sprechen. November 1963
6. Kongreß
des FDGB

Er mißt dem Kongreß große Bedeutung bei, denn es geht darum, zum ersten Mal die Rolle des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes unter den neuen Bedingungen der Arbeit darzulegen. Er durchdenkt noch einmal die vorangegangene Diskussion in den Gewerkschaften, in deren Mittelpunkt der Wettbewerb um Planerfüllung, hohe Qualität und niedrige Kosten stand.

Dann ist der Ausgangspunkt klar. Was heißt es denn, unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen zu vertreten? Von dieser Frage ausgehend, entwickelt er die neuen Aufgaben der Gewerkschaften, wie sie jetzt auf den gewerkschaftlichen Vertrauensmann und die anderen Gewerkschaftsfunktionäre zukommen. Die Resonanz der Delegierten zeigt ihm, daß er das Kernproblem getroffen hat.

Walter Ulbricht betont: Der erste Mensch, der ins Weltall vordrang, war ein Arbeiter, der Gießereiarbeiter Juri Gagarin, der Angehörige der russischen Arbeiterklasse, die als erste die politische Macht eroberte. Die Arbeiter können also sehr viel, und ihre Klasse kann Berge versetzen, wenn sie geschlossen handelt. Die Gewerkschaften werden ihre Aufgaben meistern, indem sie den Arbeitern helfen, die modernen Großbetriebe zu leiten. Das ist zugleich der Weg, auf dem die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Arbeiter ständig verbessert werden.

Ein Jahr nach dem VI. Parteitag tritt das Zentralkomitee zu seiner 5. Tagung zusammen. Sie findet im großen Konferenzsaal statt, denn Hunderte von Gästen nehmen daran teil, Wissenschaftler und leitende Genossen aus der Industrie und der Landwirtschaft. Es Februar 1964
5. Tagung des ZK

geht zunächst darum, zu prüfen, was in diesem Jahr des neuen ökonomischen Systems erreicht wurde. Die Resultate sind gut. Die Arbeiterklasse hat wesentliche Fortschritte gemacht bei der Entwicklung des ökonomischen Denkens und des bewußten Arbeitens im volkswirtschaftlichen Interesse. Der Plan wurde erfüllt, die Versorgung konnte stabilisiert werden. Die ökonomischen Experimente in vier Vereinigungen volkseigener Betriebe haben wertvolle Ergebnisse gebracht.

Walter Ulbricht orientiert die Parteiorganisationen der Betriebe auf die Fortführung der Arbeit. Er analysiert noch vorhandene Fehler und schädliche Traditionen und weist den Weg, wie auch in der ideologischen Arbeit ein Aufschwung herbeigeführt werden kann.

Auf theoretische Grundfragen des neuen ökonomischen Systems eingehend, knüpft er an Lenins Lehre an und beweist die Notwendigkeit, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus im gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß anzuwenden. Er setzt sich auch mit theoretischen Fehlern Stalins in einigen Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus auseinander, insbesondere mit der Unterschätzung der Rolle des Wertgesetzes, die in der Wirtschaftspraxis negative Folgen hatte.

Dann entwickelt er neue und weitreichende Gedanken über die Art und Weise, wie die leitenden Kader, die Generaldirektoren der Vereinigungen volkseigener Betriebe und die Werkdirektoren großer volkseigener Betriebe künftig arbeiten sollen. Wenn später über die 5. Tagung des Zentralkomitees gesprochen werden wird, dann sind es die Grundsätze der sozialistischen Wirtschaftsführung, die ihr das Gepräge geben.

Im Grunde ist es eine großangelegte Erziehung der Wirtschaftskader, die auf dieser Tagung begonnen wird. Walter Ulbricht zeigt den Leitern der sozialistischen Wirtschaft, worin das Wesen ihrer Tätigkeit im neuen ökonomischen System besteht, wie sie den Übergang zur neuen Arbeitsweise finden müssen, um die wesentlichen Entscheidungen ihres Verantwortungsbereiches zu treffen und um die Kollektive erfolgreich zu führen.

Zugleich zeichnen sich die modernen Methoden der Führung der Vereinigungen volkseigener Betriebe ab. Walter Ulbricht betont: Wir brauchen echte Leiter der sozialistischen Wirtschaft, hochqualifizierte Persönlichkeiten, die in den technischen und ökonomischen

mischen Fragen ihres Gebietes beschlagen sind, die den Marxismus-Leninismus anzuwenden verstehen und der Arbeiterklasse treu ergeben sind. Sie sollen sich durch Verantwortungsfreude, Schöpfertum und Kühnheit auszeichnen, aber auch durch geschäftliche Sachlichkeit, nüchternes Kalkulieren und eiserne Arbeitsdisziplin. Sie sollen es verstehen, diese Eigenschaften auf das Arbeitskollektiv zu übertragen, und es zur höchsten Leistung führen. Solche Leiter werden nicht einfach geboren, sondern unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus erzogen.

Die Diskussion im Plenum bestätigt, daß Walter Ulbricht genau die Probleme getroffen hat, die die leitenden Genossen der Wirtschaft, die Wissenschaftler und Fachleute beschäftigen. Sie erkennen, daß ihnen hier ein klarer Weg für die Entfaltung der persönlichen Initiative vorgezeichnet ist. Sie werden diese Beratung der Parteiführung mit den Leitern der Wirtschaft nicht vergessen. Eben deshalb sind alle Versuche des Gegners zum Scheitern verurteilt, eine Kluft zwischen den Genossen der Parteiführung und den Wissenschaftlern, Wirtschaftlern und Ingenieuren, den angeblichen Technokraten, aufzureißen. Ein „Gegeneinander der Eliten“ wird es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht geben. Daran ändern keine theoretischen Spekulationen etwas. Die Parteiführung betreibt eine kluge Politik bei der Erziehung der neuen Kader, die in leitende Funktionen der Wissenschaft und Technik, der Wirtschaft und des Staatsapparates nachrücken.

Auf dieser Tagung des Zentralkomitees äußert sich Walter Ulbricht, ausgehend vom Parteiprogramm, erstmalig zum Problem der Prognostik. Er schlägt vor, wichtige prognostische Aussagen für die Zeit bis 1970 und sogar bis 1980 auszuarbeiten und von dort her zurückrechnend die Entscheidung über die künftige Entwicklung der einzelnen Zweige und Haupterzeugnisse zu treffen. Er weist in diesem Zusammenhang nach, daß diese Prognostik eine prinzipiell andere Methode der Planung bedingt. Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß diese Erkenntnisse nicht von Planungsfachleuten erarbeitet worden sind. Walter Ulbricht hat sie durch eigene Studien und durch die Analyse der internationalen Literatur gewonnen, die sich mit dem Wechselverhältnis zwischen technischer Revolution und Planung befaßt.

Februar 1964 Noch im gleichen Monat, am 28. Februar 1964, erläutert Walter
VIII. Deutscher Ulbricht vor dem Forum des VIII. Deutschen Bauernkongresses in
Bauernkongreß Schwerin, wie das neue ökonomische System auch die Landwirt-
schaft schneller und besser voranbringen kann.

Die 2372 Teilnehmer des Kongresses sind delegiert von fast einer Million Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern der Deutschen Demokratischen Republik. Sie können feststellen, daß es in der Landwirtschaft besonders im Jahre 1963 große Fortschritte gegeben hat. Die Zahl der Genossenschaften mit hoher Produktion und Arbeitsproduktivität hat sich verdoppelt. Etwa 1000 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die 1962 noch ein niedriges Produktionsniveau aufwiesen, haben sich wirtschaftlich gefestigt. Nun beraten die Kongreßteilnehmer mit Vertretern der Parteiführung und der Regierung über ihre Aufgaben in den kommenden Jahren.

Walter Ulbricht weist in seinem Referat auf die Notwendigkeit hin, eine neue Qualität in der genossenschaftlichen Arbeit zu erreichen. Ihre wichtigsten Merkmale sind die Vervollkommnung der kollektiven Arbeitsweise und der Übergang zu industriemäßigen Arbeitsmethoden. Um das zu erreichen, müssen das neue ökonomische System konsequent angewandt und die Vorzüge der sozialistischen Produktionsverhältnisse voll genutzt werden.

April 1964 Nachdem die 5. ZK-Tagung und der VIII. Deutsche Bauernkongreß das neue ökonomische System beraten haben, werden die im
2. Bitterfelder Programm des Sozialismus verankerten Thesen über die Entwick-
Konferenz lung der sozialistischen Nationalkultur mit Leben erfüllt.

Es sind auf den Tag genau fünf Jahre vergangen, seit aus dem Kulturpalast des Elektrochemischen Kombines Bitterfeld der Ruf erging: „Greif zur Feder, Kumpell!“ Nun tagt am gleichen Ort wie damals die 2. Bitterfelder Konferenz, um Bilanz zu ziehen und neue Ziele zu setzen.

Die Bilanz ist erfreulich: 18 000 Volkskunstgruppen und -zirkel vereinen 80 000 Werktätige zu schöpferischer Tätigkeit; 133 Arbeiter- und Bauerntheater, unterstützt von 355 Berufskünstlern, erfreuen mit ihrem Spiel die Zuschauer und sich selbst.

Der Bitterfelder Weg hat einen Aufschwung des geistigen Lebens gebracht und einen neuen Typus sozialistischer Künstlerpersönlich-

keiten geprägt, die mit den Menschen des sozialistischen Alltags eng verbunden sind.

Mitten unter den etwa 1000 Künstlern, Werkträgern und Kulturfunktionären im Konferenzsaal sitzt Walter Ulbricht, verfolgt aufmerksam die Diskussion, macht Zwischenrufe, lacht herzlich über die humorvollen Situationsschilderungen Helmut Sakowskis, früher Waldarbeiter, jetzt Schriftsteller, und ein erfolgreicher dazu.

Gerade ist Walter Ulbricht aus Weimar gekommen, wo er an den Feierlichkeiten zum 400. Geburtstag Shakespeares teilgenommen hat. Er hat sich dabei an einer Lesung von Shakespeare-Sonetten und an einer Aufführung von „Richard III.“ im Weimarer Nationaltheater erfreut und die historischen Kulturstätten der Goethe-Stadt besucht. Ins Goldene Buch von Weimar schrieb er: „Als ich im Juni 1945 nach Weimar kam, war es hier leer. Hier in diesem Rathaus gaben wir damals den Auftrag, unverzüglich mit der Wiederherstellung der Gedenkstätten unserer großen Nationaldichter zu beginnen. Diese Aufgabe wurde gut erfüllt.“

Danach ist Walter Ulbricht, wie er selbst sagt, frohen Herzens zur Bitterfelder Konferenz gefahren, froh in dem Bewußtsein: Die Pflege des kulturellen Erbes ist in der Deutschen Demokratischen Republik ein Grundbestandteil der sozialistischen Kultur. Nun geht es um die Gestaltung der Gegenwart.

Um den folgenden Rednern Gelegenheit zu geben, auf seine Gedanken einzugehen, ergreift Walter Ulbricht mitten in der Diskussion das Wort. Das Bild des Menschen zu zeichnen, der die wissenschaftlich-technische Revolution meistert und daran geistig wächst (nicht geistig verarmt, wie westliche Theoretiker wissen wollen, die freilich allein von den Zuständen in der imperialistischen Gesellschaftsordnung ausgehen), den sozialistischen Menschen zu gestalten, der die gewaltigste Revolution der Geschichte vollzieht – das ist die große und schwere Aufgabe, vor der die sozialistischen Künstler und Schriftsteller stehen. Sie zu lösen verlangt nicht nur, alle Mittel der Kunst hervorragend zu beherrschen, sondern auch, wissenschaftliche Kenntnisse über die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung zu erwerben.

Die Wirkung der 2. Bitterfelder Konferenz läßt sich schon einige Wochen später bei den Arbeiterfestspielen in Gera erkennen. In einem Interview nennt Walter Ulbricht die Festspiele eine „Olympiade der Volkskunst“ und sagt: „Diese Einheit des Volkes mit

Literatur und Kunst, diese künstlerische Selbstbetätigung, diese Einheit von Berufs- und Laienkünstlern sind ein bedeutender Fortschritt.“

In seinen Worten schwingt Freude über die Entwicklung mit. Sie resultiert aus seiner eigenen Liebe zu Literatur und Kunst, die ihn seit früher Jugend begleitet und auch in Zeiten angespannter politischer Tätigkeit zu ihrem Recht kommt. Er gehört zu den aufmerksamsten Besuchern der Dresdener Kunstausstellungen; gern greift er immer wieder nach den Bänden der Klassiker in seinem Bücherschrank und ist auch über neue Werke der Gegenwartsschriftsteller gut informiert; Autoren und Regisseure von Filmen und Fernsehspielen hören oft sehr bald nach der Uraufführung ein anerkennendes oder kritisches Wort von ihm. Theater- und Konzertbesuche sind ihm Bedürfnis und Entspannung, haben aber gelegentlich auch dazu beigetragen, daß er nach einer guten Aufführung ein schwieriges ökonomisches oder anderes Problem, mit dem er beschäftigt war, leichter zu Ende denken konnte.

Wenn sich Walter Ulbricht in der Sowjetunion aufhält, ist es schon zur Gewohnheit geworden, daß er kurz nach der Ankunft den Spielplan der Moskauer Theater genau durchsieht. Sehr oft weist er dann auf neue Stücke, die in kleineren Theatern gespielt werden, auf die neuesten Filme, die von der Entwicklung der sowjetischen Gegenwartskunst Zeugnis geben. Bestimmt ergreift er jede Gelegenheit, sich Filme über den neuesten Stand von Wissenschaft und Technik in der Sowjetunion anzusehen. Selbstverständlich bleibt er mit den großen Traditionen der russischen und sowjetischen Kunst eng verbunden.

So nimmt er zum Beispiel schon wenige Tage nach der 2. Bitterfelder Konferenz die Gelegenheit wahr, das Gastspiel des Leningrader Balletts im Berliner Friedrichstadtpalast mitzuerleben.

Es ist gewiß, daß er in der Zeit der sozialistischen Umwälzung in der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik wieder einmal Michail Scholochows Roman „Neuland unterm Pflug“ zur Hand genommen und studiert hat. So ist es in mancher Hinsicht auch ein persönliches Wort, das er an den großen sowjetischen Epiker richtet, als er diesen Ende Mai 1964 in Berlin empfängt: „Wir in der Deutschen Demokratischen Republik zählen uns zu Ihren treuesten Lesern. Schon in den schweren Jahren nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus wurde Ihr Roman „Neuland

unterm Pflug' für viele zum großen geistigen Erlebnis. Damals ging dieser Roman, auf schlechtem Papier gedruckt, einfach broschiert, von Hand zu Hand. Hunderttausende fanden Antwort auf die Frage: Wie soll es weitergehen? ... Wir verdanken Ihnen, daß sich viele Menschen ein sozialistisches Ideal gebildet haben und zu Kämpfern für Sozialismus und Frieden geworden sind."

Aus der Hand Walter Ulbrichts empfängt Michail Scholochow dann den Orden, mit dem hervorragende Verdienste um die Deutsche Demokratische Republik, um die Verständigung und Freundschaft der Völker und um die Erhaltung des Friedens geehrt werden, den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“.

Kurz nach dieser Begegnung beginnt eine Reise, die auf andere Art die deutsch-sowjetische Freundschaft bekräftigt und den Frieden außerordentlich wirkungsvoll sichern hilft.

Die große Perspektive

Juni 1964

Deutsch-sowjetischer Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit

Eine Partei- und Staatsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik besucht vom 29. Mai bis 13. Juni 1964 auf Einladung der sowjetischen Freunde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Sie wird von Walter Ulbricht geleitet. Im Ergebnis der in Moskau geführten Beratungen wird zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit abgeschlossen. Er trägt dazu bei, feste Garantien für die Sicherheit des Friedens in Europa zu schaffen, und durchkreuzt die revanchistische Politik Bonns so wirkungsvoll, daß führende westdeutsche Zeitungen zugeben müssen, der Vertrag habe „den gerade in Washington vereinten Führern der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Grenzen für unmittelbares Handeln in der deutschen Frage gesetzt“.

Obwohl diesem „unmittelbaren Handeln“, wie es Bonn versteht, schon am 13. August 1961 durch die Deutsche Demokratische Republik feste Grenzen gesetzt worden sind, haben die westdeutschen Imperialisten ihre aggressiven Absichten immer noch nicht aufgegeben, sondern versuchen diese lediglich auf andere Weise durchzusetzen. So überraschte im Herbst 1963 der Bonner Kanzler Adenauer die Welt mit der Mitteilung, er habe schon 1962 der Sowjetregierung einen Vorschlag über „Zehn Jahre Burgfrieden“ unterbreitet. In dieser Zeit wolle er die Deutsche Demokratische Republik nicht angreifen.

„Das ist sehr gnädig von ihm, scheint jedoch andere Ursachen zu haben“, erklärte Walter Ulbricht dazu auf einem Empfang zum

14. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik. „Nachdem am 13. August 1961 der Bankrott der Revanchepolitik der Bonner Regierung sichtbar geworden ist, hat sich Herr Adenauer Gedanken gemacht, wie man einige taktische Maßnahmen durchführen kann, um mit anderen Mitteln in die Deutsche Demokratische Republik einzudringen... Bei diesem Nachdenken ist er auf die alte Geschichte vom Wolf und dem Rotkäppchen gekommen... Mit List also will er den Versuch unternehmen, die Deutsche Demokratische Republik auffressen zu können. Wir haben das gewußt, und man wird zugeben müssen, daß uns das nicht sehr erregt hat... Von der Sowjetunion verlangte er im Grunde genommen, sie solle in diesen zehn Jahren auf die Beseitigung der Reste des Krieges und auf einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten verzichten.“ Herr Adenauer wollte Zeit für die Rüstung gewinnen.

Die konstruktiven Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Abkommen der Vernunft und des guten Willens, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa und einen Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten trafen dagegen bei den Bonner Atompolitikern wiederum auf taube Ohren.

„Weshalb eigentlich wollen Sie diese Politik der Revanche fortsetzen?“ so schreibt Walter Ulbricht kurz vor seiner Reise in die Sowjetunion in einem Brief an Adenauers Nachfolger Erhard. „Adenauer ist mit ihr gescheitert. Wollen auch Sie mit dieser Politik ruhmlos scheitern?“ Diese Voraussicht wird schon zwei Jahre später mit dem wahrhaft ruhmlosen Abgang Erhards von der Bonner Bühne voll in Erfüllung gehen.

Der „Burgfriedensvorschlag“ Adenauers ist von der Sowjetunion nie direkt beantwortet worden. Doch eine sehr deutliche Antwort erteilt der Vertrag für Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Er stellt im Artikel 4 fest, daß sich beide Vertragspartner im Fall eines bewaffneten Überfalls sofortigen Beistand erweisen werden. Der Artikel 6 lautet: „Beide Hohen Vertragsschließenden Seiten werden Westberlin als selbständige politische Einheit betrachten.“ Damit wird erstmalig in einem internationalen Vertrag der Status Westberlins völkerrechtlich fixiert.

Daß der Vertrag für die Dauer von zunächst 20 Jahren geschlos-

sen worden ist und sich, falls er nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird, auf weitere zehn Jahre verlängert, führt der Weltöffentlichkeit sehr deutlich die festen Grundpfeiler dieser Freundschaft vor Augen. Die große internationale Beachtung, die er findet, zeigt unter anderem auch die Tatsache, daß sich eine Kabinettssitzung des französischen Ministerrates unter Vorsitz von Staatspräsident Charles de Gaulle damit beschäftigt. Dabei gestattet der französische Außenminister Maurice Couve de Murville über die Bedeutung und die möglichen internationalen Auswirkungen des Vertrages ausführlich Bericht.

Auf einer Kundgebung im Moskauer großen Kreml-Palast hebt Walter Ulbricht hervor, daß der Vertrag „den Rahmen für die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis zum Jahre 1984 beziehungsweise 1994“ festlegt.

Der Rahmen ist weit gespannt. Mit dem Vertrag und den weiteren in Moskau geschlossenen Abkommen über die gegenseitige Lieferung von mehr als 100 kompletten chemischen Anlagen bis 1970 und über sowjetische Hilfe bei der geologischen Erkundung der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich ihres Festlandssockels nach Erdöl und Erdgas beginnt eine neue Stufe der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Partnerschaft.

Von den gewaltigen Möglichkeiten dieser Zusammenarbeit überzeugt sich Walter Ulbricht während der Reise mit eigenen Augen. Vor der Unterzeichnung der Verträge unternimmt die Partei- und Staatsdelegation eine Rundreise zu den Zentren des Schwermaschinenbaues im Mittelural und im weiten Sibirien.

Auf der 10 000 km langen Fahrt werden in Swerdlowsk das größte sowjetische Werk für Schwermaschinenbau Uralmasch, in Bratsk das bisher größte Wasserkraftwerk der Welt und die Baustelle des künftig noch größeren in Diwnogorsk besichtigt. In Nowosibirsk, der Stadt der Wissenschaften, faßt Walter Ulbricht die gewaltigen Eindrücke mit den Worten zusammen: „Tempo und Ausmaß des industriellen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in Sibirien sind für uns, die wir das zum ersten Mal sehen und erleben, eine Offenbarung.“

„Wasserkraft und das Erdöl und natürlich allen voran die Enthusiasten, die vom kommunistischen Bewußtsein erfüllten Menschen – das sind die Kraftquellen der technischen Revolution in

Sibirien“, ruft er in Omsk nach dem Besuch des Erdölkombinates aus. Ungeachtet aller Strapazen der langen Reise, die fast jeden Tag zu einem anderen, weit entfernten Ort führt, verschafft er sich Einblick in die fortschrittlichste Technik und Arbeitsorganisation modernster Großbetriebe, macht sich bekannt mit den Menschen, die Herren dieser modernen Technik sind. Dabei ist er stets darauf bedacht, die Fachleute der Delegation mit den entsprechenden sowjetischen Ministern und Experten zum schöpferischen Erfahrungsaustausch zusammenzubringen, als gleichberechtigte Partner, die sich gegenseitig viel geben können.

Sich gegenseitig viel zu geben ist der Sinn der ganzen Reise und der Verträge. Schon bisher war die Deutsche Demokratische Republik der größte Außenhandelspartner der Sowjetunion. Die neue Qualität der Zusammenarbeit wird dadurch gekennzeichnet sein, daß beide Seiten zum höchstmöglichen Vorteil kooperieren.

Die Deutsche Demokratische Republik, so hebt Walter Ulbricht auf den Freundschaftskundgebungen mit den sibirischen Werktätigen hervor, hat gleichfalls große wissenschaftliche und technische Kapazitäten. Doch sie ist nur ein kleines Land und kann nicht auf allen Gebieten alles machen. Sie hat aber durch das brüderliche Zusammenwirken mit der Sowjetunion die Möglichkeit, sich auf bestimmten Gebieten zu spezialisieren, den Welthöchststand zu erreichen und so auch der Sowjetunion wirkungsvoll beim Aufbau des Kommunismus zu helfen.

Nach der Rückkehr der Delegation nimmt das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in einem Kommuniqué über den Staatsbesuch Walter Ulbrichts in der Sowjetunion Stellung zu den Ergebnissen der Reise. Der Vertrag, so heißt es darin unter anderem, werde der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bevölkerung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus Sicherheit gegen alle Angriffe von außen gewähren und die Wohlfahrt des deutschen Volkes fördern. Der Ministerrat wertet den historischen Bruderbund mit der Sowjetunion als eine sichere Garantie für die Perspektive der Deutschen Demokratischen Republik.

Sommer 1964 In der Zeit, die der Reise folgt, gehört ein wesentlicher Teil der
Arbeitskraft Walter Ulbrichts der Vorbereitung des Perspektiv-
planes bis 1970. Es geht um schwierige Probleme. Der rasche tech-
nische Fortschritt erfordert eine zuverlässige Einschätzung der
ökonomischen und technischen Entwicklung in den kommenden
Jahren. Zugleich gilt es aber, das gerade erst entstehende und sich
durchsetzende neue ökonomische System im Perspektivplan zu
verankern. Es ist zum Beispiel eine schwierige Aufgabe, die Er-
kenntnisse der Industriepreisreform, die sich über viele Monate
hinzieht, im Perspektivplan richtig zu berücksichtigen. Walter
Ulbricht erläutert dieses komplizierte Problem des Übergangs vom
Alten zum Neuen in der Juli-Sitzung der Perspektivplan-Kommis-
sion des Politbüros. Er setzt sich mit Nachdruck dafür ein, einen
besonderen Plan zur Entwicklung der Wissenschaft als Bestandteil
des Perspektivplanes auszuarbeiten.

In den folgenden drei Monaten werden die inhaltlichen und ideo-
logischen Grundfragen des Perspektivplanes beraten, so daß
Walter Ulbricht auf der 2. Sitzung der Kommission im September
eine Zwischenbilanz ziehen kann. Dabei zitiert er eine Analyse der
französischen Zeitung „Le Monde“. Sie schreibt, das neue ökonomi-
sche System sei von einer Logik, vor der sich jeder Direktor,
jeder Ingenieur und jeder Arbeiter mit gesundem Menschenver-
stand nur verneigen kann. Walter Ulbricht bestätigt diese Erkennt-
nis und auch die Schlußfolgerung der französischen Zeitung: Die
ideologische Entwicklung hat die Reform ermöglicht. Seine An-
regungen sind auf fruchtbaren Boden gefallen.

Mit der Plandirektive zur Entwicklung der Wissenschaft wird be-
gonnen, das Forschungspotential der Deutschen Demokratischen
Republik auf die Hauptprobleme und auf den wissenschaftlichen
Vorlauf in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft zu kon-
zentrieren.

September 1964 Die Fahnen der Republik sind auf halbmast gehißt, die Deutsche
Demokratische Republik trauert um einen ihrer hervorragenden
Kämpfer: Otto Grotewohl ist am 21. September 1964 nach langer,
schwerer Krankheit entschlafen.

Die erste Ehrenwache an seiner von roten und weißen Nelken um-
kränzten Bahre im großen Saal des Zentralkomitees halten Otto

Grotewohls engste Kampfgefährten: Walter Ulbricht, Friedrich Ebert, Hermann Matern und Willi Stoph. Sie werden abgelöst von den anderen Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros, den Repräsentanten des Staatsrates, der Volkskammer, der Regierung, des Nationalrates und hervorragenden Vertretern aller Schichten der Bevölkerung.

Zehntausende Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hauptstadt nehmen Abschied von Otto Grotewohl; aus der ganzen Welt kommen letzte Grüße. Am zweiten Tag der Aufbahrung halten die Trauerdelegationen aus den sozialistischen Staaten und Vertreter der Bruderparteien aus vielen Ländern die Ehrenwache.

Die großen Verdienste, die sich Otto Grotewohl bei der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, bei der Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur führenden Kraft und als Vorsitzender des Ministerrates in den 15 Jahren des Erstarkens und Erblühens der Republik erwarb, würdigt Walter Ulbricht auf dem Staatsakt im Hause des Zentralkomitees. „Die Fahnen unserer Partei, die sich heute vor dir, lieber Otto, senken, tragen das Symbol der Einheit, die du mit deiner ganzen Kraft und deinem überzeugenden Können zum Ruhm und zum Wohle unserer Klasse und der ganzen Nation mitgeschmiedet hast . . . Wenn immer man nach Sinn und Bedeutung des Symbols der vereinten Hände in unserer Fahne fragen wird, dann wird mit der Antwort für ewig dein Name und dein historisches Verdienst als großer deutscher Arbeiterführer verbunden sein.“

Ein dichtes Spalier von Bürgern der Hauptstadt säumt den Weg des Trauerzuges vom Haus des Zentralkomitees bis zum Krematorium Baumschulenweg. Dort ergreift Friedrich Ebert, seit vielen Jahrzehnten Freund und Mitkämpfer des teuren Toten, das Wort zum letzten Gruß und zu dem Gelöbnis, das gemeinsame Werk weiter voranzuführen zum Sieg des Sozialismus.

Am 24. September tritt in Berlin die Volkskammer zusammen. Sie widmet dem verstorbenen Ministerpräsidenten ehrendes Gedenken. An seine Stelle soll Genosse Willi Stoph treten. In einem gemeinsamen Antrag geben alle Fraktionen ihre Zustimmung. Willi Stoph, von Beruf Maurer, seit früher Jugend Kommunist, ab 1945 hervorragend am Aufbau der neuen Gesellschaft beteiligt, hat schon jahrelang, während der schweren Krankheit Otto Grote-

wohls, die Regierungsgeschäfte geführt. Die Volkskammer spricht ihm das Vertrauen aus. Zugleich wählt sie den neuen Vorsitzenden des Ministerrates zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates.

28. September 1964 Bekannte Parteiführer und marxistische Wissenschaftler aus 39 Ländern kommen am 25. September in Berlin zusammen. Die internationale Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ und das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben zu einer mehrtägigen wissenschaftlichen Session zum 100. Jahrestag der Gründung der I. Internationale eingeladen. Chefredakteur Alexander Rumjanzew dankt in seiner Eröffnungsansprache der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für ihre Gastfreundschaft und erteilt als erstem Redner Walter Ulbricht das Wort.

100. Jahrestag der
Gründung der
I. Internationale

Die Ausführungen Walter Ulbrichts enthalten viele neue, wichtige und interessante Gedanken zum gemeinsamen Handeln der internationalen Arbeiterbewegung. Er würdigt die Beschlüsse des 1. Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation, deren Inhalt die tiefe marxistische Erkenntnis ist, daß der einheitliche Klassenkampf den politischen und den ökonomischen Kampf in sich vereinen muß. Richtungweisend für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt wurde der Hinweis des Kongresses, daß der ökonomische Kampf der Arbeitergewerkschaften sich nicht auf begrenzte Ziele beschränken dürfe, sondern mit dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Knechtschaft geführt werden solle.

Die Ausführungen Walter Ulbrichts enthalten viele neue, wichtige und interessante Gedanken zum gemeinsamen Handeln der internationalen Arbeiterbewegung. Er würdigt die Beschlüsse des 1. Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation, deren Inhalt die tiefe marxistische Erkenntnis ist, daß der einheitliche Klassenkampf den politischen und den ökonomischen Kampf in sich vereinen muß. Richtungweisend für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt wurde der Hinweis des Kongresses, daß der ökonomische Kampf der Arbeitergewerkschaften sich nicht auf begrenzte Ziele beschränken dürfe, sondern mit dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Knechtschaft geführt werden solle.

Walter Ulbricht geht auch auf Entwicklungsprobleme in den sozialistischen Ländern ein.

Manche Leute sehen nicht die Dialektik der sozialistischen Entwicklung. Sie sehen nicht die Zusammenhänge, den Weg zur Überwindung der in der Übergangsperiode vorhandenen Widersprüche und zur Entfaltung der Schöpferkraft der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen, sondern zählen nur die Schwierigkeiten zusammen. Manche blicken nur auf die Schwierigkeiten der Vergangenheit, weil es ihnen schwerfällt, das sich entwickelnde Neue in seiner Bedeutung zu erkennen und zu gestalten. Bei einigen anderen ist die Überwindung des Dogmatismus mit einer Politik des

Selbstlaufes und mit einer Unterschätzung der gegnerischen Maßnahmen des kalten Krieges verbunden.

Das Neue in der Lage sichtbar zu machen ist Walter Ulbrichts ganzes Bestreben. Er erinnert an eine bedeutsame Lehre der internationalen kommunistischen Bewegung: Bei wichtigen Änderungen der Lage und der Kampfbedingungen gibt es Auseinandersetzungen über Probleme der Strategie und Taktik. Das ist durchaus nicht verwunderlich. Notwendig ist aber, die Probleme genau zu durchdenken, aus begangenen Fehlern zu lernen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. In diesem Zusammenhang weist Walter Ulbricht den chinesischen Führern nach, daß sie bewährte Methoden des antiimperialistischen Befreiungskrieges schematisch und daher falsch auf die Lösung der Probleme des sozialistischen Aufbaus übertragen.

Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang angebracht, einige Bemerkungen über Walter Ulbrichts Verhältnis zu Fehlern in der Arbeit anzufügen. Er war nie ein Illusionist, und jetzt, nach zwei Jahrzehnten praktischer Tätigkeit in der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Umwälzung, ist er es erst recht nicht. Er weiß, daß Fehler auf dem Weg ins Neuland manchmal nicht zu vermeiden sind. Aber er legt doch großen Wert darauf, frühzeitig zu erkennen, wie sich Fehler einschleichen, ihren Ursprung aufzudecken, damit der Schaden so niedrig wie möglich gehalten und aus gemachten Fehlern sogar Nutzen gezogen werden kann.

Bemerkenswert ist es auch, wie er sich in dieser Hinsicht zu den Menschen verhält. Gelegentlich kommt es vor, daß bei ihm Klage geführt wird, weil ein Genosse im Eifer des Kampfes um die Durchsetzung des Neuen einiges Porzellan beschädigt hat. Besonders wenn der „Beklagte“ ein junger Genosse ist, kann es leicht geschehen, daß Walter Ulbricht ganz lakonisch fragt: Na und? Dieser Genosse hat doch ganz gut begriffen, worauf es in der Hauptsache ankommt, und er schont seine Kräfte nicht. Ihm muß geholfen werden, daß er künftig Überspitzungen vermeiden lernt. Das wird er auch noch schaffen.

Ganz anders dagegen reagiert er, wenn sich herausstellt, daß ein Genosse in verantwortlicher Funktion Fehler macht, weil er zu bequem ist, die neuen Probleme gründlich und selbständig zu durchdenken. In solchen Fällen kann Walter Ulbricht recht deutlich werden. Er hat wenig Verständnis für erfahrene Par-

teiarbeiter, die die Fähigkeit verlieren, sich auf das Neue zu orientieren. Das rührt gewiß auch daher, daß er in dieser Hinsicht an sich selbst die höchsten Anforderungen stellt.

Vor allem aber ist für Walter Ulbricht eines typisch. Es wird niemandem gelingen, ihn zu einer nach rückwärts gewandten Fehlerdiskussion zu veranlassen. Er verliert nie das vor ihm liegende Ziel aus den Augen, und die Auseinandersetzung mit Fehlern wird allein davon bestimmt, wie sie dazu beitragen kann, dieses Ziel besser und schneller zu erreichen.

Am 28. September, dem Gründungstag der I. Internationale, vereint ein Meeting die Teilnehmer der Wissenschaftlichen Session mit der Berliner Bevölkerung im Friedrichstadtpalast. Den Vorsitz führt Walter Ulbricht. Nachdem neun Genossen aus verschiedenen Ländern gesprochen haben, sagt er im Schlußwort: „Einheit, geboren aus der gemeinsamen theoretischen und weltanschaulichen Grundlage des Marxismus-Leninismus, das war und ist die Quelle aller Erfolge der kommunistischen Weltbewegung. Einheit der Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte, das war und ist auch die Quelle der Erfolge unserer Deutschen Demokratischen Republik.“

Oktober 1964 Eine Würdigung außerordentlicher Verdienste um die Erhaltung
Auszeichnung des Friedens, um die Verständigung und Freundschaft der Völker,
mit dem für die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und
„Großen Stern die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation ist der „Große
der Stern der Völkerfreundschaft“ in Gold, der Walter Ulbricht am
Völker- 5. Oktober 1964 verliehen wird. Die Auszeichnung überreicht der
freundschaft“ Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, am Vorabend des
15. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik im neuen
Amtssitz des Staatsrates.

Zwei Tage zuvor haben die Bauarbeiter an Walter Ulbricht den symbolischen goldenen Schlüssel für das schöne und moderne Gebäude am Berliner Marx-Engels-Platz übergeben. Die Vorderfront des Hauses erhält durch das rekonstruierte Eosanderportal des ehemaligen Berliner Schlosses einen besonderen Akzent: Vom Balkon dieses Portals rief am 9. November 1918 Karl Liebknecht die sozialistische deutsche Republik aus.

Der Amtssitz des Staatsrates wird das neue Gesicht des Berliner

Stadtzentrums mitbestimmen, das gerade im Entstehen begriffen ist. Die Pläne und Entwürfe seiner Neugestaltung vom Brandenburger Tor bis zum Alexanderplatz sind vom Politbüro und dem Ministerrat gründlich mit den Architekten beraten und bestätigt worden.

Für die Architektur und die Architekten nimmt sich Walter Ulbricht immer Zeit. Viele Bauschaffende haben ihn als einen ebenso verständnisvollen wie kämpferischen Freund und Berater kennengelernt, der ihren Blick auf die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge lenkt und so die Entwicklung der neuen, der sozialistischen Baukunst fördert. Dabei mißt er den Wohnbauten, aber auch der Gestaltung der Stadtzentren große Bedeutung zu. Es geht ihm darum, historische Plätze, Straßen, Baudenkmäler, die erhaltenswert sind, in die neue Konzeption einzubeziehen. Vor allem aber gilt es, diese Stadtzentren anziehend und großzügig zu planen und zu gestalten, damit sie Ausdruck der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung werden. Den Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt betrachtet Walter Ulbricht als eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, und er verfolgt das weitere Fortschreiten stets mit Aufmerksamkeit.

Der Amtssitz des Staatsrates wird gleich nach der Übernahme am 3. Oktober mit einer festlichen Staatsratssitzung seiner Bestimmung zugeführt. Die Werktätigen geben Rechenschaft über hervorragende Leistungen im sozialistischen Wettbewerb zum 15. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik. Anschließend besichtigen Gastgeber und Gäste das Gebäude, das Schlichtheit, künstlerische Gestaltung und Großzügigkeit in sich vereinigt und die Republik würdig repräsentiert.

Zu den ersten ausländischen Gästen, die im neuen Amtssitz empfangen werden, gehören die Gratulanten aus über 40 Ländern der Erde, die den 15. Geburtstag der Republik zu einem Fest der Völkerfreundschaft machen.

Leonid Breshnew, der die Partei- und Regierungsdelegation der Sowjetunion leitet, erklärt auf dem Festakt in Berlin: „Die Kommunisten der Sowjetunion, das ganze Sowjetvolk wünschen der brüderlichen Deutschen Demokratischen Republik, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ihrem Zentralkomitee mit unserem großen Freund, dem treuen Sohn des deutschen Volkes und hervorragenden Funktionär der kommunistischen Weltbewegung,

Genossen Walter Ulbricht, an der Spitze weitere ruhmreiche Siege im entfalteten Aufbau des Sozialismus, im Kampf für Frieden und Festigung der internationalen Sicherheit.“

Dezember 1964
7. Tagung des ZK

Am Ende des Jahres 1964 ist wieder einmal die Zeit gekommen, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Das 7. Plenum des Zentralkomitees wird einberufen. Doch zuvor werden die dort zu erörternden Probleme noch einmal in der Praxis geprüft und mit den Werktätigen beraten.

Der Kohle- und Energiebezirk Cottbus ist das Ziel einer von Walter Ulbricht geleiteten Arbeitsgruppe des Politbüros und des Ministerrates. Zwei Tage lang werden dort mit Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären, mit den Arbeitern und Arbeiterinnen des Kombines Schwarze Pumpe und anderer Betriebe der erreichte Stand und die weitere Entwicklung bis 1970 erörtert. Bei allen Projekten für die Zukunft, beim Aufbau der Bezirkshauptstadt wie bei der Rationalisierung der Betriebe ist jedoch die Frage Walter Ulbrichts und der anderen Mitglieder der Arbeitsgruppe: Habt ihr dabei an die Menschen gedacht? Arbeiterversorgung, Dienstleistungen, Wohnungsbauvorhaben werden daraufhin geprüft. Die Menschen sollen sich wohl fühlen, sollen Freude an der Arbeit, an ihrer Wohnung, ihrer Freizeit haben, betont Walter Ulbricht, denn ihren Interessen dient ja schließlich alles Bemühen um die Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems.

Ausführlich wird dann auf der 7. Tagung des Zentralkomitees beraten, mit welchen Ergebnissen die Beschlüsse des VI. Parteitages bisher durchgeführt, welche neuen Aufgaben zu lösen sind.

Im Schlußwort faßt Walter Ulbricht die wichtigsten Erkenntnisse zusammen. Er beschäftigt sich besonders mit den Konsequenzen, die sich aus der technischen Revolution für den ökonomischen Wettkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ergeben. Er ist kein Freund der Schönfärberei. Darum sagt er: Wir müssen feststellen – ob uns das gefällt oder nicht – daß in den letzten fünf bis acht Jahren große kapitalistische Konzerne (mit Hilfe der staatsmonopolistischen Regulierung) den Prozeß der technischen Revolution mit Erfolg zu meistern verstanden. Sie haben sie vor allem ausgenutzt zur Steigerung der Masse des Profits, zur Erhöhung der Profitrate, zur gewaltigen Ausdehnung der erweiterten Reproduk-

tion, die es ihnen gestattete, die neue Technik im großen Maßstab einzuführen.

Das sind harte Tatsachen, auch wenn nicht übersehen wird, daß die technische Revolution auf weite Sicht die antagonistischen Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus verschärfen muß. Walter Ulbricht arbeitet einen wichtigen Zusammenhang heraus: Es genügt nicht nur, die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik zu besitzen; man muß auch die Fähigkeit und die Mittel haben, um diese Erkenntnisse durch große Investitionen in der Wirtschaft praktisch zu realisieren. Seine Schlußfolgerung ist eindeutig: Die sozialistischen Länder müssen gemeinsam Herren der wissenschaftlich-technischen Revolution werden. Sie müssen die damit verbundenen Probleme so meistern, daß die Moskauer Beschlüsse von 1960 in vollem Umfang durchgeführt werden können.

Zugleich werden die Auswirkungen untersucht, die die wissenschaftlich-technische Revolution auf den Inhalt und die Methoden der Führungstätigkeit hat. Die Führungstätigkeit der Partei und der Regierung muß gleichfalls den Anforderungen entsprechen, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution aufgeworfen werden. Walter Ulbricht kann feststellen: Das Kollektiv der Parteiführung hat die richtigen Lehren gezogen. Die Kollektivität der Führung kommt gerade darin zum Ausdruck, daß die Hauptprobleme auf wissenschaftliche Weise, sachlich und frei von Subjektivismus, unter persönlicher Mitarbeit und Verantwortlichkeit jedes Mitgliedes des Führungskollektivs rechtzeitig und kühn behandelt und gemeinsam entschieden werden.

In der Arbeit der Parteiführung wächst der Anteil der Entscheidungen perspektivischen und koordinierenden Charakters. Die Kollektivität der Führung hat also einen echten Inhalt. Sie ist kein Deckmantel für die Beschäftigung mit Nebensächlichkeiten, für die Vergeudung von Kraft und Zeit oder für das Abschieben der Verantwortung.

In diesem Zusammenhang setzt sich Walter Ulbricht polemisierend mit dem Klassengegner auseinander, der für die Deutsche Demokratische Republik Liberalisierung und Dezentralisierung fordert. Walter Ulbricht erinnert an das richtige Verhältnis von Zentralismus und Demokratie. Wenn die Hauptfragen gar nicht herausgefunden oder ihre Beratung und Entscheidung verschleppt werden,

wenn es keine einheitliche und verbindliche Zielsetzung für das große Kollektiv gibt, dann können keine bedeutenden Leistungen vollbracht werden. Sozialistische Demokratie und schöpferische Initiative der Werktätigen können sich nur dann voll entfalten, wenn die Hauptfragen ihrer Bedeutung entsprechend behandelt und entschieden werden.

Erfolgreiche Außenpolitik

Wann immer Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik zu Staatsbesuchen in befreundete Länder fahren, ist es ihr oberstes Ziel, den Frieden zwischen den Völkern zu festigen und die europäische Sicherheit zu fördern, die von den westdeutschen Atomwaffenplänen bedroht wird. Diesem Ziel galten im Jahre 1964 sowohl die Reise in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wie auch die Freundschaftsbesuche der von Walter Ulbricht geleiteten Partei- und Regierungsdelegationen in der Ungarischen Volksrepublik im Mai und in der Volksrepublik Bulgarien im September. In den dabei geführten Verhandlungen wurde die volle Übereinstimmung der Partner bekräftigt: Die Revancheforderungen der westdeutschen Monopole und Militaristen, die die Grenzen ändern und ihre Armee mit Kernwaffen ausrüsten wollen, bedrohen ernsthaft den Frieden; nur die friedliche Koexistenz, die Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kann dem Frieden dienlich sein.

Alle diese Reisen und andere Begegnungen zeigen den westdeutschen Machthabern, daß ihre Versuche gescheitert sind, die sozialistischen Länder – etwa mit Hilfe von Handelsbeziehungen oder auf andere Weise – zu entzweien. Besonders die Tatsache, daß Walter Ulbricht im Anschluß an die Bulgarienreise dem jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito einen persönlichen Besuch abstattet, bei dem unter anderem der Austausch von Partei- und Regierungsdelegationen vereinbart wird, veranlaßt die Westpresse zu elegischen Tönen über die immer mehr zerbröckelnde Hallstein-Doktrin.

Februar/März 1965
*Staatsbesuch
in der VAR*

Zur lauten Klage jedoch erheben sich die gleichen Stimmen, als Walter Ulbricht auf Einladung Präsident Gamal Abdel Nassers der Vereinigten Arabischen Republik einen Staatsbesuch abstattet. Da jammert das Springer-Blatt „Die Welt“: „Die Bundesrepublik steht vor ihrer schwersten außenpolitischen Niederlage. Und nicht nur sie. Getroffen werden auch die Verbündeten, die Vereinigten Staaten vor allem, deren Position am Nil ohnehin angeschlagen ist.“

Daß seine Reise dem Ziel dient, die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Arabischen Republik zu vertiefen und Gedanken und Erfahrungen über gemeinsam interessierende internationale Probleme auszutauschen, unterstreicht Walter Ulbricht in einem Interview, das die führende Kairoer Zeitung „Al Ahram“ am Tag vor seiner Ankunft veröffentlicht. Er erklärt: „Die VAR ist ein blockfreier Staat. Dieser Position entspricht ihr Bemühen, zu beiden deutschen Staaten normale Beziehungen zu pflegen. Wir stellen an die Regierung der VAR nicht das Ansinnen, ihre Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik abubrechen oder auch nur zu verschlechtern... Wir begrüßen aber mit Dankbarkeit die Hilfe, die uns die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik bei dem Bemühen um die Lösung unserer nationalen Probleme erweist, indem sie mit Nachdruck für die Sicherung des Friedens, für Abrüstung, für eine deutsche Friedensregelung und für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa, Afrika und anderen Teilen der Welt eintritt.“

Die Zeitung „Al Akhbar“ leitet eine ausführliche Biographie des erwarteten Gastes mit den Worten ein: „Walter Ulbricht ist trotz seiner 72 Jahre jung geblieben und arbeitet mit der gleichen Vitalität und dem gleichen Enthusiasmus für den Frieden und die Beseitigung aller Formen des Kolonialismus und der Ausbeutung wie in den Tagen seiner ersten Jugend.“

So umgeben Sympathie, Jubel und Begeisterung der Bewohner des Landes am Nil Walter Ulbricht, seine Gattin und die ihn begleitenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik von Anfang bis Ende der einwöchigen Reise. Herzlich heißt Gamal Abdel Nasser beim großen Empfangszeremoniell auf dem Kairoer Hauptbahnhof seinen Gast als erstes deutsches Staatsoberhaupt auf ägyptischem Boden willkommen.

Nach ersten freundschaftlichen Gesprächen führt die Reise ins Landesinnere. Dabei erweist sich Walter Ulbricht als guter Kenner von Land und Leuten sowohl der Gegenwart als auch der Vergangenheit, ob im Textilkombinat Shebin el-Kom, das zum größten Teil mit DDR-Maschinen ausgerüstet ist, am gewaltigen Assuan-Staudamm, der in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entsteht, oder vor den Altertümern von Luxor auf dem Boden des alten Theben, bei den Pyramiden von Giseh, in der Befreiungsprovinz oder in der Heldenstadt Port Said. Er wird nicht müde, immer wieder andere Denkmäler einer großen Vergangenheit und immer wieder neue Zeugnisse der Schöpferkraft des heutigen, des befreiten ägyptischen Volkes kennenzulernen.

Wieder bewundern seine Begleiter die Spannkraft des 72jährigen, und noch lange nachher erzählt man sich beeindruckt die folgende kleine Geschichte: Die Sehenswürdigkeiten von Luxor werden bei brütender Sonne und einer Temperatur von über 30 Grad besichtigt. Die Entfernungen zwischen den Tempeln und Grabmälern sind nicht gering, und die Gäste haben schon einiges hinter sich. Deshalb wird Walter Ulbricht gefragt, ob er nicht lieber mit dem Wagen weiterfahren wolle. Der Frager erhält die klassische Antwort: „Was nicht mehr als zehn Kilometer ist, zählt nicht. Das gehen wir zu Fuß.“

Beim Besuch im kleinen Haus des Fellachen Hamed Rashid in der Befreiungsprovinz und bei anderen Begegnungen mit ägyptischen Arbeitern und Bauern zeigt sich Walter Ulbrichts in jahrzehntelanger revolutionärer Praxis erworbene Fähigkeit, sich auf die verschiedensten Menschen einzustellen und ihre Probleme zu verstehen. Auch Präsident Gamal Abdel Nasser sucht bei dem erprobten Revolutionär gelegentlich Rat für die weitere fortschrittliche Entwicklung seines Landes. So taucht in einem der freundschaftlichen Gespräche auch die Frage auf, wie Gewerkschaften organisiert und aufgebaut werden. Walter Ulbrichts Antwort weist auf die wichtigste Grundlage für diese Arbeit hin: die Massenbasis im Volk zu schaffen. Jeder Schritt nach vorn, auf welchem Gebiet auch immer, kann nur von Dauer sein, wenn er mit dem Volk und durch das Volk getan wird.

Inhaltsreich und vielseitig sind die jeweils mehrstündigen offiziellen Gespräche mit Präsident Gamal Abdel Nasser. Sie werden in der herzlichen Atmosphäre geführt, von der die ganze Reise ge-

prägt ist. Die beiden Staatsmänner tauschen Ansichten über Wege zur Sicherung des Weltfriedens, zur Abrüstung, zum Verbot von Massenvernichtungsmitteln, zur Errichtung von kernwaffenfreien Zonen, zu den Fortschritten auf dem afrikanischen Kontinent und zur Israelfrage aus.

Das Ergebnis wird in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten, der ersten wiederum, die beim Besuch eines ausländischen Staatsoberhauptes in der Vereinigten Arabischen Republik von Präsident Gamal Abdel Nasser unterzeichnet wird. Die Erklärung bekräftigt die Freundschaft und die Treue beider Seiten „in der Verfolgung einer konsequenten Politik des Friedens, der Entspannung und der Freundschaft unter den Völkern auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz“. Beide Seiten verurteilen die aggressiven Pläne des Imperialismus und unterstützen das Universalitätsprinzip der Vereinten Nationen als wesentlich für deren wirksame Rolle bei der Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit.

Mit temperamentvoller Herzlichkeit verabschiedet schließlich die Bevölkerung der Heldenstadt Port Said ihren Gast Walter Ulbricht. Auch Lotte Ulbricht, die auf der Reise die Sympathien der ägyptischen Frauen und Mädchen gewonnen hat, gelten die freundschaftlichen Grüße.

Die gemeinsame Erklärung der Deutschen Demokratischen Republik und der Vereinigten Arabischen Republik und die drei während der Reise geschlossenen Abkommen über wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit finden in der Welt außerordentliche Beachtung. Die „New York Times“ stellt fest, „daß die ostdeutsche Regierung einen großen Durchbruch in ihrem Verhältnis zur nichtpaktgebundenen Welt erzielte“. Und die westdeutsche Nachrichtenagentur dpa gibt zu, der Staatsbesuch habe die Deutsche Demokratische Republik „endgültig zu einem politischen Faktor gemacht, der in Kairo den Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik bedroht“. „Ulbricht gewann mit seiner Reise nach Kairo eine Schlacht“, kommentiert die „Rheinische Post“.

Doch soviel auch ihre Feinde lamentieren, die Deutsche Demokratische Republik schreitet ruhig und stetig auf ihrem Weg voran. Ihre Staatsdoktrin, die Walter Ulbricht am 5. Mai 1965 vor der Volkskammer entwickelt, gipfelt in der ständigen Sorge dafür, daß

nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht; ihre Grundlagen sind Frieden, Demokratie, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung. So festigt der deutsche Friedensstaat weiter seine internationale Autorität.

Das wird auch in der Folgezeit bestätigt durch den jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz Tito, der im Juni der Einladung Walter Ulbrichts zu einem Staatsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik folgt. Ein Jahr danach, im September 1966, stattet Walter Ulbricht seinen Gegenbesuch in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ab.

Solide Macht und gute Waffen

8. Mai 1965
*20. Jahrestag
der Befreiung*

„Mit gutem Gewissen können wir, liebe Genossen und Freunde, heute, zum 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus vor dem eigenen Volk und vor der Welt Rechenschaft ablegen und beweisen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik das Vermächtnis der Antihitlerkoalition erfüllt wurde.“ Mit diesen Worten leitet Walter Ulbricht am 6. Mai 1965 die Ehrung verdienter Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion, von Aktivisten der ersten Stunde, unter ihnen Trümmerfrauen der ersten Nachkriegsjahre, ein. Aus seiner Hand empfangen sie hohe staatliche Auszeichnungen. Zuvor ist er selbst ausgezeichnet worden. Die erste Ehrenspange zum Vaterländischen Verdienstorden in Gold, die zu diesem feierlichen Anlaß erstmalig verliehen wird, überreicht der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, dem Mann, der vor 20 Jahren an der Spitze der Aktivisten der ersten Stunde stand, Walter Ulbricht. Unter den elf weiteren Persönlichkeiten, die dieses Ehrenzeichen erhalten, ist auch seine langjährige Kampfgefährtin Lotte Ulbricht.

Gemeinsam mit vielen Freunden aus der Sowjetunion und anderen Ländern begeht die Deutsche Demokratische Republik den 20. Jahrestag der Befreiung als ein Fest der Freundschaft und der Lebensfreude.

Bald darauf, zu Pfingsten 1965, wird Magdeburg zum Treffpunkt der Jugend aus Ost und West. 900 Jungarbeiter aus der Bundesrepublik und aus Westberlin treffen mit 200 Jugendlichen der Deutschen Demokratischen Republik zum VII. Deutschen Arbei-

terjugendkongreß zusammen. Während der Feiertage weilt Walter Ulbricht in ihrer Mitte. Obwohl ein paar Tage Erholung für ihn sehr angebracht wären, läßt er es sich nicht nehmen, auf dem Kongreß die Fragen der westdeutschen Jungarbeiter zu beantworten. Es ist eine Freude, die jungen Mitglieder des Präsidiums und die Redner zu beobachten: junge intelligente Menschen, aufgeschlossen und doch konzentriert, offen und ehrlich in ihren Äußerungen. Unter den westdeutschen Teilnehmern sind neben Jungarbeiterinnen und -arbeitern verhältnismäßig viele Oberschüler und Studenten. Die meisten Diskussionsreden sind präzise und kurz und enthalten eine klare Aussage.

Dann spricht Walter Ulbricht. Die Zuhörer werden von seiner größtenteils frei vorgetragenen Rede bald mitgerissen. Besonders imponiert ihnen der klare klassenmäßige Standpunkt, der jedem Argument zugrunde liegt. Seine Rede wird häufig von Beifall unterbrochen, sie ist ein voller Erfolg. Und doch muß gesagt werden: Was in der Pause geschieht, ist nicht minder interessant.

Walter Ulbricht verläßt den Kongreßsaal, um frische Luft zu schöpfen. Im Handumdrehen ist er von Dutzenden westdeutscher Jugendlicher umringt. Es entsteht ein beinahe lebensgefährliches Gedränge. Keine Nadel könnte zu Boden fallen. Die jungen Westdeutschen wollen nicht etwa nur einmal Ulbricht aus der Nähe sehen, nein, jeder will mit ihm reden, will seine Argumente an den Mann bringen.

Fragen und Antworten fliegen hin und her. Im Grunde herrscht Übereinstimmung. Kameradschaftlich hilft Walter Ulbricht einem jungen Hannoveraner, der in den westdeutschen Bauern die schlimmsten Feinde der Arbeiter sieht, von der Position des Sektierers und Radikalinskis herunter. Dann schwankt die Stimmung zwischen Mitleid, Heiterkeit und Schadenfreude, als Walter Ulbricht einen jungen westdeutschen Christen, der die Position Adenauers zu popularisieren sucht, nach allen Regeln der Kunst widerlegt.

Gerade dieser spontane und ungezwungene Wortwechsel trägt erheblich dazu bei, falsche Vorstellungen über die Deutsche Demokratische Republik und ihre führenden Vertreter zu beseitigen, die selbst noch bei politisch denkenden Jugendlichen aus Westdeutschland vorhanden sind. Im Zwiegespräch resümieren zwei westdeutsche Oberschüler diese neue Erfahrung: In der Bundesrepu-

blik sind derartige Gespräche zwischen Jugendlichen und Staatsmännern kaum denkbar.

Einige Zeit nach Pfingsten besucht Walter Ulbricht die 13. Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg. Er würdigt in einer Ansprache mit 1700 Genossenschaftsbauern, Landarbeitern, Wissenschaftlern und Ingenieuren die erfolgreiche zwanzigjährige Bündnispolitik zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft.

Dann behandelt er nach kollektiver Beratung im Politbüro die neuen Fragen der Landwirtschaft. Sorgsam führt er die Genossenschaftsbauern an das nächste Problem heran, an die komplexe Leitung der Landwirtschaft. Dabei warnt er davor, den Bauern Sprünge in der Entwicklung zuzumuten, die sie nicht übersehen können, und kritisiert die Praxis, Entscheidungen vom grünen Tisch aus zu treffen.

Hier zeigt sich einmal mehr, daß Walter Ulbricht zu einem großen Realisten herangereift ist, der erst nach genauer Analyse der Wirklichkeit den nächsten wesentlichen Schritt unternimmt. Nach dem bedeutenden Aufschwung, den die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in den Jahren 1963 und 1964 genommen haben, wollen etliche Genossen voller Freude und Arbeitslust neue Erfolge vorbereiten, indem sie durch zentrale Maßnahmen, von oben her, Kooperationsgemeinschaften und landwirtschaftliche Großanlagen zu organisieren beginnen. Ihnen hält Walter Ulbricht seine These entgegen: Jeder kommende Schritt in der Landwirtschaft muß ganz demokratisch mit den Bauern gemeinsam getan werden. Laßt die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern nachdenken; laßt sie selber rechnen; laßt sie selber entscheiden, welchen nächsten Schritt sie tun wollen, um die genossenschaftliche Großproduktion mit höchstem Nutzeffekt zu organisieren.

Diese Mahnung findet fruchtbaren Boden. Seitdem wird größter Wert auf eine kontinuierliche schrittweise Entwicklung in der sozialistischen Landwirtschaft gelegt. Die Staatsmacht schafft Modelle und Vorbilder der sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion. Sie zeigt den Bauern den Weg zu diesem Ziel und gibt ihnen alle erforderliche Hilfe und Anleitung. Zugleich aber überläßt sie ihnen die Entscheidung darüber, mit welchen Schritten sie diesen Weg zurücklegen wollen.

Dieses typische Merkmal der Landwirtschaftspolitik, das auf Walter Ulbricht zurückgeht, hat neben anderen eine wichtige Wirkung:

Es fördert die Initiative der Genossenschaftsvorstände und -vorsitzenden in hohem Maße. Das erklärt auch, warum schon so bald die große Mehrheit aller leitenden Kader der Landwirtschaft aus dem Kreise der fortgeschrittenen Genossenschaftsbauern selbst heranwächst.

Die Militärpolitik war und ist ein integrierender Bestandteil der Gesamtpolitik von Partei und Staat. Walter Ulbricht wendet ihr zu jeder Zeit die gebührende Aufmerksamkeit zu. Auch hier ist die Kontinuität seiner Arbeit bemerkenswert. Sie zeigt sich im Nationalen Verteidigungsrat ebenso wie auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages, deren letzte im Januar 1965 eine Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit angeregt hat. Sie zeigt sich aber auch in dem Interesse, das der Erste Sekretär des Zentralkomitees und Vorsitzende des Staatsrates der Ausbildung und Ausrüstung der Nationalen Volksarmee entgegenbringt.

Es vergeht kein Jahr, in dem er nicht eine militärische Einheit besucht, um sich im persönlichen Gespräch mit Soldaten und Offizieren und durch Augenschein davon zu überzeugen, ob die fortgeschrittensten Methoden der Landesverteidigung gemeistert werden, ob die Kader im sozialistischen Geist erzogen und dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend ausgebildet werden. Und es ist schon zur Tradition geworden, daß im Herbst die Absolventen der Militärakademie „Friedrich Engels“ und Offiziere der Nationalen Volksarmee, die an sowjetischen Akademien studiert haben, im Amtssitz des Staatsrates von Walter Ulbricht empfangen werden.

Der moderne sozialistische Offizier verkörpert die Einheit von politischer und militärischer Führung; seine wichtigsten Charaktereigenschaften sind Treue zur Partei, enge Verbundenheit mit dem Volk und gründliche militärische Kenntnisse – dieses Leitwort gibt Walter Ulbricht im Herbst 1965 den künftigen Kommandeuren, Polit- und Stabsoffizieren und Technikern mit auf den Weg.

Dieser Absolventenempfang findet unmittelbar vor dem großen Herbstmanöver „Oktobersturm“ statt. Einige Tage vorher ist nach Beratungen mit den sowjetischen Freunden in Moskau in einem

Oktober 1965

Beim

Herbstmanöver

„Oktobersturm“

gemeinsamen Kommuniqué festgestellt worden: Die Bonner Atomrüstung zu verhindern wird zu einer Schlüsselfrage im Kampf um Sicherheit und Frieden. Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betonen ihre Entschlossenheit, die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland zu gewährleisten.

Das wird nun nahe der Grenze zu Westdeutschland machtvoll demonstriert: Der Thüringer Raum ist vom 16. bis 22. Oktober Schauplatz des gemeinsamen Manövers, an dem Truppen der DDR, der UdSSR, Volkspolens und der ČSSR beteiligt sind.

Vor Beginn der Kampfhandlungen empfängt Walter Ulbricht in Erfurt den Oberkommandierenden der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion Andrej Gretschnko, und den Oberkommandierenden der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Pjotr Koschewoi, unter dessen Leitung das Manöver steht. An dem freundschaftlichen Gespräch nehmen der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, Erich Honecker, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, und Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung, teil.

Vom Beobachtungsstand verfolgen dann Walter Ulbricht und seine Begleiter sowie die anwesenden Verteidigungsminister und hohen Militärs sozialistischer Staaten voller Aufmerksamkeit und bald mit hoher Anerkennung die Operationen der verbündeten Armeen.

In den Manöverpausen gibt es immer wieder herzliche Begegnungen mit den Soldaten und Offizieren aus den vier Bruderländern und mit der Bevölkerung des Manövergebietes, die ihre uniformierten Gäste aus nah und fern mit Gastfreundschaft umgibt und so auf ihre Weise zum Gelingen des Manövers beiträgt.

Am 22. Oktober kann die Manöverleitung melden, daß die Aufgaben, vor denen die teilnehmenden Streitkräfte bei den Übungen zum Schutz der Grenzen des sozialistischen Lagers standen, vollständig und erfolgreich gelöst wurden. Der angenommene Aggressor, der in einem Überraschungsangriff die Verteidigung der Westgrenze zu durchbrechen suchte, ist bereits am ersten Tage zurückgedrängt und danach auf eigenem Territorium vernichtet worden.

Das bedeutendste Manöver, das je auf deutschem Boden stattgefunden hat – so charakterisiert Walter Ulbricht den „Oktobersturm“ auf einer Großkundgebung der Waffenbrüderschaft in Erfurt. Er hat während dieser Tage manchmal an die Zeit vor mehr als 40 Jahren zurückgedacht, da er selbst einst als Bezirkssekretär der Partei und als Mitglied der KPD-Zentrale in Thüringen wirkte und kämpfte. Nun spricht er aus, was ihn und viele Thüringer heute bewegt:

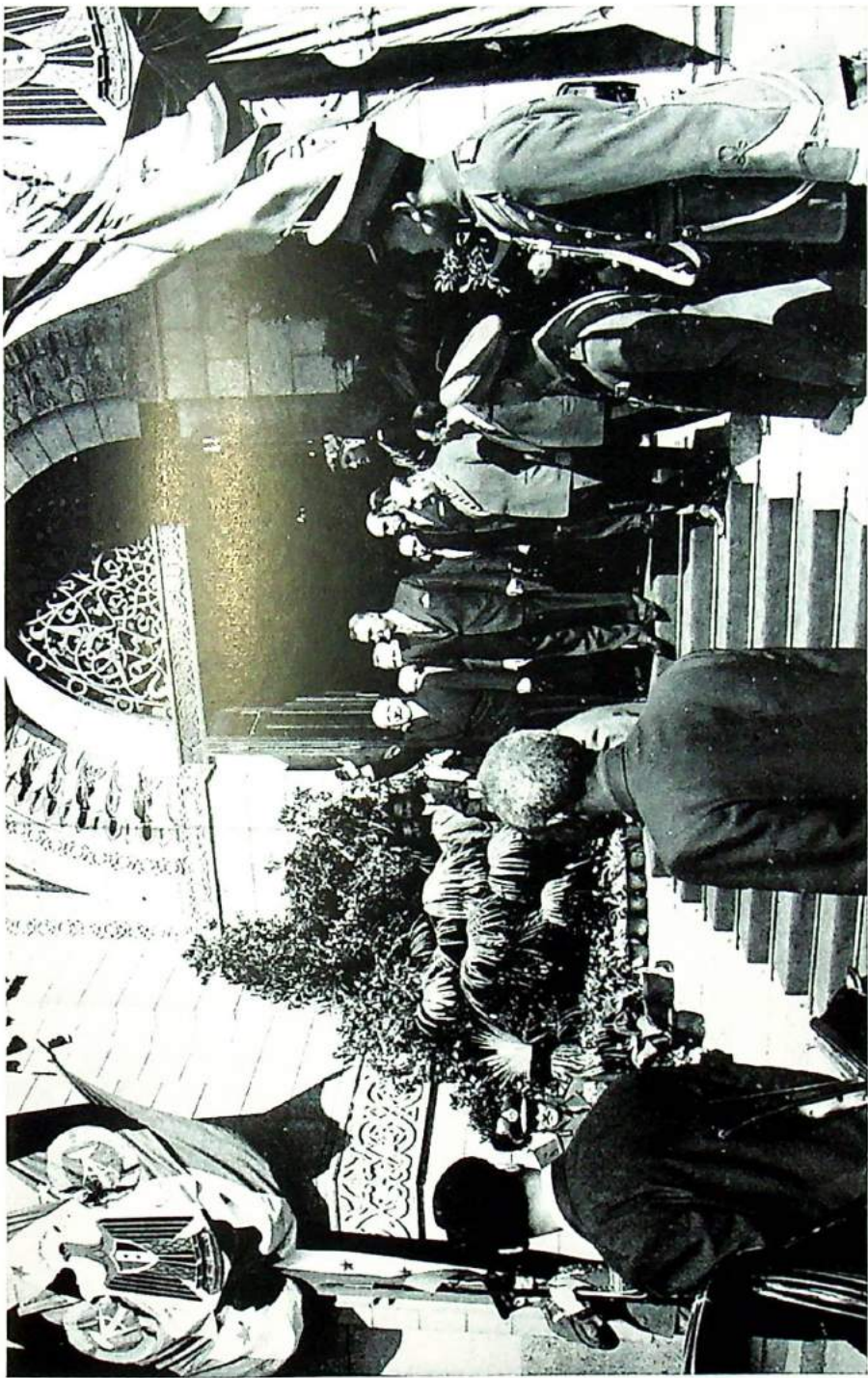
„Die älteren Arbeiter und Bauern können sich erinnern, daß es in Thüringen schon einmal eine Arbeiterregierung gab, im Jahre 1923. Damals war die Einheitsfront der Arbeiterschaft noch nicht gefestigt und erfaßte noch nicht die ganze deutsche Arbeiterklasse. Das Bündnis mit der Bauernschaft war noch schwach, und so konnte die Reichswehr – unterstützt von faschistischen Elementen – diese Regierung beseitigen. Heute jedoch existiert die Deutsche Demokratische Republik, und die Werktätigen haben eine solide Macht und gute Waffen. Sie besitzen eine Nationale Volksarmee, die in Waffenbrüderschaft mit der ruhmreichen Sowjetarmee und den Armeen der sozialistischen Länder des Warschauer Vertrages verbunden ist.

Die Kampfübungen fanden im Erfurter Raum statt, um den westdeutschen Vorwärtsplanern eine ernste Warnung zu geben und vor aller Öffentlichkeit zu demonstrieren: Die Grenzen der sozialistischen Staaten, vor allem der Deutschen Demokratischen Republik, sind durch die mächtigste Militärkoalition der Welt zuverlässig geschützt.“

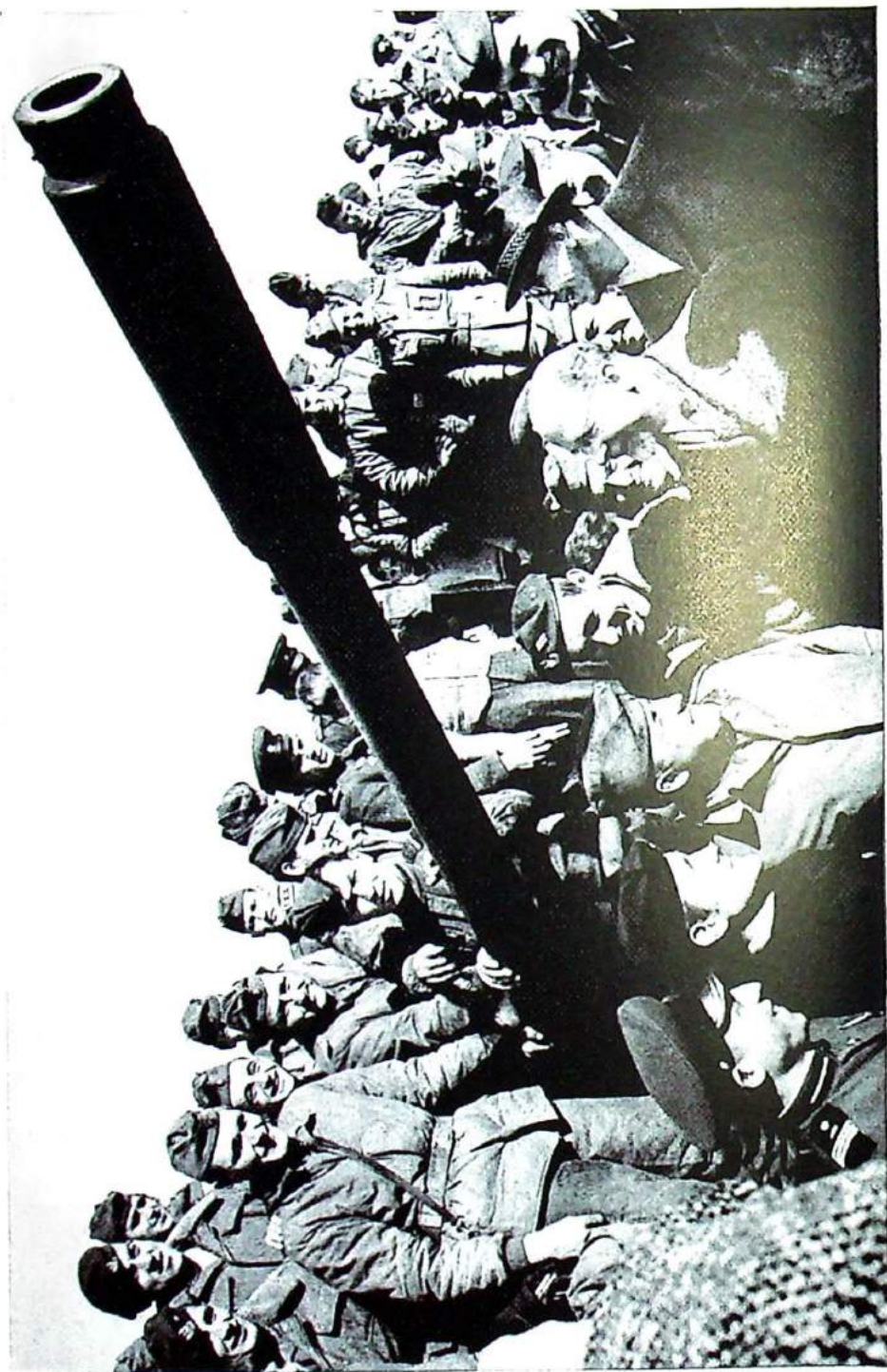
Zielstrebige wissenschaftliche Arbeit

Die Gestaltung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung läßt Walter Ulbricht nicht los. Im Kollektiv der Parteiführung, oft auch mit den Mitarbeitern erörtert er jedes neu auftauchende wesentliche Problem, orientiert er unentwegt auf die inhaltlichen, die ökonomischen, politischen und ideologischen Probleme, die mit der Wirtschaftsreform verbunden sind. So formt sich in seinem Kopf Zug um Zug das Modell der sozialistischen Ökonomie, das Modell des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses im modernen sozialistischen Industriestaat DDR. Dieses Denken in Modellen, diese Arbeit zur Veränderung und Entwicklung der Wirklichkeit in Richtung auf die gedanklich erarbeiteten Modelle, wird immer ausgeprägter und typischer für ihn. Wer seine Reden nach dem VI. Parteitag liest, insbesondere die auf den ZK-Tagungen, wie auf der 5., 7., 9. und 11. Tagung, aber auch viele andere Äußerungen, der kann allein daran schon nachspüren, wie das Modell des neuen ökonomischen Systems im Prozeß der wissenschaftlichen Arbeit Gestalt annimmt und Zug um Zug konkretisiert und präzisiert wird.

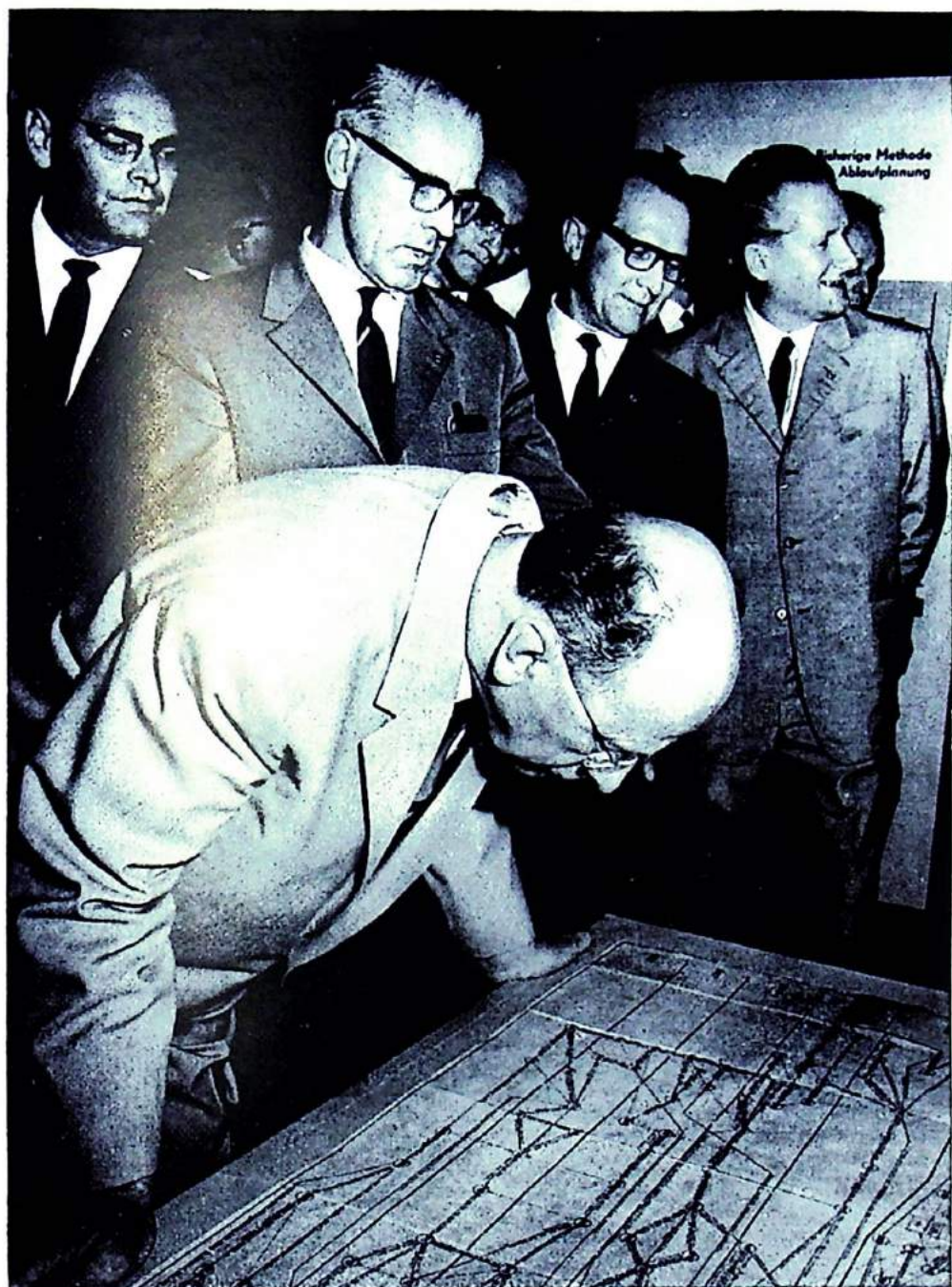
Dezember 1965 Die zweite Etappe der Durchführung des neuen ökonomischen Systems leitet das Zentralkomitee mit seiner 11. Tagung vom 15. bis 18. Dezember 1965 ein. Auf Beschluß des Politbüros wird unter Walter Ulbrichts Leitung ein sehr wichtiges Referat von einem Kollektiv von Genossen aus dem Partei- und Staatsapparat vorbereitet.



Staatsbesuch in der Vereinigten Arabischen Republik – Empfang durch Präsident Nasser am Kairoer Zentralbahnhof – Februar/März 1963



Waffenbrüderschaft im großen Manöver „Oktobersturm“ – Herbst 1965



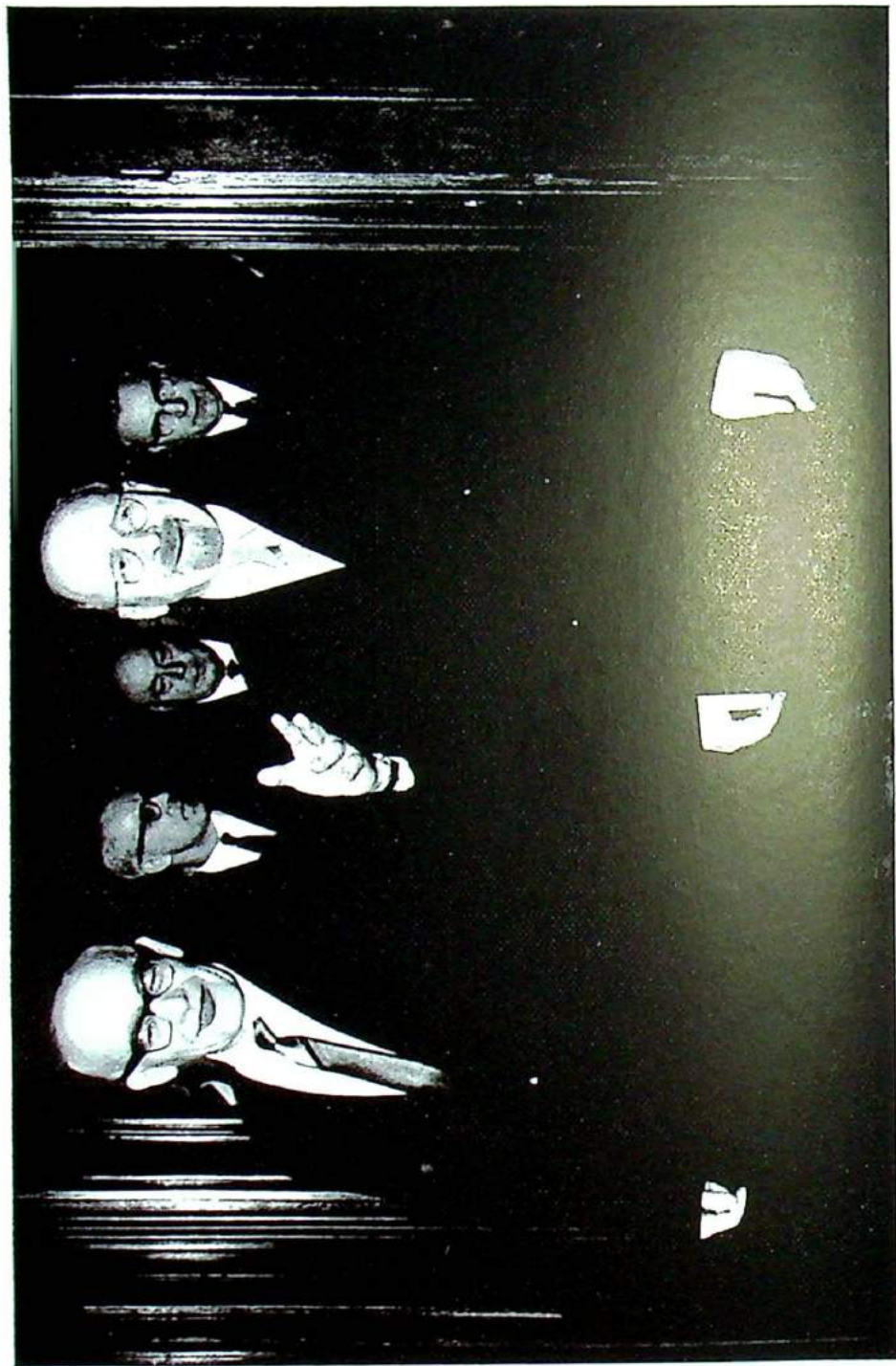
*Ein Schema der Netzwerktechnik wird besichtigt
Konferenz über Fragen der Rationalisierung und Standardisierung in Leipzig - Juni 1966*



*Hochmoderne Chemieanlagen sind in Leuna II entstanden
Eine Arbeitsgruppe des Politbüros besucht den Chemiebezirk – November 1966*



Im Präsidium des VII. Parteitages – Von links nach rechts: Erich Honecker, Leonid Bresnnev, Walter Ulbricht, Kurt Hager, Willi Stopfkuchen



Erfolgreiche Verhandlungen mit den sozialistischen Bruderländern

Beim Partei- und Staatsbesuch in der Volksrepublik Polen: Vladislav Gornulka, Walter Ulbricht (vorn), Willi Stopb, Jozef Cyrankiewicz, Edvard Oebab (hinten) - März 1967



50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Die Mitglieder der Partei- und Regierungsdelegation der DDR auf dem Roten Platz – November 1967

Von links nach rechts: Erich Honecker, Horst Sindermann, Lotte Ulbricht, Walter Ulbricht, Erich Mielke, Willi Stopf, Günter Mittag, Friedrich Ebert



Vorsitzender der Kommission der Volkskammer zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der DDR - 1967/1968

Bedeutende Fortschritte sind schon erzielt worden. Die schöpferische Initiative der Werktätigen und die Qualität der Führungstätigkeit in den Betrieben, den Vereinigungen volkseigener Betriebe, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und den staatlichen Organen sind wesentlich gewachsen. Dennoch harren noch wichtige Fragen ihrer Lösung.

Jetzt geht es um eine hohe Qualität der Wirtschaftsplanung, um die Funktionen der Staatlichen Plankommission, der Ministerien und der VVB auf dem Gebiet der Planung und um die Methoden der sozialistischen Ökonomik.

„Etwas vereinfacht möchte ich das Problem so beschreiben“, sagt Walter Ulbricht dazu. „Wir haben ganz gut gelernt, die Interessen der VVB, der Betriebe und ihrer Belegschaften mit den Interessen der Gesellschaft, wie wir sie gegenwärtig fixieren können, in Übereinstimmung zu bringen... Wir haben es aber noch nicht vermocht, durch sorgfältige und tiefgründige Planung unter den jeweiligen konkreten Bedingungen die Interessen der Gesellschaft in ihrer optimalen Gestalt genau zu ermitteln...“

Der Perspektiv- und Jahresplanung eine neue Qualität zu geben, die neuen Erkenntnisse der ökonomischen Wissenschaften, besonders der Theorie der Volkswirtschaftsplanung, in die Praxis der Planungsorgane zu überführen – das ist das Hauptkettenglied der weiteren Entwicklung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung.

Das objektive Interesse der Gesellschaft, der Bürger unserer Republik in ihrer Gesamtheit, besteht darin, gemeinsam einen höchstmöglichen Zuwachs an Nationaleinkommen zu schaffen und seine zweckmäßigste Verwendung zu sichern...“

Vor den Planungsorganen, insbesondere vor der Staatlichen Plankommission, steht das Problem; die Variante für die Durchführung der technischen Revolution zu berechnen, die einen optimalen Zuwachs an Nationaleinkommen sichert, die also die Quelle für die Weiterführung der technischen Revolution erschließt.“

Die 11. Tagung des Zentralkomitees hat ihre Vorgeschichte. Als es deutlich wird, daß für einige neue Probleme eine prinzipielle Lösung gefunden werden muß, hat Walter Ulbricht im Politbüro vorgeschlagen, eine Reihe verantwortlicher Genossen der Wirtschaft im Anschluß an den Besuch der Ostseewoche zu einer Beratung auf die Insel Vilm einzuladen, um dort, abgeschieden und

in Ruhe, die ernstesten Probleme zu diskutieren. Der Entwurf des Perspektivplanes deckt einige erhebliche Anspannungen und Disproportionen auf, die mit halben Maßnahmen nicht zu meistern sind. Es zeigt sich, daß auch im neuen ökonomischen System eine alte, jetzt immer schädlicher werdende Tradition wirksam ist. Im Hinblick auf ihren Bedarf an Investitionsmitteln treten die Betriebe, die Vereinigungen volkseigener Betriebe und die Industrie- ministerien dem Staat gegenüber als Fordernde auf. Sie stehen nicht unter dem Zwang, diese Mittel selbst zu erwirtschaften. Dadurch entsteht eine Anspannung zwischen Aufkommen und angeblichem Bedarf an Investitionen, die von der Staatlichen Plankommission nicht bewältigt werden kann, zumal ihre Fachabteilungen selbst häufig die Interessen ihres Industriezweiges über die gesamtgesellschaftlichen Interessen stellen.

In der Beratung auf der Insel Vilm werden diese Probleme zu Ende gedacht und die Schlußfolgerungen gezogen. So finden die folgenden Studien und Untersuchungen ihren Niederschlag in den beiden wichtigsten Forderungen der 11. Tagung des Zentralkomitees: Die Betriebe und Vereinigungen volkseigener Betriebe haben künftig die Investmittel eigenverantwortlich auf der Grundlage ihres Planes zu erwirtschaften und auf diese Weise ihre Investitionen zu finanzieren; die Staatliche Plankommission hat ihre Arbeitsweise und auch ihre Struktur so zu ändern, daß optimale Perspektiv- und Volkswirtschaftspläne erarbeitet werden, die den Interessen der Gesellschaft voll entsprechen.

Von dieser Position aus beantwortet Walter Ulbricht in seiner Rede alle anderen Fragen der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems. Bemerkenswert ist, daß er an der Spitze des Referates die ideologischen Probleme behandelt.

„Partei ergreifen für das Neue und lernen“, heißt seine Aufforderung. Und er zeigt den Genossen am Beispiel, wie gelernt werden muß, die gesellschaftlichen Zusammenhänge voll zu berücksichtigen. Er erwähnt einige Genossen der Industrie, die noch nicht die volle Bedeutung der modernen intensiven Landwirtschaft für unseren Staat und unsere Politik begreifen.

In der Tat: In den Jahren 1964 und 1965 kann die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik erheblich besser und kontinuierlicher mit Fleisch, Milchprodukten, Eiern und Gemüse versorgt werden als in den Jahren zuvor. Viel Anlaß für politi-

sehen Ärger ist damit beseitigt. Dem Gegner ist eine weitere Gruppe von Argumenten aus den Händen gerissen worden. Doch dieser Umschlag hat sich für manche Leiter der Industrie auf solchen Sohlen vollzogen, daß sie kaum darüber nachdenken. Walter Ulbricht hingegen verlangt von ihnen gerade jetzt, daß sie durch ihre Tätigkeit die Landwirtschaft ordnungsgemäß mit Kunstdünger, Pflanzenschutzmitteln, Maschinen und Traktoren beliefern, damit kein Rückfall in die alten Versorgungsschwierigkeiten mehr eintreten kann.

Große Reserven sollen durch den volkswirtschaftlich richtigen Einsatz der Investitionen sowie durch die Rationalisierung und Automatisierung erschlossen werden. Walter Ulbricht übt Kritik am Sinken des Zuwachses an Nationaleinkommen, bezogen auf je 1000 Mark Investitionen. Künftig sollen nicht mehr alte Betriebe mit alter Ausrüstung neben neuen Betrieben arbeiten. Die alte, technisch überholte Ausrüstung der Betriebe einfach beizubehalten hieße ernste volkswirtschaftliche Verluste hinnehmen.

So wird ein Problem nach dem anderen aus den Grundthesen der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems abgeleitet. Der Nutzeffekt der Außenwirtschaftsbeziehungen kann ebenfalls beträchtlich erhöht werden, insbesondere dadurch, daß die Vereinigungen volkseigener Betriebe und die einzelnen Werkleitungen veranlaßt werden, ihre Erzeugnisse mit den Weltmarktbedingungen hinsichtlich der Kosten und Preise zu konfrontieren. Walter Ulbricht weist nach, daß die Zeit gekommen ist, die Grundsätze des neuen ökonomischen Systems auch in der örtlichen Wirtschaft anzuwenden.

Es bereitet ihm Freude, daß er nun auch schon von guten Ergebnissen des neuen ökonomischen Systems für den Lebensstandard der Werktätigen sprechen kann. In Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes schlägt das Zentralkomitee der Partei vor, von April 1966 ab jede zweite Woche als 5-Tage-Arbeitswoche durchzuführen. Außerdem soll für die Belegschaften aller Betriebe, die das neue ökonomische System erfolgreich durchsetzen, die Jahresendprämie eingeführt werden, die das Interesse der Werktätigen an den guten Ergebnissen ihres Betriebes stark erhöht.

So wird die Arbeit auf ökonomischem Gebiet bis zum nächsten Parteitag vorgezeichnet.

Immer greifbarere Gestalt nimmt in dieser Zeit das Wort der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an: Der Sozialismus bietet jedem Bürger eine Perspektive.

Vor zehn Jahren wies die 3. Parteikonferenz den Weg, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Mittelschichten durch ökonomische Beziehungen fester zu gestalten. Vor zehn Jahren begannen die ersten privaten Unternehmer mit staatlicher Beteiligung zu arbeiten, heute geht ihre Zahl in die Tausende. Diesen zehnten Jahrestag am 18. März 1966 nimmt der Staatsrat zum Anlaß, eine Gruppe von Komplementären und Leitern von Betrieben mit staatlicher Beteiligung zu einem Empfang zu bitten. Es kommt zu einem lebhaften und interessanten Gedankenaustausch, aus dem alle Beteiligten Nutzen ziehen.

Die Entwicklung hat bestätigt, hebt der Vorsitzende des Staatsrates in seiner Ansprache hervor, daß im Sozialismus jeder Bürger seinen sicheren Platz und eine gute Zukunft hat. Er meint dabei nicht allein die innere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik. Ihn bewegt auch die Frage, wie bestimmte Erfahrungen, die in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR gesammelt wurden, von der Arbeiterbewegung kapitalistischer Länder mit entwickelter Industrie bei einem künftigen Übergang zum Sozialismus mit Nutzen ausgewertet werden könnten.

Die politischen und ökonomischen Grundlagen der Macht der Monopole wurden beseitigt. Das ist die eine lebenswichtige Entscheidung. Wie kann die Arbeiterklasse aber die kleinen und mittleren kapitalistischen Unternehmer und auch die Handwerker aus dem praktischen und geistigen Einfluß der Monopole herauslösen, zumal dann, wenn die in Westdeutschland noch herrschenden Monopole über Jahre hinweg versuchen, diesen sozialen Schichten in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber eine Art politische Fernsteuerung aufrechtzuerhalten? Und wie kann die Arbeiterklasse diesen Kreisen eine echte Perspektive im sozialistischen Aufbau bieten? Walter Ulbricht faßt die Erfahrungen zusammen. Gelingt es, das Volkseigentum zu einer festen und dynamischen Grundlage der sozialistischen Volkswirtschaft zu machen und die ökonomischen Gesetze des Sozialismus richtig auszunutzen, dann können die kleinen und mittleren Unternehmer in dieses System einbezogen werden; dann erhält ihre Bindung zur

sozialistischen Staatsmacht und zur Arbeiterklasse einen neuen Charakter.

So erfaßt das politische Bündnis der Blockparteien auch den Bereich der ökonomischen Tätigkeit dieser Betriebe, und durch die Aufnahme von Beteiligungen des sozialistischen Staates wird ihnen der Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung erleichtert. Engere, kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den volkseigenen Betrieben ist die Folge. Die Eigenschaften, die einen erheblichen Teil der Inhaber, der Komplementäre und Betriebsleiter auszeichnen – qualifizierte Fachkenntnisse, Ideenreichtum und Initiative – werden nun immer besser für die Volkswirtschaft nutzbar gemacht.

Bei diesem Empfang zeigt sich einmal mehr, daß es der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelungen ist, ihre führende Rolle auch in diesem Bereich des politischen und wirtschaftlichen Lebens zu verwirklichen, und daß es ihr immer besser gelingt, mit den Angehörigen dieser sozialen Schicht eine vertrauensvolle und für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit zu erzielen.

Der dritte Beruf

In den Biographien bürgerlicher Politiker ist es allgemein üblich, sich minutiös mit ihrem „Hobby“ zu befassen. Der eine züchtet Rosen, andere wenden Vermögen auf, die wertvollste Briefmarkensammlung der Welt zusammenzubringen, und dergleichen mehr.

Wenn hier über eine besondere persönliche Neigung, ein „Steckenpferd“ Walter Ulbrichts gesprochen wird, so handelt es sich doch keineswegs nur um eine Liebhaberei. Sie spricht vielmehr für die volle Harmonie seiner persönlichen Interessen mit den Interessen der Gesellschaft.

Er bekennt: „Obwohl die ökonomischen Aufgaben ständig im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen, habe ich nicht nur aus politischer Notwendigkeit, sondern auch aus Neigung zur Geschichtswissenschaft mich sehr eingehend mit den Fragen beschäftigt. Die Geschichtswissenschaft ist schon lange sozusagen mein dritter Beruf.“

Die Geschichte, vor allem die Geschichte der Arbeiterklasse, hatte es schon dem jungen Tischler angetan und später viel mehr noch dem führenden Funktionär der revolutionären Partei. Die Reihe seiner eigenen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten hat im Laufe der Jahrzehnte stattlichen Umfang angenommen. Immer wieder ist dabei die Novemberrevolution, dieses für Deutschland so bedeutungsvolle Ereignis nach dem Roten Oktober, für ihn Anlaß gewesen, Lehren für den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung zu ziehen. So sind die in den letzten Kriegsjahren von ihm ausgearbeiteten „Thesen über den Hitlerfaschismus“ eine gründliche

wissenschaftliche Untersuchung und Aussage über den Imperialismus in seinem faschistischen Stadium und die Klassenkämpfe seit der Novemberrevolution; sie begründen zugleich die Notwendigkeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Deutschland.

Hier zeigen sich die Merkmale, die alle Werke Walter Ulbrichts zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes kennzeichnen: Sie gehen von einer tiefen marxistisch-leninistischen Analyse des Kräfteverhältnisses der Klassen aus, beleuchten unter diesem Gesichtspunkt die zurückliegende Entwicklung oder einzelne historische Ereignisse und vermitteln ihre Lehren für die Strategie und Taktik der Partei für die Gegenwart und Zukunft des Volkes. Sie sind damit beispielhaft für die Anwendung des historischen Materialismus in unserer Zeit.

In der Erkenntnis, daß exaktes Wissen um die geschichtliche Entwicklung eine starke bewußtseinsbildende Kraft ist, trachtet Walter Ulbricht nach weiter Verbreitung geschichtlicher Kenntnisse in der Arbeiterklasse, im Volk. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist eine Generation junger marxistischer Geschichtswissenschaftler herangebildet worden, die den Reichtum der Klassiker des Marxismus-Leninismus für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erschließen und dem Volk zugänglich machen. Eine ganze Reihe dieser Historiker ist dabei direkt durch Walter Ulbrichts Schule gegangen.

Die große gemeinsame Arbeit reicht von den „Thesen zur Periodisierung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die nach dem V. Parteitag ausgearbeitet werden, über den „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, der nach monatelanger öffentlicher Diskussion im Sommer 1962 seine Bestätigung durch das Zentralkomitee findet, bis zu dem achtbändigen Geschichtswerk, das zum 20. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erscheint. Diese Arbeit stand und steht unter unmittelbarer Anleitung und richtungweisender Mitarbeit Walter Ulbrichts. In Zeiten angespannter politischer Tätigkeit – wie im Herbst 1961 – wird dafür das Wochenende gewählt.

Mit dem Autorenkollektiv für die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, dessen Vorsitzender er ist, führt er eingehende Beratungen; er liest alle Manuskripte, und das sind immerhin einige tausend Druckseiten. Immer wieder weist er die



Historiker auf ihre Verantwortung hin, mit der Waffe der historischen Wahrheit die antinationale Geschichtskonzeption des Gegners zu zerschlagen, der Partei und dem Volk zu helfen, unter Berücksichtigung der geschichtlichen Lehren die Fragen der Gegenwart besser zu lösen.

Die Kenntnis der Geschichte, die Walter Ulbricht selbst miterlebt und mitgestaltet hat, geht bei ihm bis in kleine Details; er hat gleichsam ihr ganzes Reservoir immer im Kopf parat. Was der Gegner auch unternehmen und als „neue Politik“ deklarieren mag – die Führung der Sozialistischen Einheitspartei läßt sich weder davon erschüttern noch verwirren. Die Kampferfahrungen der Arbeiterbewegung enthalten manche historische Parallele oder decken die Wurzeln gegnerischer Taktik auf.

So zeigt sich, daß genaue Kenntnis der Geschichte die Politik einer marxistischen Partei fördert. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat seit ihrer Gründung unter der Leitung ihres Zentralkomitees an allen entscheidenden Wendepunkten des Klassenkampfes und der Entwicklung des Sozialismus die richtige Politik ausarbeiten können, weil sie die materialistische Geschichtsauffassung beherrscht und stets von den Lehren der Geschichte ausgegangen ist.

Auch in der Zeit nach dem VI. Parteitag zeichnet sich ein solcher Wendepunkt im Klassenkampf ab. Angesichts der bedrohlichen Entwicklung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und seiner Widersprüche in der Bundesrepublik ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands im Interesse des Friedens und der Sicherheit darauf bedacht, der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Kräften Westdeutschlands beim Herausarbeiten einer eigenen demokratischen Alternative jede mögliche Hilfe zu geben. Damit endlich auch in Westdeutschland die Lehren aus zwei Weltkriegen gezogen und die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens verwirklicht werden können, muß die westdeutsche Arbeiterklasse ihre große historische Verantwortung erkennen und jene Rolle wahrnehmen, die ihr als der zur Führung der Gesellschaft berufenen Kraft auch in der Bundesrepublik zukommt. Als schließlich nach den Bundestagswahlen 1965 in Westdeutschland ganz deutlich sichtbar wird, daß die von den rechten sozialdemokratischen Führern betriebene Politik der Anpassung an die CDU bis zu Ende durchexerziert werden soll, und zwar auf Kosten der Werk-

tätigen, wendet sich das Zentralkomitee im Februar 1966 in einem Offenen Brief an die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie.

Die Initiative der Partei verfolgt die Absicht, die Gemeinsamkeit mit den Arbeitern Westdeutschlands und ihren Organisationen, mit allen friedliebenden demokratischen Kräften herzustellen und der westdeutschen Sozialdemokratie zu helfen, den unseligen Weg der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU in die formierte Gesellschaft der Monopole zu verlassen.

Die richtige Politik der Deutschen Demokratischen Republik und die Einschätzung der friedensfeindlichen Konzeption der westdeutschen Imperialisten werden durch den XXIII. Parteitag der KPdSU vollauf bestätigt. Im Rechenschaftsbericht charakterisiert der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breschnew, die Unterschiede in der Politik der beiden deutschen Staaten mit treffenden Worten:

„Die Politiker vom Rhein leben in der Wahnvorstellung, daß, sobald sie die Atombombe erhalten, auch schon die Grenzpfähle umstürzen und sie ihren sehnlichsten Wunsch verwirklichen können: die Karte Europas umzumodeln und Revanche für die Niederlage im zweiten Weltkrieg zu nehmen . . . Auch wenn die westdeutschen Imperialisten den amerikanischen Verbündeten auf die Schultern steigen, werden sie dadurch nicht größer – nur ihr Sturz wird schmerzhafter sein. Den Aggressoren steht jetzt eine so mächtige, unbezwingbare Kraft gegenüber, daß sie nichts anderes erwartet, als ihr eigener Untergang, falls sie sich entschließen sollten, einen Krieg zu entfesseln . . .

Wir schätzen es hoch ein, daß im Zentrum Europas unser Freund und Bundesgenosse, der erste sozialistische Staat der deutschen Werktätigen, die Deutsche Demokratische Republik, auf Friedenswacht steht. Sie hat die friedliebenden und demokratischen Prinzipien des Potsdamer Abkommens in der Praxis verwirklicht, betreibt konsequent eine Friedenspolitik und setzt sich für die Festigung der europäischen Sicherheit ein.“

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko, Verteidigungsminister Rodion Malinowski und andere Diskussionsredner bekräftigen das brüderliche Bündnis mit der Deutschen Demokrati-

März/April

1966

XXIII. Parteitag
der KPdSU

schen Republik gegen die Expansionsbestrebungen der westdeutschen Revanchisten. Auch Ministerpräsident Alexej Kossygin, der eine großartige Bilanz von sieben sowjetischen Fünfjahrplänen zieht und die Direktive für den neuen Plan bis 1970 begründet, warnt die westdeutschen Imperialisten davor, ihren aggressiven Kurs weiter zu verfolgen.

Walter Ulbricht, der die SED-Delegation zum XXIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion geleitet hat, nennt nach seiner Rückkehr als charakteristische Merkmale dieses Ereignisses: die Einheit und die zielbewußte marxistisch-leninistische Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; die wissenschaftliche Leitung von Politik und Wirtschaft und die Entwicklung des Systems der sozialistischen Ökonomie; unentwegtes Wachstum des internationalen Einflusses der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des sozialistischen Weltsystems; grandiose Erfolge im Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand; Anspannung aller Kräfte gegen die Entfesselung eines neuen Weltkrieges.

21. April 1966 Das festliche Ereignis ist lange vorbereitet worden. Im Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der Partei wurden große Leistungen vollbracht; die Mitglieder des Politbüros sprechen dafür auf Festveranstaltungen in Bezirken und Kreisen den Werktätigen Dank und Anerkennung aus.

*20. Jahrestag
der
Sozialistischen
Einheitspartei
Deutschlands*

Die Werktätigen ihrerseits überbringen am 18. April Walter Ulbricht und den anwesenden Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros Erich Honecker, Hermann Matern, Alfred Neumann, Albert Norden, Paul Verner, Herbert Warnke, Georg Ewald, Gerhard Grüneberg, Günter Mittag und Margarete Müller die herzlichsten Glückwünsche zum Jahrestag.

Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Warnke, gibt Rechenschaft über den Wettbewerb, die Vorsitzenden von 15 Gewerkschaften überreichen die Wettbewerbsergebnisse.

Nach herzlichen Dankesworten vollzieht Walter Ulbricht eine symbolische Handlung: Er legt die ersten Exemplare der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in die Hände von Herbert Warnke und von Fritz Voit, LPG-Vorsitzender und Mitglied des

Landwirtschaftsrates der Deutschen Demokratischen Republik. So übergibt er das Werk den Arbeitern, den Bauern, dem ganzen Volk.

„Studierte die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, empfiehlt er auch der Jugend und den Sportlern, die am folgenden Tag ihre Geburtstagsgratulation aussprechen, und er begründet es mit der zugleich beglückenden Feststellung: „Ihr kennt nicht mehr die Zeit des Faschismus und ihr kennt aus eigener Anschauung auch keine kapitalistischen Verhältnisse, keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr.“

Den über 22 000 Mädchen und Jungen, die in den vergangenen Wochen Kandidaten der Partei wurden, und allen anderen Jugendlichen gibt er den Rat mit auf den Weg: „Wissenschaftlicher Sozialismus ist der Kompaß der jungen Generation.“

Auf dem Festakt, der am 21. April in Berlin stattfindet, zieht Walter Ulbricht in einer programmatischen Rede die gute Bilanz der zwei Jahrzehnte; aus der historischen Erfahrung der zwei revolutionären Umwälzungen in der Deutschen Demokratischen Republik zeichnet er den Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen vor. Er sagt offen, daß noch ein langer Kampf der friedliebenden demokratischen Deutschen gegen die reaktionären militaristischen Kräfte Westdeutschlands geführt werden muß. „Bevor also nicht in Westdeutschland durch grundlegende innere Veränderungen die im Potsdamer Abkommen festgelegten Voraussetzungen für eine friedliche Politik geschaffen sind, ist auch eine friedliche Lösung der deutschen Frage und eine Vereinigung der deutschen Staaten unmöglich.“

Die Deutsche Demokratische Republik, so betont er, werde ihre Friedenspolitik fortsetzen und den Aufbau des Sozialismus vollenden, unabhängig davon, wie die Entwicklung in Westdeutschland weitergeht. Doch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Initiative zur Verständigung der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten ergriffen, weil ohne den gemeinsamen Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus kein einziger Schritt auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen gegangen werden kann.

Anfang Juni 1966 wird ein Brief Walter Ulbrichts an den westdeutschen Philosophen Karl Jaspers veröffentlicht. Er macht deutlich, daß sich die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-

lands angestrebte Verständigung nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern sich auch auf Wissenschaftler und andere Kreise der Intelligenz bezieht. Auf den Inhalt des Briefes soll hier nicht weiter eingegangen werden. Die Tatsache selbst möge aber zeigen, wie Walter Ulbricht neben den Lehren aus der Geschichte auch die neuesten Informationen aufnimmt und sie anzuwenden versteht. Professor Jaspers hat die politische Lage der Bundesrepublik kritisch analysiert und künftige Entwicklungstendenzen erkennbar gemacht. Obwohl er ein bürgerlicher Philosoph ist, kommt seine Analyse in wichtigen Punkten dem Standpunkt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nahe. Deshalb reagiert Walter Ulbricht darauf sehr aufmerksam. Er liest auch andere Schriften des Philosophen und prüft, welche politischen Möglichkeiten seine Analyse bietet.

Dieses Verhalten zu neuen Informationen ist für ihn typisch. Natürlich hat ein Parteiführer und Staatsmann wie Walter Ulbricht einen großen Zufluß an Informationen. Bezeichnend ist, wie er, ausgehend von der politischen Konzeption der Partei, an der er gedanklich ständig mit- und weiterarbeitet, das Wesentliche vom Unwesentlichen trennt und wie er die wichtigen Informationen nutzt, um noch wirksamer zu arbeiten. Seine Mitarbeiter sind seit langem gewohnt, bei der Aussonderung des Unwesentlichen einen strengen Maßstab anzulegen. Andererseits kommt es nicht selten vor, daß wichtige Meldungen, Artikel und Bücher – auch solche ausländischer Autoren – schnell und ohne jeden bürokratischen Umweg herangeschafft werden müssen.

Einmal überrascht Walter Ulbricht die Teilnehmer einer Konferenz damit, daß er den größten Teil seiner Argumente aus einer offiziellen Statistik bezieht, die für diesen Zweck angefertigt worden ist und auch allen anderen Teilnehmern vorliegt. Manche von ihnen haben unter dem Druck laufender Geschäfte keine Zeit gefunden, dieses Material zu studieren. Er hingegen, der sehr bald merkte, daß darin wichtige Aussagen enthalten sind, wandte die notwendige Zeit auf und gewann so eine Reihe stichhaltiger, nicht zu widerlegender Argumente.

Rationalisierung mit dem Menschen, für den Menschen

Das wirksamste Mittel in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden hat nach wie vor das Volk der Deutschen Demokratischen Republik in der Hand, das seine ganze Schöpferkraft dafür einsetzt, das sozialistische Vaterland auf allen Gebieten noch stärker zu machen.

Die Führung der Sozialdemokratie in Westdeutschland hat auf die von der Sozialistischen Einheitspartei aufgeworfenen Fragen nur negativ geantwortet. Statt eines im Interesse des Volkes liegenden sachlichen Austausches von Argumenten und Schritten versucht sie, eine nationalistisch-revanchistische Kampagne gegen die SED einzuleiten. Die rechten sozialdemokratischen Führer tun alles, um der Monopolbourgeoisie zu beweisen, daß sie deren Geschäfte bestens zu unterstützen verstehen und an einer Verständigung der Arbeiter in beiden deutschen Staaten nicht interessiert sind. Doch sie können nicht verhindern, daß viele westdeutsche Arbeiter, Sozialdemokraten und Gewerkschafter die Fronten klarer erkennen.

Die demokratischen Kräfte Westdeutschlands sind durch die Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in ihrem Kampf gegen die Bonner Politik angespornt und ermutigt worden. Das Gespräch mit den verständigungsbereiten sozialdemokratischen Mitgliedern, Gewerkschaftern, Arbeitern und anderen wird fortgeführt.

Das Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik, in der die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Menschen und für die Menschen angepackt und zur Lösung gebracht werden, wirkt weiter.

Juni 1966 Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik veranstalten Ende Juni 1966 in Leipzig eine Konferenz zu neuen Problemen der Rationalisierung. Sie ist mit einer umfangreichen Ausstellung verbunden, die den Teilnehmern – 1200 leitende Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Wissenschaftler, Techniker und Neuerer – das Eindringen in die Problematik erleichtern soll.

Konferenz
„Sozialistische
Rationalisierung
und
Standardisierung“

Zum Auftakt der Konferenz spricht Walter Ulbricht. Nach dem Referat von Günter Mittag tagen sieben Arbeitsgruppen, deren Aufgabe es ist, die prinzipiellen Darlegungen zu erörtern und konkrete Schlußfolgerungen für die einzelnen Industriezweige zu ziehen.

Walter Ulbricht hat den Auftrag, die Grundidee der sozialistischen Rationalisierung zu erläutern. Ausgehend von der ein halbes Jahr zurückliegenden 11. Tagung des Zentralkomitees, kommt es ihm in der Hauptsache darauf an, den wesentlichen Unterschied der angestrebten komplexen Rationalisierung im Vergleich zu früheren Rationalisierungsmaßnahmen in unserer Wirtschaft deutlich zu machen.

Früher war der Neubau vieler Betriebe neben den bereits bestehenden Werken unvermeidlich, und der größte Teil der vorhandenen Investitionsmittel mußte für diese Neubauten in Anspruch genommen werden; ein Verfahren, das von den Fachleuten als extensive erweiterte Reproduktion bezeichnet wird. Nun hat sich die Lage wesentlich geändert. Die ökonomischen Folgen der Spaltung Deutschlands durch die Imperialisten sind durch den Wiederaufbau beziehungsweise Ausbau der Metallurgie, der Kohleindustrie, der Kohle-Karbid-Chemie weitgehend behoben worden. Da diese Vorhaben den größten Teil der verfügbaren Investitionsmittel in Anspruch nahmen, blieben in all den Jahren für die Modernisierung der vorhandenen Betriebe, insbesondere in den Bereichen des Maschinenbaus und der Leicht- und Lebensmittelindustrie, nur ziemlich beschränkt Mittel übrig. Da als Folge des faschistischen Krieges die Zahl der Arbeitskräfte nicht stieg, sondern sogar zurückging, wurde eine weitere Schranke gegen diese extensive erweiterte Reproduktion wirksam.

Diesen Tatbestand erläutert Walter Ulbricht und erklärt, daß künftig für die Kohleindustrie, aber auch für die Metallurgie und

einige andere Zweige beträchtlich weniger Investmittel aufgewandt werden sollten. An Stelle dessen werden bedeutende Summen für die sogenannte intensive erweiterte Reproduktion eingesetzt; das heißt, bestehende Betriebe, ja, ganze Industriezweige werden im großen Umfang komplex mechanisiert und teilautomatisiert. Das gilt vor allem für die Zweige Elektronik-Elektrotechnik, Maschinenbau, Leichtindustrie und Lebensmittelindustrie.

Die schrittweise Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems, darunter auch die Durchführung der Industriepreisreform, zeigt, daß die komplexe sozialistische Rationalisierung nicht nur möglich ist, sondern daß sie zu einem beträchtlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität und einem entsprechenden Anwachsen des Nationaleinkommens führen wird. Der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen wird bald mehr als 40 Prozent ausmachen.

Die überzeugende Darlegung der Grundidee ist nur die eine Seite der Sache. Jetzt geht es darum, den Perspektivplan bis 1970 so zu überarbeiten, daß die Vorhaben der komplexen Rationalisierung und Automatisierung den gebührenden Vorrang erhalten. Das bedeutet für viele Mitarbeiter der Staats- und Wirtschaftsorgane eine zusätzliche Belastung. Hinzu kommt, daß die Produktion von Rationalisierungsmitteln und automatischen Linien und auch der Import solcher Mittel beträchtlich und vorrangig erhöht werden müssen, um die materiellen Voraussetzungen zu schaffen.

Es sind also wichtige planerische und organisatorische Probleme als Folge der Beschlüsse des 11. Plenums und der Rationalisierungskonferenz zu meistern. Komplexe Rationalisierung verlangt, die Produktion zu konzentrieren, um die Serien- und Massenproduktion noch stärker durchzusetzen; sie verlangt bessere Kooperation und Spezialisierung, in die auch die Erzeugnisgruppen einschließlich der Betriebe der örtlichen Wirtschaft einzubeziehen sind. All das, so betont Walter Ulbricht, erfordert eine wesentliche Qualifizierung der Arbeitsweise der leitenden Kader.

Einige Streitfragen arbeitet er so deutlich heraus, daß schließlich alle Beteiligten verstehen, worin das Wesentliche und Neue der sozialistischen Rationalisierung besteht. Als nämlich einige Vertreter der Kohleindustrie im alten Trott verharren und nach wie vor gewaltige Summen für die Erweiterung des Industriezweiges verlangen, tritt er ihnen energisch entgegen. Die Genossen in den

Fachabteilungen des Zentralkomitees haben ihm wichtige Beweise geliefert. Die Wirksamkeit des neuen ökonomischen Systems hat unter anderem zu einer erheblichen Senkung des spezifischen Kohleverbrauchs in der gesamten Industrie geführt, so daß die hohen Investitionsforderungen nicht mehr zu rechtfertigen sind.

Natürlich gibt es bei der komplexen Rationalisierung echte ideologische Probleme. Ältere Arbeiter erinnern sich daran, daß im kapitalistischen Deutschland jede Rationalisierungsmaßnahme gegen die Arbeiter gerichtet war und ist. Die einen wurden gezwungen, mehr zu schuften, die anderen verloren ihren Arbeitsplatz, wurden arbeitslos oder mußten eine andere Arbeit für niedrigeren Lohn übernehmen. Doch die Praxis beweist schnell, daß eine solche Gefahr unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht nicht existiert.

Es gibt aber auch Konsequenzen der Rationalisierung, die für einen Teil der Werktätigen echte persönliche Probleme aufwerfen. Für manche wird es notwendig, den Arbeitsplatz, ja sogar den Betrieb zu wechseln; andere brauchen zusätzliche Qualifikation, um die neue Technik beherrschen zu können. Walter Ulbricht kennt die Probleme und nennt sie beim Namen. Er fordert die Gewerkschaften auf, so zu arbeiten, daß durch die Rationalisierung sowohl für die Volkswirtschaft wie auch für die Arbeiter und Kollektive ein hoher Nutzen erreicht wird. In diesem Sinne wählt er auch den Titel zur Einleitung der Konferenz: Rationalisierung mit dem Menschen, für den Menschen.

Ein Kennzeichen der Arbeitsmethode Walter Ulbrichts ist es, daß er großes Gewicht darauf legt, die Grundfragen eines Problems auszudiskutieren. Hat er sich durch Rückfragen und eigene Beobachtung Gewißheit verschafft, daß in der Grundlinie Übereinstimmung herrscht, dann überträgt er den entsprechenden Fachleuten die Ausarbeitung des Materials in persönlicher Verantwortung.

Die hohe Autorität, die er sich erworben hat, macht es ihm leicht, alle Persönlichkeiten und Fachleute an einen Tisch zu holen, die für die Beratung eines wichtigen Problems unentbehrlich sind. In dieser Hinsicht könnte man sein Vorgehen völlig unkonventionell nennen. Er läßt sich jedenfalls durch keinerlei Ressortschranken hindern.

Diese große Beweglichkeit bei der Zusammensetzung von Arbeitsgruppen für die Behandlung wichtiger Probleme wird in der Folgezeit ganz systematisch im Staatsapparat genutzt, und sie beginnt

bald, erheblich auf die Effektivität der dort geleisteten Arbeit einzuwirken.

Typisch für Walter Ulbricht ist auch, daß er zur Beratung eines wichtigen Problems seine eigene, persönlich erarbeitete Grundkonzeption mitbringt. Man könnte sagen, daß er sich, ausgehend von den Parteibeschlüssen und gestützt auf das Studium der prognostischen Arbeiten, für alle Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik eine Art inneres Modell schafft, an dem er sich in der praktischen Arbeit orientiert. Er leitet seine Konzeption für eine solche Beratung aus diesem Modell ab, stellt sie zur Diskussion, prüft die Argumente der Partner, greift gute Anregungen auf, polemisiert gegen Auffassungen, deren Grundlagen er nicht akzeptiert.

Dabei versteht er es, eine Atmosphäre der schöpferischen Arbeit zu schaffen, in der sich jeder Teilnehmer bemüht, sein Bestes zu geben, um das gemeinsame Problem erfolgreich zu lösen.

Der VII. Parteitag wird vorbereitet

September
1966
13. Tagung des ZK

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschließt auf seiner 13. Tagung im September 1966, den VII. Parteitag einzuberufen. Er soll vom 17. bis 22. April 1967 in Berlin stattfinden und über die Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, über die weitere Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus wie über die Rolle der Partei in der Periode des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus beraten. Walter Ulbricht behandelt vor dem ZK-Plenum das Thema „Die Deutsche Demokratische Republik, die europäische Sicherheit und die Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten“. Die Erörterung dieser Fragen wird ein Teil der öffentlichen Diskussion zur Vorbereitung des VII. Parteitages sein.

Er geht in seinem Referat auf die bedeutsamen Beschlüsse des Politischen Beratenden Ausschusses der Länder des Warschauer Vertrages ein, die im Juli in Bukarest gefaßt worden sind. Die Teilnehmer der Bukarester Beratung haben beschlossen, ihre allseitige Hilfe für die Demokratische Republik Vietnam zu verstärken. Mit der gemeinsamen Erklärung zur Aggression der USA in Vietnam und der Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa wurde der Zusammenhang zwischen dem schmutzigen Krieg gegen das vietnamesische Volk und der Lage in Europa deutlich gemacht. Inzwischen hat die Deutsche Demokratische Republik, wie andere Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, ihre Hilfsabkommen mit der Demokratischen Republik Vietnam wesentlich erweitert.

Vor dem 13. Plenum des Zentralkomitees versichern Walter Ulbricht und Günter Mittag, der den Bericht des Politbüros erstattet, das vietnamesische Volk der vollen Solidarität von Partei, Staat und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik.

Einen beträchtlichen Platz in der Beratung des Zentralkomitees nehmen die ökonomischen Aufgaben ein, ebenso die Vorbereitung der Parteiwahlen, über die Erich Honecker referiert.

Wie immer, so stehen auch vor dem VII. Parteitag Beratungen mit den Werktätigen und den Parteiorganisationen in verschiedenen Bezirken und Betrieben auf der Tagesordnung, so in Halle, Leipzig und in der Hauptstadt Berlin.

Die von Walter Ulbricht geleitete Arbeitsgruppe des Politbüros und des Ministerrates, die für zwei Tage den Bezirk Halle besucht, absolviert ein umfangreiches Programm. Zu Beginn gibt Horst Sindermann, Kandidat des Politbüros und 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle, einen Einblick in die Probleme der Perspektivplanung für den zweitgrößten Industriebezirk der Republik. Dann werden die Baustelle Thälmannplatz im Stadtzentrum und die neue Chemiarbeiterstadt Halle-West besucht. Ziel am zweiten Tag ist das neue petrochemische Werk Leuna II, das seit Anfang 1966 die Produktion aufgenommen hat. Eine Parteiaktivtagung im Leunaer Kulturhaus der Werktätigen schließt den Besuch ab.

Die Genossen von Halle profitieren unmittelbar von diesen Beratungen. Sie erhalten von der Arbeitsgruppe viele nützliche Hinweise zur Konzeption des Verkehrsplanes, für die Kooperationsbeziehungen, für die Leitung der Dienstleistungskombinate auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung und anderes mehr. Doch die Arbeitsgruppe nimmt aus Halle auch wertvolle Anregungen für die weitere Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems in der ganzen Republik mit. Wenn Wesentliches gesagt wird, ist Walter Ulbricht ein ausgezeichneter Zuhörer. Er hat schon manchen Genossen in Verlegenheit versetzt, wenn er im Schlußwort auf einer Konferenz aus der Rede eines Arbeiters oder Genossenschaftsbauern wichtige Argumente ausschälte, die anderen Zuhörern völlig entgangen waren, weil ihnen die Rede vielleicht ungenau oder nicht „prinzipiell“ genug vorkam.

Etwas Ähnliches trägt sich nun auch hier in Leuna II zu: Die Be-

November
1966
*Studienbesuch
im
Chemiebezirk*

ratung mit Werkleiter Dr. Heinz Müller an der Benzinspalanlage hat die vorgesehene Zeit überschritten. Es bleibt nicht mehr viel für die Mittagspause, an die sich unmittelbar die Parteiaktivtagung anschließen soll. Doch beim Aufbruch drängt sich plötzlich ein Arbeiter zu Walter Ulbricht vor. Heinz Stache, Maschinenbaumeister auf der Baustelle, sprudelt hervor, daß sich seine Arbeitskollegen große Mühe geben, die Bau- und Montagezeiten zu verkürzen. Sie hätten jedoch Schwierigkeiten mit Ersatzteilen für Baufahrzeuge.

Trotz der allgemeinen Eile hört Walter Ulbricht ruhig zu, stellt einige Fragen und wendet sich dann an die Genossen der Kreisleitung Leuna mit der Bitte, sich um diese Sorgen der Bauarbeiter zu kümmern. Die Genossen notieren und denken vielleicht: Ersatzteile, das alte, leidige Problem – muß man denn damit auch noch den Ersten Sekretär des Zentralkomitees behelligen?

Aber gerade auf diesen scheinbar kleinen Vorfall geht Walter Ulbricht in seiner Rede vor dem Parteiaktiv sehr ausführlich und grundsätzlich ein. „Der Arbeiter hatte vollständig recht“, erklärt er, „denn es geht ja auf Kosten seines Lohnes, wenn er nicht kontinuierlich arbeiten kann. Deshalb müssen die Beziehungen zu den Zulieferbetrieben, das heißt die Kooperationsbeziehungen, in Ordnung gebracht werden.“ Und dann entwickelt er dazu ein ganzes Programm der ökonomischen Beziehungen des Finalproduzenten zu den Zulieferbetrieben. Es reicht von der termingerechten Lieferung über die Erzeugnisgruppenarbeit bis zur Zusammenarbeit der Großbetriebe mit den wissenschaftlich-technischen Instituten der Hochschulen, die exakt vertraglich organisiert werden muß. „Das bedeutet“, sagt er dazu, „daß sich die Werkleitungen verpflichten, für die wissenschaftlichen Leistungen . . . auch entsprechend zu zahlen und nicht, wie es meistens geschieht, lediglich ‚Danke schön‘ zu sagen . . . Das ist doch kein neues ökonomisches System! Wir wünschen also, daß diese Fragen jetzt geregelt werden. Das wird wesentlich dazu beitragen, unsere Produktion auf Weltniveau zu bringen.“

Es scheint, daß alle, die bei Walter Ulbrichts Gespräch mit Meister Heinz Stache nur „Ersatzteile“ notierten, ihre Aufzeichnungen zu diesem Problem jetzt wesentlich erweitern müssen.

Ein Arbeiter ist es dann auch, der Anfang Dezember Schrittmacher der Diskussion zum VII. Parteitag wird. Genosse Gerhard Kast,

Meister im Funkwerk Berlin-Köpenick, schreibt zur Betriebsdelegiertenkonferenz seine Gedanken nieder. Unter dem Motto „Unser Betrieb darf nicht mehr auf Kosten anderer leben“, werden sie im Neuen Deutschland veröffentlicht. Auch Gerhard Kast mahnt die Leitungen, Kritik und Vorschläge der Werktätigen nicht isoliert zu sehen, sondern sie in ihren großen ökonomischen Zusammenhängen zu betrachten. Die Belegschaft will mitdenken, wenn es darum geht, die Perspektiven festzulegen.

Der Beitrag des Genossen Kast findet in den folgenden Wochen und Monaten starkes Echo. Genossenschaftsbauern melden sich zu Wort, Abgeordnete, Wissenschaftler, Lehrer, Künstler, Frauen und Jugendliche – längst nicht alle sind Mitglieder der Partei. Hunderttausende Bürger aus allen Bevölkerungsschichten machen sich in offener, kritischer und schöpferischer Aussprache Gedanken über die Meisterung der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik, über die wissenschaftliche Organisation der Arbeit in den Betrieben und auf dem Lande.

Auch die Parteiführung beginnt die wissenschaftliche Arbeit zur Vorbereitung des Parteitages zu organisieren. Walter Ulbricht schlägt dem Politbüro vor, einen Arbeitskreis für strategische Probleme zu bilden. Er soll wichtige Komplexe der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft usw. analysieren, damit die Strategie erarbeitet werden kann. Seinem Vorschlag wird zugestimmt.

Dem Arbeitskreis gehören neben Walter Ulbricht als Vorsitzendem weitere Mitglieder und Kandidaten des Politbüros an sowie Wissenschaftler und Fachleute, Partei- und Staatsfunktionäre, die sich zu bestimmten Arbeitsgruppen zusammenschließen. Da sich der Arbeitskreis zum größten Teil mit Problemen befaßt, die auf dem Parteitag aufgeworfen und beantwortet werden sollen, gewinnt seine Tätigkeit auch für das Referat Walter Ulbrichts „Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus“ erhebliche Bedeutung.

Doch unabhängig von der Tätigkeit des Arbeitskreises konzentriert sich Walter Ulbricht auf die Hauptaussage und die Gliederung des Parteitagsreferates, das zu halten er beauftragt ist. Er berät Thesen mit Genossen des Parteiapparates, prüft, verwirft, vervollständigt und stellt sie dann im Politbüro zur Entscheidung. Nachdem sie in diesem Gremium beraten, ergänzt und bestätigt worden sind, beginnt schließlich die Arbeit am Referat selbst.

Es wird ein Kollektiv von Genossen gebildet, die durchaus nicht alle dem Parteiapparat angehören. Walter Ulbricht berät mit jeder einzelnen Gruppe, die für einen bestimmten Abschnitt verantwortlich gemacht wird, ihre Aufgabe. Besonders konzentriert er sich auf die Anleitung der Gruppen, die neue Fragen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprognostik, der komplexen Ausarbeitung des ökonomischen Systems des Sozialismus sowie Fragen der Prognose der wissenschaftlich-technischen Revolution zu bearbeiten haben. Er bemüht sich intensiv darum, eine dialektisch-materialistische Wertung der Erkenntnisse der Kybernetik für die Gesellschaftsprognostik, die Ökonomik und für die staatliche Leitungstätigkeit zu erreichen.

In dieser schöpferischen Arbeit sind echte Streitfragen auszutragen, sind neu auftauchende Probleme zu analysieren. Das trifft zum Beispiel auf Prognosen für wichtige Zweige der Volkswirtschaft zu. Vor fast zwei Jahren hat Walter Ulbricht zum ersten Mal vorgeschlagen, solche Prognosen auszuarbeiten. Aus Erfahrung weiß er, daß selten ein Baum auf den ersten Hieb fällt. Er verfolgt die Ansätze zur prognostischen Arbeit aufmerksam und fördert alles Positive. Doch jetzt, da es darum geht, den Parteitag vorzubereiten, wird deutlich, daß Tempo und Qualität der Arbeit noch nicht genügen. Deshalb wird beschlossen, eine Reihe der wichtigsten Prognosen unter Anleitung und Kontrolle der Parteiführung vorrangig zu erarbeiten.

Die beteiligten Wissenschaftler spüren den Auftrieb und leisten eine angespannte Arbeit. Dabei wird sichtbar, daß in dieser Tätigkeit zwei verschiedene Prinzipien angewandt werden, die sich nicht unter einen Hut bringen lassen. Einige Leiter und Mitglieder von Prognosegruppen gehen vorsichtig von dem in der Deutschen Demokratischen Republik erreichten wissenschaftlich-technischen Stand aus, nehmen Trendberechnungen von mehr oder weniger großer mathematischer Exaktheit vor und projizieren auf diese Weise den vermutlichen wissenschaftlichen Stand des Jahres 1980.

Die Mitglieder anderer Prognosegruppen halten von diesem Verfahren nichts. Sie beschäftigen sich in dieser Phase der Arbeit überhaupt nicht mit dem gegenwärtigen Stand der Deutschen Demokratischen Republik. Sie gehen richtig von dem in der Welt erreichten Höchststand aus, analysieren die ihnen zugänglichen wichtigsten wissenschaftlichen Arbeiten und die daraus erkennbaren

Entwicklungstendenzen und leiten davon den wissenschaftlich-technischen Höchststand ab, der für das Jahr 1980 in der Welt vorhersehbar ist. Dann erst legen sie offen und kompromißlos mit der Methode der Rückrechnung den gegenwärtigen Stand in der Deutschen Demokratischen Republik dar – der auf einigen Gebieten ein erheblicher Rückstand ist – und schlagen die ihnen notwendig erscheinenden Maßnahmen vor.

Dieser Unterschied im Herangehen an die Prognostik wird zunächst gar nicht so deutlich. Aber gerade hier greift der erfahrene Politiker Walter Ulbricht ein. Ausgehend von der prinzipiellen Position des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus, arbeitet er den Gegensatz der beiden Verfahren unverkennbar und überzeugend heraus und ergreift Partei für die Variante der kühnen und echten Prognostik. Walter Ulbricht weiß genau, daß in der Auseinandersetzung mit den Imperialisten auf den Gebieten der Ökonomie, der Wissenschaft und Technik nur dann bedeutende Erfolge erzielt werden können, wenn die Lage nüchtern und wahrheitsgemäß analysiert wird, wenn harte anspornende und zugleich reale Aufgaben gestellt und die kollektive Arbeit zielstrebig organisiert und geleitet werden. Er weiß auch, daß die echte Prognostik bedeutende Konsequenzen für die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik haben muß. So entsteht zum Beispiel der Zwang, zu entscheiden, auf welchen Gebieten mit aller Konzentration geforscht und entwickelt wird und auf welchen anderen Gebieten dies unterbleiben muß, weil die Kräfte der DDR dazu nicht ausreichen. Daraus ist auch die Notwendigkeit der verstärkten internationalen Kooperation mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten auf den Gebieten der Forschung und Entwicklung deutlich zu ersehen.

So zeigt sich bei der Vorbereitung des VII. Parteitages erneut die Fähigkeit Walter Ulbrichts, einen prinzipiellen Standpunkt herauszuarbeiten und zu begründen und davon ausgehend Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen.

Nach der freimütigen Diskussion einer Reihe solch wichtiger Probleme kann das Kollektiv der am Parteitagreferat tätigen Genossen zur zweiten Runde der Arbeit übergehen. Sie werden in einem Parteiinstitut in der Nähe Berlins unter einem Dach vereinigt und können nun ihre gemeinsame Arbeit zielstrebig und koordiniert abschließen.

Anfang des Jahres 1967 übt im westdeutschen Fernsehen ein amerikanischer Publizist scharfe Kritik an der Politik der Regierenden in Bonn. Er wettet gegen die Konzeptionslosigkeit und die stümperhafte Anwendung der politischen Macht durch den verflrossenen Kanzler Erhard. Um seine Kritik zu erhärten, sagt dann dieser typisch amerikanische Scharfmacher sinngemäß: Man könne gegen Ulbricht sagen, was immer man wolle, doch sollten die Herren in Bonn gefälligst berücksichtigen, daß Ulbricht in Ostberlin genau wisse, was Macht bedeute und wie sie zu gebrauchen sei.

Man kann Walter Ulbricht tatsächlich nicht nachsagen, daß er die politische Macht unterschätze oder daß er stümperhaft mit ihr umginge. Vor dieser Behauptung hüten sich gerade seine ärgsten Feinde. Walter Ulbricht kennt aus eigener Erfahrung die schweren Kämpfe, die von der deutschen Arbeiterklasse und den mit ihr verbündeten fortschrittlichen Kräften ausgefochten werden mußten, um die politische Macht in ihre Hände zu nehmen, um sie aus einer Macht gegen das Volk in eine Macht für das Volk und durch das Volk umwandeln zu können.

Es ist ihm sehr deutlich bewußt, welche Pflichten die Vorhut der Arbeiterklasse, die marxistisch-leninistische Partei, auf sich nimmt, wenn sie dem Volk den Weg weist bei der Sicherung und Stärkung der Macht wie auch bei ihrem Gebrauch. Immer hat er sich schroff und unversöhnlich gegen Spielereien mit der politischen Macht, gegen anarchistische Tendenzen ihrer Aufsplitterung gewandt. Zugleich hat er alles in seinen Kräften Stehende getan, um mit dem Erstarken des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates und dessen Macht die sozialistische Demokratie zu entwickeln. Er weiß: Wenn die Partei in allen Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung ihre führende Rolle richtig wahrnimmt, so bringt die in die Tat umgesetzte Losung „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ gesetzmäßig auf dem Wege der sozialistischen Demokratie ein weiteres Wachstum der politischen Macht in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten mit sich.

Deshalb setzt er sich stets dafür ein, die sozialistische Demokratie im Innern als einen kontinuierlichen Prozeß zu fördern und zu lenken, und es ist durchaus kein Wunder, daß dieser Prozeß, besonders nach der Sicherung der Staatsgrenze in Berlin, rasch und erfolgreich vorwärtsgeht.

Unverbrüchlicher Bruderbund

An der Schwelle des Jahres 1967 werden in der Neujahrsansprache des Staatsratsvorsitzenden wiederum konkrete Vorschläge gemacht, um eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Eine Normalisierung ihrer Beziehungen würde den Interessen des Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik wie vor allem auch in Westdeutschland entsprechen.

Die Politik des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems hat in Westdeutschland zu einer Reihe wirtschaftlicher und politischer Krisenerscheinungen und deshalb auch zum Sturz des Kanzlers Erhard geführt. Als neuen Bundeskanzler lancierte die Partei der Monopole den ehemaligen Vertrauensmann von Goebbels und Ribbentrop, Kiesinger. In seinem Kabinett sind nun auch sozialdemokratische Minister vertreten, die schon im Oktober beim Manöver „Fallex 66“ in einem Eifelbunker gemeinsam mit den Machthabern der CDU/CSU das Modell einer antigewerkschaftlichen Koalition, ihrer Notstandspolitik nach innen und ihrer Aggressionspläne gegen die Deutsche Demokratische Republik und das gesamte sozialistische Lager erprobt haben.

Entgegen manchen Illusionen schätzt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands diese Koalition von Anfang an als einen Ruck nach rechts ein.

Es erweist sich sehr bald, daß die sozialdemokratischen Minister lediglich dazu dienen, dem eigenen Volk und dem Ausland eine „beweglichere“ Politik vorzutäuschen, um desto stärker die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu manipulieren und zu

unterdrücken und die Macht der westdeutschen Imperialisten und ihren Expansionsdrang zu unterstützen.

Walter Ulbricht haßt die Imperialisten, und im besonderen die deutschen Imperialisten. In den Jahrzehnten seines kämpfbewegten Lebens als Funktionär der Arbeiterbewegung hat er alle Gemeinheiten und Schandtaten miterlebt, deren die deutschen Imperialisten fähig sind. Mit der Partei ist er durch die Bitterkeit der Niederlagen gegangen. Die Opfer unter seinen Kampfgefährten sind zahlreich. In diesen Kämpfen hat er wie das Heer der Parteigenossen gelernt, den Haß als Quelle der Kraft zu nutzen, als Ansporn zum gründlichen Denken und zum entschlossenen Handeln.

Geschult in den Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie über den Imperialismus und die Kolonialpolitik, theoretisch Lenins Lehre über den Imperialismus beherrschend, ist Walter Ulbricht, ist seine Wesensart in hohem Maße vom Kampf gegen den Imperialismus geprägt. Deshalb wird er auch nicht eine Minute lang irritiert durch irgendeine neue taktische Variante oder durch ein neues Gesicht unter den Gegnern. Das in langem Kampf erworbene Wissen bewahrt ihn vor dem Trugschluß, die deutschen Imperialisten würden ihre klassenbedingten politischen und materiellen Interessen – aus denen ihre Todfeindschaft gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und gegen die Deutsche Demokratische Republik entspringt – auch nur einen Augenblick aus dem Spiel lassen.

Schon Jahre zuvor hat Walter Ulbricht die Versuche der Erhard-Regierung, die starre Taktik der Adenauer-Politik durch andere Methoden zu ersetzen, als Revanchepolitik auf Gummisohlen demaskiert. Nachdem sich gezeigt hat, daß man auf diesen Gummisohlen unsanft ausrutschen kann, versucht es Bonn jetzt auf Strümpfen, vor allem auf denen der sozialdemokratischen Minister. Sie sprechen von „Gewaltverzicht“, doch sie nehmen die Deutsche Demokratische Republik ganz offen davon aus.

Der Versuch der Täuschung mißlingt. Die Sowjetunion wie auch eine Außenministerkonferenz der Staaten des Warschauer Vertrages unterstützen die Politik der Deutschen Demokratischen Republik. Am 15. März schließen die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand ab. Nicht nur sein Name gleicht dem 1964 mit der Union der Sozialistischen

Sowjetrepubliken in Moskau unterzeichneten Vertrag, er ist wie dieser ein festes Bündnis für die Zukunft.

„In der westdeutschen Bundesrepublik möge man wissen, daß es niemanden gelingen wird, uns zu entzweien“, sagt Walter Ulbricht nach der feierlichen Unterzeichnung in Warschau.

Gleichen Namens und ähnlichen Inhalts sind auch die Vertragswerke, die am 17. März in Prag den Bruderbund mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, am 21. Mai mit der Ungarischen Volksrepublik und am 10. September mit der Volksrepublik Bulgarien besiegeln und die freundschaftliche Zusammenarbeit auf eine höhere Stufe heben. Alle diese Verträge werden auf vorerst zwanzig Jahre geschlossen und umfassen die langfristige Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Die Bonner Regierung verbucht eine schwere politische Niederlage.

Die Erben des Manifestes

April 1967
VII. Parteitag
der SED

In der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle haben sich Delegierte und Gäste des Parteitages versammelt. Die Besten der Vorhut der Arbeiterklasse ziehen Bilanz und beraten den weiteren gemeinsamen Weg, den Weg zum Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Walter Ulbricht leitet sein Referat ein, indem er das Werk eines Künstlers würdigt. „Die Erben des Manifestes“ von Bernhard Seeger haben ein lebensechtes Bild der Partei und ihrer Kader gezeigt, haben sichtbar gemacht, daß sich diese Menschen immer besser die Fähigkeit erworben haben, die Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels auf deutschem Boden zu verwirklichen. Deshalb kann Walter Ulbricht, die erreichten Ergebnisse zusammenfassend, feststellen, daß sich das neue Parteiprogramm als guter Kompaß für die Arbeit bewährt hat.

Die folgerichtige Anwendung der Lehren von Marx und Engels auf die weitere gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik ist das Hauptanliegen des Referates. Warum ist es notwendig, vom umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik dazu überzugehen, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu schaffen? Die seit dem VI. Parteitag erworbenen Erkenntnisse haben gezeigt, daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik seit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse der Sozialismus uneingeschränkt auf seiner eigenen Grundlage entwickelt und entfaltet.

Das ist eine grundlegende These, die Walter Ulbricht einige Zeit

später im Referat zu Ehren des 100. Jahrestages des „Kapitals“ von Karl Marx ausbauen und begründen wird.

Es geht jetzt darum, den Systemcharakter der sich erfolgreich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft klarzumachen, die Wechselbeziehungen zwischen den Teilsystemen (Ökonomie, Staat, Recht, Bildung, Kultur usw.) deutlich herauszuarbeiten und dabei auch die ideologische Seite dieser Beziehungen besser zu verstehen. Walter Ulbricht weist nach, daß das ökonomische System des Sozialismus das wichtigste und dynamischste Teilsystem ist und daß es nun darauf ankommt, die anderen Teilsysteme auf ein gleiches fortgeschrittenes Niveau zu bringen und dadurch im Prozeß bewußt gestalteter Wechselbeziehungen mit geringstmöglichem Aufwand und in historisch kürzester Frist die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Er sagt weiter: In diesem Sinne ist die Ökonomie Mittel zum Zweck und das Entstehen allseitig entwickelter Persönlichkeiten in der sozialistischen Menschengemeinschaft das Ziel unseres Wirkens.

Walter Ulbricht macht eine weitere wichtige theoretische Erkenntnis deutlich. Er zeigt, daß die Grundthese des Marxismus-Leninismus, wonach die Produktivkräfte das revolutionäre Element der Entwicklung sind, präzisiert werden muß. Das stürmische Wachstum der Produktivkräfte, das den Charakter der wissenschaftlich-technischen Revolution angenommen hat, beschleunigt die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. So sind die sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht etwas für Jahrzehnte Unveränderliches. Besonders die sich in der Landwirtschaft vollziehenden Prozesse, die rasch entstehenden und erfolgreichen Kooperationsgemeinschaften und Kooperationsverbände erhärten diese These. Deshalb muß durch die Führungstätigkeit die Übereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen immer wieder neu hergestellt werden.

Um diese Prozesse richtig zu meistern, schlägt Walter Ulbricht vor, Kurs zu nehmen auf eine neue Qualität der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprognostik. Es gilt, anknüpfend an das Kommunistische Manifest, der ersten meisterhaften Gesellschaftsprognose des wissenschaftlichen Sozialismus, und an Lenins Prognosen von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land, die wesentlichen Elemente des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in ihrer komplexen Verflechtung herauszu-

arbeiten. In diesem Zusammenhang behandelt Walter Ulbricht die Rolle der kybernetischen Wissenschaft, die es zu nutzen gilt, um den Marxismus-Leninismus schöpferisch als Waffe im Klassenkampf anzuwenden.

Es ist bezeichnend für Walter Ulbricht, daß er den ersten Abschnitt seiner Darlegungen über Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution mit dem Titel versieht: Unsere Partei und die wissenschaftlich-technische Revolution. Jawohl, es ist der Partei und insbesondere der Initiative Walter Ulbrichts zu danken, daß die Erfahrungen auf diesem Gebiet rechtzeitig theoretisch verallgemeinert wurden und daß darüber hinaus eine kraftvolle und zugleich weitsichtige Führung dieser komplizierten gesellschaftlichen Prozesse wahrgenommen wurde.

Aus dem Bewußtsein der politischen Verantwortung heraus erklärt Walter Ulbricht: Die grundlegende Aufgabe, die heute unsere Partei, die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik und alle mit ihr verbündeten Schichten zu lösen haben, ist die Meisterung der sozialistischen Ökonomie und der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es ist gute theoretische Vorarbeit geleistet worden, denn wir haben die wissenschaftlich-technische Revolution von Anfang an als den spezifischen Ausdruck für die objektiven Veränderungen der Struktur, der Qualität und der Wirksamkeit der Produktivkräfte in der heutigen Zeit aufgefaßt. Nur dadurch waren wir in der Lage, ihren Platz im Rahmen unserer Strategie zu bestimmen und rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Dann geht Walter Ulbricht ausführlich auf den wichtigsten Bereich der Prognostik, nämlich auf die Prognosen der Entwicklung der Produktivkräfte ein und begründet, weshalb die prognostische Tätigkeit als ein ständiger schöpferischer Denk- und Arbeitsprozeß aufgefaßt und verwirklicht werden muß. Aus den theoretischen Erkenntnissen leitet er wichtige Hinweise für die praktische Leitung der Forschung und Entwicklung ab, zum Beispiel für die kurzfristige Übernahme wissenschaftlich-technischer Ergebnisse in die Produktion.

Von allen Referaten, die bisher auf Parteitagungen der Sozialistischen Einheitspartei gehalten worden sind, stellt diese Rede Walter Ulbrichts wohl die höchsten Ansprüche an die Delegierten hinsichtlich der geistigen Mitarbeit, des Mitdenkens. Gerade dadurch aber ver-

mittelt sie die feste Gewißheit, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei fähig sind, ihre führende Rolle auch bei der Meisterung dieser wichtigen Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung zielstrebig und konsequent wahrzunehmen.

Mit gleicher wissenschaftlicher Gründlichkeit geht Walter Ulbricht auf die Probleme des ökonomischen Systems des Sozialismus ein. Das ökonomische System des Sozialismus hat zum Ziel, die Vorzüge und Entwicklungstriebekräfte der sozialistischen Produktionsweise in allen Bereichen der volkswirtschaftlichen Reproduktion voll auszuschöpfen. Als Gesamtsystem zwingt es dazu, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus gründlich zu beachten und auszunutzen, und es verlangt, die sozialistische Demokratie in der Wirtschaftsführung und in der Leitung des Staates voll zu entfalten. Hier kommt der Kerngedanke des ökonomischen Systems des Sozialismus zum Ausdruck. Es gilt, die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses organisch zu verbinden mit der eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit der sozialistischen Warenproduzenten einerseits und mit der eigenverantwortlichen Regelung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium durch die örtlichen Organe der Staatsmacht andererseits.

Aus diesem Grundgedanken zieht Walter Ulbricht die Konsequenzen für die zentrale Planung, für die Gestaltung und den Einsatz der ökonomischen Hebel, für die Aufgaben der Betriebe in ihrer Eigenschaft als sozialistische Warenproduzenten, für die neuen Aufgaben der Banken usw. Hervorstechend ist, daß diese Darlegungen als Ganzes den Komplex des ökonomischen Systems des Sozialismus zum Ausdruck bringen.

Auch in diesem Zusammenhang bietet sich wieder die Gelegenheit, den spezifischen Einfluß Walter Ulbrichts auf die theoretische Arbeit deutlich zu machen. Die auf dem Gebiet der Wirtschaft tätigen Genossen konzentrierten sich ziemlich lange Zeit darauf, die neuen spezifischen Funktionen der Vereinigungen volkseigener Betriebe als ökonomische Führungsorgane ihres Industriezweiges herauszuarbeiten, die leitenden Kader der VVB zu qualifizieren usw. Walter Ulbricht beobachtete diese Arbeit aufmerksam und förderte sie. Nach einiger Zeit aber sagte er den Genossen: Es ist sicher notwendig, den Funktionen der VVB viel Sorgfalt zuzuwenden; zugleich aber geht es darum, das ökonomische System des

Sozialismus durchgängig bis in die Betriebe wirksam zu machen. Er wußte, daß gerade gegenüber den Betrieben immer noch gewisse Tendenzen der Administration von oben wirksam waren und daß der alte Zopf nur beseitigt werden kann, wenn den Betrieben, den Werkleitern und den Arbeitskollektiven der Rücken gestärkt wird.

So geschieht es, daß im Parteitage referat ein deutlicher Akzent auf die Rolle der Betriebe als sozialistische Warenproduzenten, auf ihre Eigenverantwortung gelegt wird, um die Werkleiter und die Betriebskollektive zu bestärken, streng nach den Grundsätzen des ökonomischen Systems des Sozialismus und insbesondere nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu arbeiten.

Auch die Finanzwirtschaft der Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden ist nach den Grundsätzen des ökonomischen Systems des Sozialismus umzugestalten.

Das Referat Walter Ulbrichts ist durchdrungen vom Geist eines lebensnahen, schöpferischen, wissenschaftlichen Strebens. Dieser Geist erfaßt alle Redner des Parteitages. Er bestimmt die Atmosphäre und erzeugt das starke Gefühl der Siegeszuversicht und Kraft.

„Der VII. Parteitag hat seine Beratungen beendet. Vor uns allen liegt eine neue Strecke, die auf der Bahn des Sozialismus abgesteckt ist: die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Was Millionen vor dem Parteitag erörterten, ist jetzt Beschluß geworden.“ So heißt es in dem Manifest, mit dem sich der Parteitag an alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wendet. Neue Aufgaben bei der Entwicklung von Staat, Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung und Kultur stehen jetzt bevor. „Wir haben keine Scheu vor steilen Pfaden“, sagt das Manifest. „Durch mehr als zwei Jahrzehnte erwies sich unsere Partei in allen Situationen als ein starker und zuverlässiger Führer des Volkes: Sie ist die stärkste deutsche Partei! Seit dem VI. Parteitag hat sie ihre Reihen ideologisch und organisatorisch weiter gefestigt. Geschlossen steht sie um ihr Zentralkomitee und seinen Ersten Sekretär, Genossen Walter Ulbricht. Dies alles gibt die sichere Gewähr, daß wir auch in Zukunft die Aufgaben meistern – wir, die Erben des Kommunistischen Manifestes, die Schöpfer des neuen, sozialistischen Deutschlands.“

Während die Delegierten des Parteitages in ihre Heimatorte zurückkehren, begibt sich eine Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit dem Ersten Sekretär des neugewählten Zentralkomitees an der Spitze nach Karlovy Vary. Hier treffen sich vom 24. bis 26. April die führenden Genossen von 24 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zum ersten Mal in der Geschichte zu einer Konferenz über die brennende Frage der europäischen Sicherheit.

In seiner Rede auf dieser Konferenz kann Walter Ulbricht feststellen, daß die auf dem VII. Parteitag dargelegte Meinung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die internationale Lage und die Entwicklung des Kräfteverhältnisses völlig mit dem Inhalt der Erklärung übereinstimmt, die von einer Redaktionskommission für die Beratung ausgearbeitet wurde. Er dankt der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei Frankreichs, von denen die Initiative zu dieser Konferenz ausging.

Die nach den Beratungen von den Leitern aller Delegationen unterzeichnete Erklärung „Für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ und die Konferenz selbst sind eine organisierte einheitliche Aktion der dort vertretenen europäischen Parteien gegen die neue Form der alten aggressiven Ostpolitik der Bonner Regierung und ihrer Verbündeten.

„Ich will ganz offen sprechen: Nach diesem Parteitag werden alle leitenden Partei- und Wirtschaftsfunktionäre, einschließlich der Minister, zunächst einmal die Schulbank drücken. Wir sind überzeugt, sie werden das mit gutem Willen, ja, sogar mit Freude tun; denn es geht hier nicht um Nachhilfe, sondern um Vorlauf, der geschaffen werden muß.“ Das hat Walter Ulbricht angekündigt, als er in seiner Schlußansprache zum VII. Parteitag die Delegierten und die Parteimitglieder auf die zielstrebige Durchführung der vom Parteitag beschlossenen Grundlinie orientierte.

In den folgenden Monaten konzentriert sich die Parteiführung darauf, allen Genossen, besonders aber den leitenden Kadern, das Neue nahezubringen. Um diesen Prozeß zu fördern, befaßt sich das Zentralkomitee unmittelbar nach den Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen, die den Kandidaten der Nationalen

Ende April

1967

*Treffen
europäischer
Bruderparteien in
Karlovy Vary*

Juli 1967

2. Tagung des ZK

Front einen klaren Sieg gebracht haben, mit der künftigen Arbeitsweise der Volksvertretungen und der staatlichen Organe.

In seiner Rede auf dieser ZK-Tagung geht Walter Ulbricht von der Erkenntnis aus, daß die Fähigkeit der staatlichen Organe, die Probleme der Führung der Gesellschaft theoretisch und praktisch zu beherrschen, in der Auseinandersetzung mit dem Klassegegner eine hervorragende Rolle gewinnt. Er setzt sich dafür ein, die demokratischen Prinzipien in der Tätigkeit der Volkskammer zu entwickeln und die Wirksamkeit ihrer Arbeit zu erhöhen. Dazu unterbreitet er Vorschläge für die weitere Arbeit der Volkskammerausschüsse und des Staatsrates.

Auch für das Regieren in der Deutschen Demokratischen Republik erlangen neue Maßstäbe Gültigkeit, wenn es darum geht, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu schaffen und die wissenschaftlich-technische Revolution durchzuführen. Es ist kein Zufall, erklärt Walter Ulbricht, wenn die Bonner Machthaber mit Hilfe eines „politischen Generalstabes“ die Kanzlerdiktatur zu organisieren suchen. Sie bemühen sich, auf diese Weise die imperialistische Politik der westdeutschen Monopole unter den für sie ungünstiger gewordenen weltpolitischen Bedingungen wirksamer als bisher durchzusetzen.

Am Beispiel der Wirtschaft charakterisiert Walter Ulbricht die Hauptfunktionen des Ministerrates: die Organisation der prognostischen Arbeit, die vollständige Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus und die Kontrolle der richtigen Durchführung dieser beiden Hauptaufgaben. Er weist nach, daß eine viel stärkere Zusammenarbeit der Minister untereinander notwendig ist, weil im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution das aufgabenbezogene, komplexe, zeitlich begrenzte Zusammenwirken der Staatsorgane nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel wird. Deshalb fordert er die Minister auf, eine hohe Beweglichkeit und Einsatzfähigkeit ihrer Ministerien zu gewährleisten und insbesondere ideologische Arbeit zu leisten, um die entscheidenden komplexen Aufgaben zu lösen. Mit seinen nachdrücklichen Hinweisen darauf, in der Leitungstätigkeit der staatlichen Organe energischer als bisher die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik anzuwenden, setzt er schon bestimmte Akzente für die Seminare, die wenige Wochen später in Berlin und Brandenburg durchgeführt werden.

Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien aus vier Kontinenten sind im September Gäste des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das zum 100. Jahrestag des Erscheinens von Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ zu einer wissenschaftlichen Session eingeladen hat. Den Auftrag, aus diesem Anlaß das Referat zu halten, betrachtet Walter Ulbricht als Ehrensache.

September
1967
*Wissenschaftliche
Session
100 Jahre
„Das Kapital“*

Er würdigt die gewaltigen wissenschaftlichen Verdienste von Karl Marx, die auf den Gang der Klassenkämpfe zwischen Arbeit und Kapital und damit auf den Gang der Weltgeschichte so großen Einfluß ausübten, und äußert zugleich einige hochinteressante neue Thesen, die als theoretischer Beitrag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu diesem Ereignis zu werten sind.

Der Redner erinnert daran, daß die wissenschaftliche Vorausschau, begründet von Marx und Engels und weiterentwickelt von Lenin, zu einem charakteristischen Element der Führungstätigkeit der marxistisch-leninistischen Arbeiterparteien geworden ist. Er analysiert einige Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterbewegung mit gesellschaftspolitischen Prognosen vor 1945 gewonnen hat. Die Prognostik in der wissenschaftlich-technischen Revolution wird immer notwendiger und wichtiger, betont er und schlußfolgert: Marxistische Prognostik heißt bewußte Ausnutzung objektiv wirksamer Gesetzmäßigkeiten in der Gesellschaft. Dagegen kann Prognostik vom Standpunkt der Monopole letzten Endes nichts anderes als den Versuch bedeuten, sich dem Wirken dieser Gesetzmäßigkeiten entgegenzustemmen; denn Planung und Prognostik der Monopole können den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht aus der Welt schaffen.

Marxistische Prognostik ist eine große Kraft, um alle Fähigkeiten der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Mitglieder zu entfalten. Darum gilt es, die marxistische Gesellschaftsprognostik immer mehr zu einer exakten Wissenschaft zu machen.

Dann analysiert Walter Ulbricht den Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die antagonistischen Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Der Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ein Wesensmerkmal der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, und zugleich ist er eine Reaktion auf den Vormarsch des Sozialismus in der Welt.

Die scheinbar bedeutenden sozialen Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution im Imperialismus schlagen bald in zunehmende soziale Unsicherheit um. Ein wachsender Teil der Arbeiterschaft wird für lange Zeit aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet und damit der Möglichkeit beraubt, seine Arbeitskraft als Ware zu verkaufen.

Gerade angesichts dieser Lage hält es Walter Ulbricht für notwendig, den westdeutschen Arbeitern den Klassencharakter des imperialistischen Staates von heute zu erklären und ihnen den Weg des gemeinsamen politischen Kampfes zu weisen. Deshalb entlarvt er auch die These, daß sich Kapitalismus und Sozialismus einander annähern. Die Tatsache, daß der Kapitalismus gezwungen ist, Formen der Planmäßigkeit anzuwenden, beweist nicht die Annäherung der beiden Gesellschaftssysteme, sondern demonstriert nur die historische Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsweise.

Im nächsten Abschnitt seines Referates legt Walter Ulbricht eine wichtige These dar, die große internationale Aufmerksamkeit findet. Sie lautet: Der Sozialismus ist nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab. Diese These stützt sich auf Marx' Erkenntnis, daß die Gesellschaftsformation ein einheitlicher sozialer Organismus ist, in dem die Produktionsweise der materiellen Güter die bestimmende Grundlage bildet und alle Seiten der gesellschaftlichen Beziehungen einbezogen sind. Vor allem aber sind hier die Erfahrungen verallgemeinert, die die Sozialistische Einheitspartei in den vergangenen Jahren gesammelt hat. Die Erfahrungen besagen, daß noch viele Jahre schöpferischer, kollektiver Arbeit notwendig sind, um alle inneren Potenzen und Triebkräfte des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus voll auszuschöpfen.

Gerade unter den Bedingungen der scharfen weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in allen Industriestaaten mit hochentwickelter Wirtschaft ist es unvermeidlich für einen Staat wie die Deutsche Demokratische Republik, die Vorzüge des Sozialismus vollständig wirksam zu machen. Indem Walter Ulbricht das Ziel der sozialistischen Produktion präzisiert, weist er den Weg, der dabei einzuschlagen ist.

Mehrere Monate nach dem VII. Parteitag, Anfang Oktober, beginnt das angekündigte Lernen. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik laden mehr als 200 leitende Kader, Funktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Blockparteien und der Massenorganisationen, Minister und ihre Stellvertreter, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und Direktoren wissenschaftlicher Institute für eine ganze Woche nach Berlin zu einem Seminar ein.

Anfang
Oktober 1967
*Auf der
Schulbank*

Theoretiker und Praktiker halten Vorträge über hochaktuelle Probleme der Wissenschaft, der Planung und Leitung, darunter auch über wirksamste Methoden der Durchführung der Parteitagebeschlüsse. Nach dem Wissenschaftler, der Grundprobleme der Operationsforschung behandelt, spricht ein Kombinatdirektor über die komplexe Einführung des ökonomischen Systems des Sozialismus, ein zweiter Kombinatdirektor über die Anwendung der Netzplantechnik und der elektronischen Datenverarbeitung und über die rationellste Gestaltung der Struktur des Kombinates. Es werden Filme gezeigt, die dazu beitragen, die komplizierten Sachverhalte anschaulicher zu machen.

Über jeden der zahlreichen Vorträge wird ausgiebig diskutiert, es werden Anregungen aufgenommen, positive und negative Erfahrungen analysiert. An allen Seminaren nehmen ständig Mitglieder des Politbüros beziehungsweise Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates teil. Walter Ulbricht, Willi Stoph und Erich Honecker besuchen nacheinander mehrere Seminare und beteiligen sich an den Diskussionen. Unter solchen Verhältnissen ist es keinem Teilnehmer mehr möglich, bloße Redensarten von sich zu geben. Jeder muß ernsthaft mitmachen, muß in der Aussprache zeigen, daß er die Probleme gedanklich verarbeitet hat oder dabei ist, dies zu tun.

In einem der Seminare verwickelt Walter Ulbricht Genossen der Industrie und des Außenhandels in eine Polemik. Es geht um die Rentabilität des Exportes. Eben war man sich noch einig, daß sie ungenügend sei und erhöht werden müsse. Aber Walter Ulbricht läßt sich nicht auf Halbheiten ein. Er weist den Genossen nach, daß sie noch keine prinzipielle Ausgangsposition erarbeitet haben, die auf eine durchgreifende Lösung des Problems im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft abzielt. Handwerkelei ist eben eine der

Eigenschaften, die wie ein rotes Tuch auf Walter Ulbricht wirken. Er gibt nicht eher Ruhe, bis in der Grundfrage Einigkeit erreicht ist.

Das Zusammentreffen von politischen Funktionären und Fachleuten erweist sich als sehr nützlich für die gemeinsame Sache. Man wirkt aufeinander ein und hilft sich gegenseitig.

In seinem Schlußwort, auf das er sich schon längere Zeit vorbereitet hat und in dem er zugleich alle Ergebnisse des Seminars verarbeitet, geht Walter Ulbricht auf die Hauptprobleme der Durchführung der Parteibeschlüsse ein und gibt den Teilnehmern des Seminars eine konkrete und nützliche Anleitung zum Handeln.

Kurze Zeit später wird in Brandenburg mit den Sekretären der Kreisleitungen der Partei ein weiteres Seminar veranstaltet, das ebenfalls die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages zum Gegenstand hat. Auch die Ergebnisse dieses Seminars werden von Walter Ulbricht in seinem Schlußwort zusammengefaßt. Es ist interessant zu sehen, welche Unterschiede er bei aller Gemeinsamkeit in den Grundproblemen zwischen diesen Seminaren macht. Hier konzentriert er sich darauf, die Arbeit mit den Menschen zu verknüpfen mit der neuen Qualität der Wissenschaftlichkeit in der Tätigkeit der leitenden Organe und der Parteifunktionäre.

Die Kreisleitung braucht einen Perspektivplan, der den Parteimitgliedern und den anderen Bürgern im Kreis hilft, sich in politischer und ideologischer Hinsicht die Voraussetzungen zu schaffen, um die grundlegenden Aufgaben des VII. Parteitages lösen zu können. Ganz besonders hebt Walter Ulbricht hervor, daß die Kreisleitungen der Partei die Pflicht haben, allen Werktätigen die komplizierten Probleme in ihrem Zusammenhang zu erläutern. Dazu aber ist es notwendig, lebendige und anschauliche Mitgliederversammlungen durchzuführen, die allen Genossen helfen, ihre politische Arbeit zu verbessern. So ist der Aufschwung des Lebens in den Grundorganisationen auch die Voraussetzung dafür, daß die Parteimitglieder gute Beziehungen zu parteilosen Kollegen und Bürgern im Wohnbereich haben.

Mit Nachdruck stellt Walter Ulbricht den Genossen die Frage: Wie ist es mit deinen persönlichen Beziehungen zu deinen Kollegen in der Betriebsabteilung und zu deinen Nachbarn im Wohngebiet bestellt? Wie oft im Monat kommst du mit diesem oder jenem Kollegen und Nachbarn zusammen, um dich mit ihm zu unter-

halten, ein Glas Bier zu trinken, Schach oder auch einen Skat zu spielen? Auch das gehört dazu, unterstreicht Walter Ulbricht, wenn es darum geht, daß jeder Genosse mitwirken soll, die sozialistische Menschengemeinschaft zu gestalten. Es kommt also nicht darauf an, jeden Parteifunktionär in der Kreisleitung in einen Fachmann für Operationsforschung, lineare Programmierung, Netzwerktechnik usw. zu verwandeln. Aber der Parteifunktionär soll begreifen, wie wichtig diese Kenntnisse für die Lösung der Aufgaben des Parteitages sind; er soll den Fachleuten im Bereich der Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft usw. die politischen und ideologischen Zusammenhänge wirksam erläutern; und vor allem soll er auf Grund seiner gewachsenen eigenen Qualifikation die politische Arbeit mit den Menschen erfolgreich durchführen.

In diesem Zusammenhang richtet Walter Ulbricht mahnende Worte an die Vertreter der Räte der Kreise. Noch zu häufig schränken sie die eigenverantwortliche Tätigkeit in den Städten und Gemeinden ein, indem sie Vorschriften erlassen, Papierkrieg inszenieren und die Arbeit in den Städten und Gemeinden nach altem Schema und alter Routine organisieren. Große Heiterkeit ruft Walter Ulbrichts Forderung hervor, die von den übergeordneten Staatsorganen häufig noch besetzten Rathäuser mancher Städte und Gemeinden den Stadtverordnetenversammlungen zurückzugeben.

„Wir feiern mit euch, liebe sowjetische Genossen!“ So hat Walter Ulbricht von der Tribüne des VII. Parteitages den Freunden zugerufen, die sich mit großen Leistungen würdig auf den 50. Geburtstag des Sowjetstaates vorbereiten. Die Deutsche Demokratische Republik, im glücklichen Bewußtsein, längst zur großen sozialistischen Völkerfamilie zu gehören, steuert auch ihre Taten dazu bei. Ob jung oder alt, ob in Schulen, Betrieben, wissenschaftlichen Institutionen – Millionen bezeugen ihre Freundschaft und Verbundenheit mit dem Lande Lenins.

Prinzipielle Artikel Walter Ulbrichts, die in der „Prawda“ und in der theoretischen Zeitschrift der Kommunistischen Partei der Sowjetunion „Kommunist“ veröffentlicht werden, heben hervor: Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung ist seit 1917 eng mit dem Erfolg der Oktoberrevolution und den daraus resultierenden ge-

November
1967
*50 Jahre
Große
Sozialistische
Oktober-
revolution*

schichtlichen Erkenntnissen verknüpft. Das Entstehen und Gedeihen der Deutschen Demokratischen Republik, die antifaschistisch-demokratische und die sozialistische Umwälzung sind undenkbar ohne den Sieg des Roten Oktober.

Diese Erkenntnis zu verbreiten ist Walter Ulbrichts besonderes Anliegen auch als Vorsitzender des Komitees, das in der Deutschen Demokratischen Republik zur Vorbereitung des 50. Jahrestages gebildet wurde. Der Jugend prägt er beim großen „Fest der Freundschaft“ in Leipzig ein: „Ihr müßt den Stafettenstab aus der Hand eurer Väter, den Stafettenstab des Großen Oktober übernehmen und in die kommunistische Zukunft tragen.“ Der Delegation des Leninschen Komsomol, die er in Leipzig empfängt, kann er zusichern, daß die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik die Freundschaft zur Sowjetunion wie ihren Augapfel hüten wird.

Je näher das Jubiläum rückt, desto festlicher wird auch die Atmosphäre in der Deutschen Demokratischen Republik. Begeisterung löst die Nachricht aus, daß eine sowjetische Raumstation auf dem bislang so geheimnisvollen Planeten Venus gelandet ist.

Eine große Stunde für 120 deutsche Teilnehmer an der Oktoberrevolution ist der Empfang bei Walter Ulbricht. Die Sowjetunion ehrt die verdienstvollen Kämpfer mit hohen Orden und Medaillen.

Ehrenplaketten des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands mit dem Bildnis Lenins empfangen die besten Kollektive im Wettbewerb zum 50. Jahrestag. Eine gemeinsame Truppenparade in Berlin und eine Flottenparade in Rostock bekräftigen die Waffenbrüderschaft der Nationalen Volksarmee und der Sowjetarmee.

Höhepunkt der Feierlichkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Staatsakt in Berlin. In seiner Festansprache würdigt Walter Ulbricht die Oktoberrevolution als Grundstein zur Befreiung der ganzen Menschheit. Botschafter Pjotr Abrassimow stellt mit Freude fest, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution wie einen eigenen, nationalen Festtag begeht.

Zu den Gratulanten aus der ganzen Welt, die sich dann im Lande Lenins vereinen, gehört auch die Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: Walter Ulbricht, der von seiner

Gattin Lotte begleitet wird, Willi Stoph, Erich Honecker, Friedrich Ebert, Günter Mittag, Horst Sindermann und Erich Mielke.

Auf ihrem Weg durch die festlichen Ereignisse begleiten sie die guten Wünsche der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die am Bildschirm die eindrucksvollen Tage miterleben.

Auf der Festveranstaltung im Kongreßpalast des Kreml entbietet Walter Ulbricht der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Sowjetvolk die herzlichen Freundschaftsgrüße von Partei, Regierung und Volk der Deutschen Demokratischen Republik. Angesichts des festlichen, lichtüberfluteten Moskau und all der anderen strahlend geschmückten Städte der Sowjetunion erinnert er sich an den 5. Jahrestag des Roten Oktober, an seinen ersten Aufenthalt im Lande Lenins, das damals noch arm an Licht und anderen Reichtümern war.

„Es ist nun 45 Jahre her, da sprach ich als Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands vor den Arbeitern des Eisenbahn-Reparaturbetriebes in Leningrad. Damals waren die Läden am Newski-Prospekt noch mit Brettern vernagelt.“ Bewegung, Lachen im großen Saal, als diese Worte, in viele Sprachen übersetzt, durch die Transistorgeräte der Dolmetscheranlagen ins Ohr der internationalen Zuhörerschaft dringen. „Wir haben miterlebt“, fährt Walter Ulbricht fort, „wie schwer es für unsere russischen Brüder und Genossen war, die jahrhundertealte Rückständigkeit des Landes zu überwinden. Es bedurfte ungeheurer Anstrengungen, die Produktion in Gang zu bringen. Vergleicht man das Damals mit dem Heute, so wird unwiderlegbar klar, daß nur dank dem Sowjetsystem jene grandiose Entwicklung der Sowjetgesellschaft und ihrer Menschen möglich war, wie sie heute zum Beispiel in der führenden Stellung der Sowjetunion in der Astronautik zum Ausdruck kommt.“

Dann schildert der Redner die Begegnung auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale: „Vor 45 Jahren kamen wir ausländischen Kommunisten zum letzten Mal mit Lenin zusammen. Er sagte uns und auch den russischen Genossen: ‚Das Wichtigste in der jetzt anbrechenden Periode ist das Lernen. Wir, die sowjetischen Menschen‘, so sagte Wladimir Iljitsch weiter, ‚lernen im allgemeinen Sinne. Sie, die ausländischen Genossen, müssen im speziellen Sinn lernen, um die Organisation, den Aufbau, die Methode und den Inhalt der revolutionären Arbeit wirk-

lich zu verstehen. Sie müssen ein Stück der russischen Erfahrung in sich aufnehmen.' Wir haben – das glaube ich heute feststellen zu können – Lenins Worte beherzigt.“ Lenins Hinweis zum Kampf um eine Arbeiterregierung in Deutschland konnte damals nicht verwirklicht werden, da die Einheit der Arbeiterklasse nicht zustande kam. Erst als die Sowjetarmee unter unermeßlichen Opfern den Hitlerfaschismus besiegt hatte, war der Weg frei für ein neues, antifaschistisch-antiimperialistisches Deutschland. Auch das ruft Walter Ulbricht in seiner Festansprache den Zuhörern ins Gedächtnis und betont:

„Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft nicht nur die politische Macht erobern, sondern sogar unter ungünstigen Bedingungen den Sozialismus aufbauen konnte. Das hat die deutsche Arbeiterklasse aus der Entwicklung der Sowjetunion gelernt.“

An Lenin erinnert auch das Jubiläumsgeschenk der Deutschen Demokratischen Republik – eine originalgetreue Nachbildung der Leipziger Druckerei, in der im Jahre 1900 die erste Ausgabe der „Iskra“ hergestellt wurde, der von Lenin geschaffene „Funke“, der die Flamme der Revolution entzünden half.

Schnell lösen die festlichen Ereignisse einander ab: die große Parade und die lebensvolle Demonstration am 7. November auf dem Moskauer Roten Platz; der Schuß der „Aurora“ in Lenin-grad, wiederholt zur historischen Stunde; dazu viele Begegnungen und Freundschaftskundgebungen der DDR-Delegation mit den sowjetischen Werktätigen.

So wird das Oktoberjubiläum zu einem unvergeßlichen Erlebnis und bestätigt die Worte aus der Festansprache Leonid Breschnews: „Der Weg, der Rußland zum Sozialismus geführt hat, ist die Hauptstraße der Weltgeschichte, der ganzen menschlichen Zivilisation.“

1968 In seiner Neujahrsansprache charakterisiert der Staatsratsvorsitzende das Jahr 1968 als ein Jahr wichtiger Entscheidungen auf ökonomischem wie auf anderen Gebieten. Es zeigt sich schon sehr bald, daß daran zielstrebig gearbeitet wird.

*Ein Jahr
wichtiger*

Entscheidungen

Am 8. Februar 1968 findet eine gemeinsame Sitzung des Politbüros und des Ministerrates statt, die politische, wissenschaftlich-

technische und ökonomische Probleme im Planjahr 1968 zum Gegenstand hat. Walter Ulbricht und Willi Stoph referieren.

Wichtige Entscheidungen sind vor allem über strukturbestimmende volkswirtschaftliche Vorhaben vorzubereiten und zu treffen, die wesentlichen Einfluß auf den nächsten Perspektivplan von 1971 bis 1975 haben werden. Zugleich sind bedeutsame Maßnahmen durchzuführen, um das ökonomische System des Sozialismus komplex zu gestalten. Ehe er auf diese Fragen eingeht, analysiert Walter Ulbricht bestimmte Änderungen im Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten, die sich auf den Gebieten der Ökonomie, der Wissenschaft und Technik vollzogen haben. Er beschäftigt sich mit den Ursachen dieses Prozesses und untersucht das Problem, welche Konsequenzen und Anregungen sich daraus für die Deutsche Demokratische Republik ergeben.

Alle diese analytischen Arbeiten bestätigen erneut, daß gegenwärtig die wissenschaftlich begründete Führungstätigkeit der leitenden Organe, vom Ministerrat angefangen über die Ministerien, die Leitungen der Vereinigungen volkseigener Betriebe, der Kombinate, der Großbetriebe und Erzeugnisgruppen, zum Hauptkettenglied für die erfolgreiche Lösung der Aufgaben geworden ist. Insbesondere geht es darum, die Kader zu befähigen, durch eine ergebnisgebundene Planung und Leitung, die sich auf wichtige Haupterzeugnisse und technologische Verfahren konzentriert, angefangen von der Planung der Forschung und Entwicklung bis hin zum Absatz, die höchste Effektivität und Rentabilität in der Wirtschaft zu erreichen und auf diese Weise den Kriterien der wissenschaftlichen Führungstätigkeit gerecht zu werden. Um diesen leitenden Kadern die Arbeit und die Qualifizierung zu erleichtern, wird beschlossen, unter Anleitung zentraler Organe und gemeinsam mit bewährten Leitern der Wirtschaft Modelle des ökonomischen Systems und Modelle des Leitungs- und Informationssystems für Großbetriebe, Kombinate usw. zu schaffen und zu erproben, denen die neuesten Erkenntnisse zugrunde liegen.

Die sozialistische Verfassung

Die Deutsche Demokratische Republik *ist* ein sozialistischer Staat deutscher Nation.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen *ist* für immer beseitigt.

Was des Volkes Hände schaffen, *ist* des Volkes eigen.

Drei Sätze aus der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die im Frühling 1968 in Kraft tritt. Drei Sehnsüchte und Kampfziele von Generationen deutscher Arbeiter sind Wirklichkeit, sind der feste Boden, auf dem sich gut voranschreiten läßt.

Die Veröffentlichung des Entwurfes für die sozialistische Verfassung Anfang 1968 findet in der Welt großen Widerhall. Bürgerliche Zeitungen bezeichnen diese Verfassung als Krönung des Lebenswerkes von Walter Ulbricht. Sie haben nicht ganz unrecht, aber auch nur: nicht ganz. Denn sie verfallen dem gleichen Irrtum wie seit 1848 alle bürgerlichen Parlamentarier, die glaubten, wenn eine Verfassung auf dem Papier stünde, wäre das Wichtigste getan. Gewiß ist die sozialistische Verfassung mit dem Lebenswerk Walter Ulbrichts untrennbar verbunden und darin ein unbezweifelbarer Höhepunkt, aber sie ist doch im Wesen das Ergebnis der kollektiven Erfahrung aller in der Nationalen Front unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinten sozialistischen Kräfte. Und sie basiert auf der Macht, die von ihnen ausgeübt wird.

Schon der junge Tischlerlehrling, der vor dem ersten Weltkrieg Marx und Engels studierte, hat sich deren Erkenntnis zu eigen

gemacht, daß die Grundlage der Verfassung die Volkssouveränität, daß ihr Prinzip der Fortschritt sein muß.

Doch Marx und Engels sagten mehr. Nachdem sich das deutsche Volk auf den Barrikaden von 1848 seine Souveränität erobert hatte, schrieben sie im ersten Leitartikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“: „Der erste Akt der Nationalversammlung mußte sein, diese Souveränität des Volkes laut und öffentlich zu proklamieren. Ihr zweiter Akt mußte sein, die deutsche Verfassung auf Grundlage der Volkssouveränität auszuarbeiten und aus dem faktisch bestehenden Zustande Deutschlands alles zu entfernen, was dem Prinzip der Volkssouveränität widersprach.“

Der „faktisch bestehende Zustand“, das war und blieb die Macht in den Händen der Feudalklasse und der mit ihr paktierenden Großbourgeoisie. Solange diese Machtverhältnisse nicht geändert wurden, konnte auch die fortschrittlichste Verfassung nichts ausrichten. Und ein knappes Jahr später hieß es in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zu den von der Frankfurter Nationalversammlung als Teil der Verfassung ausgearbeiteten „Grundrechten des deutschen Volkes“: „Jene befestigten ihre ‚Grundrechte‘ auf einem Wisch Papier; diese, die Herren der Konterrevolution, schrieben ihre ‚Grundgewalt‘ auf scharfgeschliffene Schwerter, Kanonen und slawische Rotmäntel*.“

Dem jungen Revolutionär Walter Ulbricht hat sich dieser Zusammenhang zwischen Grundgewalt und Grundrechten für immer eingepägt. Karl Marx und Karl Liebknecht waren seine Lehrer.

Es war im November 1918 auch sein innerster Wunsch, den Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses ausrief: die sozialistische deutsche Republik. Doch Karl Liebknecht wurde ermordet von den Herren der Konterrevolution, denen auch nach dem November 1918 die Macht verblieb. Die Weimarer Verfassung mit ihrem Grundsatz „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ blieb so gleichfalls nur ein Stück Papier.

Das wies auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Ulbricht nach, der 1931 vor den Schranken des Leipziger Reichsgerichtes den Kampf der Arbeiterbewegung um die Macht konsequent weiterführte: „Man wirft uns vor, daß wir uns dem beste-

* Sondereinheiten der „Heiligen Allianz“, die von ungewöhnlicher Grausamkeit waren.

henden Staat, seiner Verfassung entgegenstellen. Wer hat denn die Verfassung außer Kraft gesetzt? War es nicht Brüning, der alle Grundrechte des Volkes aufhob und von der ganzen Verfassung nur noch den Artikel 48 übrigließ? . . . Weil wir eine andere Verfassung als die jetzige wollen, eine Verfassung, in der die Arbeiter zu bestimmen haben, darum ist unser oberstes Gesetz einzig und allein die Vertretung der Interessen des ganzen werktätigen Volkes, der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten und des verelendeten Mittelstandes.“

Erst als diesem obersten Gesetz mit der Befreiung Deutschlands vom Faschismus zum Durchbruch verholfen wurde, kam der Zeitpunkt für eine neue Verfassung. An ihren von der vereinigten Arbeiterpartei entwickelten Kerngedanken, den „Grundrechten des deutschen Volkes“, arbeitete Walter Ulbricht mit. Doch das alles geschah erst, nachdem der alte Staatsapparat gesäubert und teilweise zerschlagen war und nachdem das Volk entschieden hatte, mit der Enteignung der Kriegsverbrecher, Monopolisten und Großgrundbesitzer die ökonomischen Reichtümer des Landes in eigene Verfügungsgewalt zu nehmen.

Nicht mehr nur auf dem Papier steht also in der ersten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik der Satz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Er ruht auf einer faktisch veränderten Machtgrundlage, kann nun fördernd auf sie zurückwirken und dem Fortschritt den Boden bereiten.

Durch die Verfassung von 1949 sind Erfolge errungen worden, von denen die Werktätigen damals nur träumen konnten. Mit ihr hat das Volk Geschichte gemacht. Es hat bewiesen, daß der demokratische Weg zum Sozialismus auf deutschem Boden, in einem entwickelten Industriestaat möglich ist, zum sozialistischen Staat deutscher Nation, der den Weg in die Zukunft der ganzen Nation weist.

Die von Walter Ulbricht vor dem Reichsgericht als oberstes Gesetz der Partei gekennzeichnete Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes ist zum Grundgesetz der Deutschen Demokratischen Republik geworden, das der Erste Sekretär des Zentralkomitees auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands definierte: „Unser sozialistischer Staat hat die Aufgabe, durch seine gesamte Tätigkeit die Übereinstimmung der persönlichen Interessen seiner Bürger und der Interessen der sozia-

listischen Gemeinschaften mit den gesellschaftlichen Interessen ständig herzustellen.“

Aber gerade dieses Grundgesetz fordert nun wiederum eine andere Verfassung. „Seit einiger Zeit ist sichtbar“, sagt Walter Ulbricht, „daß die gegenwärtige Verfassung der DDR offenbar nicht mehr den Verhältnissen der sozialistischen Ordnung und dem gegenwärtigen Stand der historischen Entwicklung entspricht.“

Wenn man es genau nimmt, so ist die Deutsche Demokratische Republik über die in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entstandene Verfassung schon lange hinausgewachsen, mindestens seit dem VI. Parteitag, der das Programm des Sozialismus beschloß. Warum, so fragten manche, ist nicht unmittelbar danach auch ein grundlegendes Gesetz über die Regeln der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung für die nächsten Jahrzehnte entstanden, das auf den Sieg des Sozialismus gerichtet ist?

Walter Ulbricht hat verfrühte Fragen nach einer neuen Verfassung stets mit dem Bemerken verneint, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei. Vielleicht mag sich mancher gewundert haben, mit welcher Geduld der nun fast Fünfundsiebzigjährige ein schon in früher Jugend erstrebtes Ziel ansteuert. Doch wer die Politik der Partei kennt, sieht darin nur einen weiteren Beweis ihrer unerschütterlichen Kontinuität.

Wie auch die Verfassung von 1949 geschrieben wurde auf der Grundlage gesellschaftlicher Veränderungen, vollzogen durch die von der Partei der Arbeiterklasse geführten Werktätigen, so geschieht es jetzt wiederum.

Durch die marxistisch-leninistische Lehre und die praktische Erfahrung befähigt, systematisch zu denken, systematisch zu arbeiten und die gefaßten Beschlüsse systematisch durchzuführen, geht die Parteiführung von der Erkenntnis aus, daß zuerst die grundlegenden Veränderungen der neuen Entwicklungsperiode herangereift und überschaubar sein müssen.

Daran wird nach dem VI. Parteitag kontinuierlich gearbeitet. Alle wichtigen Gesetze werden, wie vorher auch, mit den Werktätigen erarbeitet und diskutiert. Der Unterschied gegenüber früher besteht jedoch darin, daß diese neuen Gesetze Systemcharakter tragen. Bei ihrer Beratung lernen die Werktätigen zugleich, weit vor auszudenken und den gesellschaftlichen Fortschritt zu bestimmen.

Das neue Arbeitsgesetzbuch vereint die in zwanzigjähriger Praxis

der volkseigenen Betriebe gesammelten Erfahrungen der Arbeiter und Gewerkschaften mit der Vorausschau auf die weitere Entwicklung der Produktivkräfte durch das ökonomische System des Sozialismus.

Hätte die Partei auf dem früher richtigen, weil einzig möglichen Weg die neuen Probleme der Volksbildung einzeln angepackt, wäre es gewiß auch vorwärtsgegangen. Doch sicher wesentlich langsamer als mit dem ganzen und einheitlichen sozialistischen Bildungssystem, das ausgeht von den Erfordernissen des Jahres 1980 und daraus die notwendigen Schlüsse zieht für Inhalt und Form des gegenwärtigen Bildungswesens – vom Kindergarten bis zur Hochschule und zur Erwachsenenqualifizierung.

Auch beim Ausbau des sozialistischen Rechts sind Partei, Staat und Volk so lange schrittweise vorangegangen, bis genügend Erfahrungen gesammelt waren, um mit dem neuen Strafrecht ein Gesetzeswerk vorzulegen, das für eine lange Periode Gültigkeit haben wird. Nicht anders geschah es mit dem Familiengesetz, dem Jugendgesetz, auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur usw.

Erst als durch diese prognostische Arbeit die grundlegenden Probleme der neuen Periode weitgehend durchdacht und ausgereift sind, als die Konzeption für die Zukunft vorliegt, nimmt das Zentralkomitee zur Ausarbeitung der neuen sozialistischen Verfassung Stellung. Walter Ulbricht begründet den Vorschlag dann am 1. Dezember 1967 vor der Volkskammer.

Er hält Rückblick auf die Zeit um 1949 und schildert vor allem die große Wandlung der Menschen, die sich seitdem vollzogen hat. Wohl standen die Arbeiter damals wie heute an der Spitze des gesellschaftlichen Fortschrittes. Doch aus denen, die einst in noch halb zertrümmerten Betrieben an veralteten Maschinen große Leistungen vollbrachten, sind erfahrene und selbstbewußte Beherrscher ihres Arbeitsprozesses geworden, die gelernt haben, die Produktion zu planen und zu organisieren, die Kraft der Gemeinschaft für den steigenden Arbeitsertrag nutzbar zu machen.

Der Bauer, 1949 noch einfacher Warenproduzent, deckte den Tisch des Volkes mit seiner Hände Arbeit, ohne moderne Maschinen und technische Hilfsmittel, immer noch zerrissen von dem inneren Zwiespalt jahrhundertealten kleinbäuerlichen Denkens und voller Skepsis gegenüber dem Sozialismus. Der werktätige

Bauer von heute hat die mittelalterliche Vergangenheit weit hinter sich gelassen. Er wird immer mehr zum Meister der landwirtschaftlichen Großproduktion und der Technik, ist eine sozialistische Persönlichkeit und bewußter Träger der Staatsgewalt.

Wie sie, so haben sich Wissenschaftler, Künstler, Techniker, Ingenieure gewandelt und stehen fest in der Gemeinschaft des werktätigen Volkes. Auch die Unternehmer, die 1949 wohl die meisten Vorurteile gegen den Sozialismus hatten, sind eng in den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft einbezogen und haben ihre Mitverantwortung dafür bewußt übernommen.

„So ist es wohl gerechtfertigt“, hebt Walter Ulbricht in seiner Erklärung hervor, „wenn die Partei die Entwicklung der Menschen im Prozeß der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit als den größten Erfolg der letzten zwei Jahrzehnte betrachtet und einschätzt.“

Der Vorschlag, eine Kommission für die Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu bilden, findet am 1. Dezember die Zustimmung aller Fraktionen der Volkskammer. Sie entsenden ihre Vertreter als Mitglieder in die Verfassungskommission und berufen als deren Vorsitzenden Walter Ulbricht.

Unter seiner Leitung entsteht nach gründlichen schöpferischen Beratungen der Entwurf, den der Vorsitzende der Verfassungskommission am 31. Januar 1968 vor dem Hohen Haus begründet und den die Volkskammer dann den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik zur Diskussion unterbreitet.

In dieser Volksaussprache, die von hoher Aktivität der Staatsbürger zeugt, werden alle wesentlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik erörtert. Die Verfassungskommission erhält wertvolle Vorschläge und Anregungen, die zu einer Reihe von Änderungen des ursprünglichen Textes führen. Das Eindrucksvollste jedoch ist das Ja des Volkes zu seiner sozialistischen Verfassung.

Ihre Präambel lautet:

„Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen,
in Ansehung der geschichtlichen Tatsache, daß der Imperialis-

mus unter Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat, um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen den Sozialismus aufzubauen, was den Lebensinteressen der Nation widerspricht,

hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik,

fest gegründet auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung,

einig in seinen werktätigen Klassen und Schichten das Werk der Verfassung vom 7. Oktober 1949 in ihrem Geiste weiterführend

und von dem Willen erfüllt, den Weg des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft in freier Entscheidung unbeirrt weiterzugehen,

diese sozialistische Verfassung gegeben.“

Sie kommt zu einem Zeitpunkt, da das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland immer mehr zur Notstands politik übergeht und auch die bürgerlichen parlamentarischen Rechte Schritt um Schritt außer Kraft setzt. Diese Tatsache hat eine historische Parallele in der Notverordnungspolitik der deutschen Brüning-Regierung zu Beginn der dreißiger Jahre. Die Ironie der Geschichte will es, daß gerade der Notstandsartikel 48 aus der Weimarer Verfassung, in dem sich die ganze Ohnmacht des Parlamentes widerspiegelt, im genauen Gegensatz zum Artikel 48 der neuen sozialistischen Verfassung steht, der die uneingeschränkten Rechte der Volkskammer als oberstes staatliches Machtorgan eindeutig fixiert.

Die Folgen der damaligen Notverordnungspolitik hat das deutsche Volk mit Blut und Tränen bezahlt. Die heutige Notstands politik Bonns birgt die Gefahr, daß sich diese verhängnisvolle Entwicklung noch schlimmer wiederholt. Daß es einen richtigen Weg gibt, zeigt die Verfassung des sozialistischen Staates deutscher Nation. Sie ist die Grundlage für die umfassende staatsrechtliche Gestaltung des Sozialismus als gesellschaftliches System in der Deutschen Demokratischen Republik und ein Modell für den friedlichen Weg der ganzen deutschen Nation.

Wie schon ihr Artikel 2 den Grundsatz enthält: „Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und des Staates“, so nehmen in allen 108 Artikeln Freiheit und Würde des Menschen den ausschlaggebenden Platz ein. Nirgend anders als an der Entwürdigung des Menschen im staatsmonopolistischen Herrschaftsbereich läßt sich deutlicher ermessen, daß wahres Menschenglück nur im Sozialismus erblühen kann.

„Der Sozialismus ist so gut, wie wir ihn selbst gestalten“, pflegt Walter Ulbricht zu sagen. Nach einem langen, kampf- und opferreichen Leben, an der Schwelle seines 75. Geburtstages und nach sechzigjähriger organisierter Tätigkeit in der deutschen Arbeiterbewegung, kann er – und mit ihm die ganze Deutsche Demokratische Republik – glücklich feststellen: Der Sozialismus ist gute Wirklichkeit, und er wird immer noch besser werden.

Bemerkungen über verwendetes Material

Bei der vorliegenden biographischen Skizze stützten sich die Autoren auf die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und auf die Arbeit Thoms/Vieillard „Ein guter Deutscher“.

Ein großer Teil der Zitate ist den Werken Walter Ulbrichts „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 1 bis 10, „Zur Geschichte der neuesten Zeit“, 1. Halbband, und weiteren Veröffentlichungen von ihm entnommen.

Viele persönliche Erinnerungen Walter Ulbrichts erfuhren die Autoren in den Gesprächen, die sie vor und während der Arbeit mit ihm führen konnten.

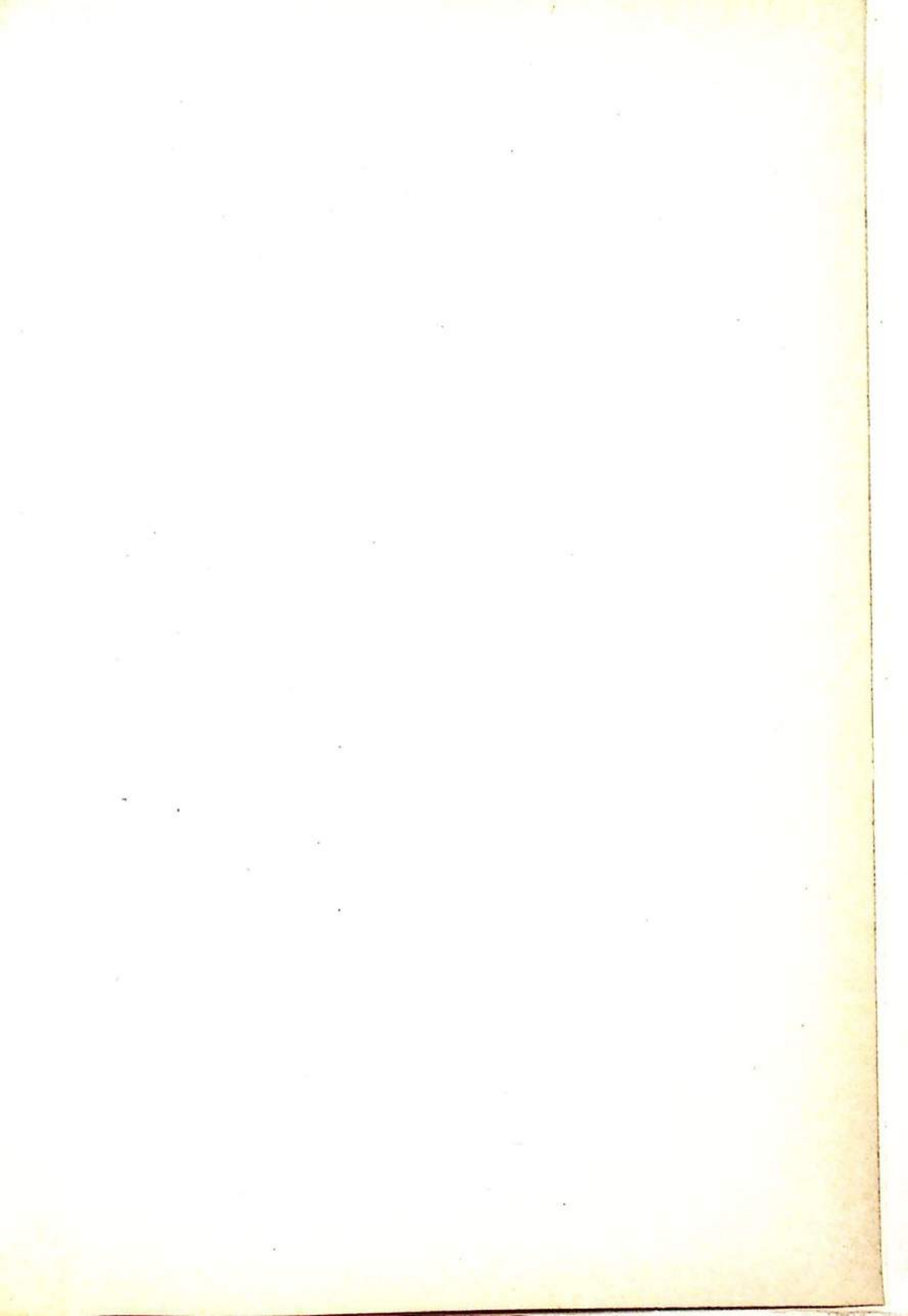
Als Unterlagen dienten außerdem „Dokumente der SED“, Protokolle der Parteitage und Parteikonferenzen der SED, die Schriftenreihe des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Johannes R. Becher „Walter Ulbricht – ein deutscher Arbeitersohn“ und Berichte von Mitkämpfern Walter Ulbrichts. Zur Verwendung kamen ferner Arbeiten von Lothar Berthold und Ernst Diehl. Ein großer Teil der Fakten und Episoden stützt sich auf Archivmaterialien des Instituts für Marxismus-Leninismus und der Bibliothek des ZK der SED.

Lieselotte Thoms Hans Vieillard Wolfgang Berger

Inhalt

- 5 Jugend eines Arbeitersohnes
- 12 Die Brust voll Hoffnung auf bessere Zeiten
- 19 In Leipzig und Thüringen
- 27 Genosse Zelle
- 38 Reih dich ein in die Arbeitereinheitsfront
- 56 Kampf gegen den Faschismus
- 71 An der Front gegen Hitlerdeutschland
- 80 Um das Leben der deutschen Nation
- 90 Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse
- 107 Das bedeutendste Ereignis der deutschen Arbeiterbewegung
in der neuesten Zeit
- 126 Für die demokratische Einheit Deutschlands und einen ge-
rechten Frieden – gegen die Spaltungspolitik der ausländi-
schen und westdeutschen Monopolherren
- 139 Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
- 145 Der sozialistische Aufbau
- 170 Je stärker die Republik, desto sicherer der Frieden
- 178 Wissenschaftlich-technische Revolution
- 183 Geschlossene Front von Millionen
- 187 Eine schöne Menschengemeinschaft
- 199 Sozialistischer Frühling auf dem Lande
- 203 Das Staatsschiff wird sicher gesteuert
- 207 Eine Kostprobe von der Arbeit
- 213 Gesetze – aus dem Leben geboren
- 219 Der deutsche Friedensstaat zeigt seine Kraft
- 230 Freundschaft mit allen Völkern

- 235 Der Kapitän und das Kollektiv
240 Schöpferische Arbeit am Programm des Sozialismus
256 Mit dem Wichtigsten wird begonnen
264 Die große Perspektive
277 Erfolgreiche Außenpolitik
282 Solide Macht und gute Waffen
288 Zielstrebige wissenschaftliche Arbeit
294 Der dritte Beruf
301 Rationalisierung mit dem Menschen, für den Menschen
306 Der VII. Parteitag wird vorbereitet
313 Unverbrüchlicher Bruderbund
316 Die Erben des Manifestes
332 Die sozialistische Verfassung



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

2. unveränderte Auflage

ES 6 B 6 · VLN 610 · 152/68

Einband: Gerhard Murza

Bildnachweis: ND/Murza (Titelfoto), Institut für Marxismus-Leninismus (23),

Pisarek (1), Zentralbild (6), ND/Murza (3)

Gesamtherstellung:

Grafischer Großbetrieb Völkerfreundschaft Dresden

EVP 3,80

